



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Meinparlament.at – Plattform für den direkten Dialog von  
BürgerInnen und PolitikerInnen  
Eine Analyse

Verfasserin

**Nora Wilhelm**

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Juli 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 301 295

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Publizistik und Kommunikationswissenschaft

Betreuer:

Univ. Prof. Dr. Roman Hummel

---

## Vorwort

Als die Idee aufkam, eine Diplomarbeit über die damals in Österreich völlig neue Internetplattform meinparlament.at zu schreiben, hatte ich gerade mein erstes Diplomarbeitsthema ad acta gelegt und war nicht ganz sicher, ob ich jemals eine Arbeit fertig stellen werde. Es mag rückblickend etwas verfrüht gewesen sein, eine so junge Plattform zu untersuchen. Signifikante Ergebnisse wird eine Nutzeranalyse, wie sie in vorliegender Arbeit unternommen wurde, erst in ein paar Jahren bringen, wenn die Seite fix etabliert ist, konstante Besucherzahlen aufweisen kann und einen starken Partner an ihrer Seite hat. Die Untersuchung der Seite und die Behandlung des Themas hat aber für mich neue Erkenntnisse gebracht und es freut mich, dass diese auf den folgenden Seiten nachzulesen sind.

Ich möchte mich an dieser Stelle von ganzem Herzen bei meinem Betreuer, Prof. Roman Hummel bedanken, der mich seit den ersten Versuchen, eine Diplomarbeit zu Papier zu bringen (das war 2005) ermuntert und unterstützt hat. Ohne seine Geduld (mit mir), Vorschläge und Hilfestellungen wäre die Arbeit nicht zustande gekommen.

In den vergangenen Monaten haben sich viele Freunde große Mühe gegeben, mich zu motivieren und mir mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Ich bedanke mich bei euch!

Ich widme meine Diplomarbeit allen, die in den letzten Jahren die Hoffnung nicht aufgegeben haben, dass sie jemals fertig wird.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Inhaltsverzeichnis.....</b>	<b>III</b>
<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>VI</b>
<b>Tabellenverzeichnis.....</b>	<b>VII</b>
<b>1 Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>1.1 Problemstellung und Untersuchungsziel .....</b>	<b>1</b>
<b>1.2 Methodik und Aufbau .....</b>	<b>3</b>
1.2.1 Aufbau .....	3
1.2.2 Methodik .....	4
<b>2 Der Begriff der Öffentlichkeit.....</b>	<b>5</b>
<b>2.1 Begriffsdefinitionen .....</b>	<b>5</b>
2.1.1 Die Bedeutungen von „Öffentlichkeit“ .....	6
<b>2.2 Öffentlichkeit bei Jürgen Habermas .....</b>	<b>7</b>
2.2.1 Die Bürgerliche Öffentlichkeit .....	8
2.2.2 Sozialer Strukturwandel .....	9
2.2.3 Politischer Funktionswandel.....	10
2.2.4 Habermas' Relativierung seiner Thesen.....	11
<b>2.3 Aufgaben und Funktionen von Öffentlichkeit .....</b>	<b>12</b>
<b>2.4 Öffentlichkeitsmodelle.....</b>	<b>14</b>
<b>2.5 Ebenen von Öffentlichkeit.....</b>	<b>14</b>
<b>2.6 Habermas' Kritik .....</b>	<b>15</b>
<b>3 Das Internet: Grundlagen und Eigenschaften.....</b>	<b>16</b>
<b>3.1 Technische Grundlagen .....</b>	<b>16</b>
3.1.1 Das WWW – das World Wide Web .....	17
<b>3.2 Kommunikationsstrukturen im Internet .....</b>	<b>19</b>
3.2.1 Synchrone und asynchrone computervermittelte Kommunikation.....	21
<b>3.3 Eigenschaften des Internet .....</b>	<b>21</b>
3.3.1 Interaktivität.....	21
3.3.2 Aktualität .....	22
3.3.3 Offenheit & Verfügbarkeit.....	22
3.3.4 Exkurs: Digital Divide .....	23
3.3.5 Das WWW – ein Pull-Medium .....	23
<b>4 Öffentlichkeit im Internet .....</b>	<b>25</b>
<b>4.1 Theoretische Positionen zur elektronischen Öffentlichkeit.....</b>	<b>25</b>

4.1.1	Merkmale der enthusiastischen Position, die Netzoptimisten .....	26
4.1.2	Merkmale der skeptischen Position, die Netzpessimisten .....	27
<b>4.2</b>	<b>Die Netzöffentlichkeit.....</b>	<b>28</b>
<b>4.3</b>	<b>Demokratie und Internet.....</b>	<b>29</b>
4.3.1	Politik und Kommunikation .....	29
4.3.2	Exkurs: Die politischen Funktionen von Massenmedien .....	30
4.3.3	Das Internet – die politische Wunschmaschine .....	31
4.3.4	Politische Projekte im Internet.....	33
<b>4.4</b>	<b>Habermas und das Internet.....</b>	<b>34</b>
4.4.1	Ist Netzöffentlichkeit eine Alternativöffentlichkeit im Sinne Habermas? .....	36
4.4.2	Virtual Sounding Boards – virtuelle Resonanzräume.....	38
<b>5</b>	<b>Politische Partizipation .....</b>	<b>41</b>
5.1	<b>Begriffsdefinitionen .....</b>	<b>41</b>
5.2	<b>Formen politischer Partizipation.....</b>	<b>42</b>
5.3	<b>E-Partizipation.....</b>	<b>44</b>
5.4	<b>Politische Mobilisierung durch das Internet?.....</b>	<b>45</b>
<b>6</b>	<b>Meinparlament.at &amp; Abgeordnetenwatch.de.....</b>	<b>47</b>
6.1	<b>Einführung in die beiden Internetplattformen.....</b>	<b>47</b>
6.2	<b>Vorstellung abgeordnetenwatch.de.....</b>	<b>49</b>
6.2.1	Entstehung.....	50
6.2.2	Aufbau – Eine Bedienungsanleitung von abgeordnetenwatch.de .....	50
6.2.3	Informationsangebot .....	53
6.2.4	Medienpartnerschaften.....	55
6.2.5	Zeittafel .....	56
6.2.6	Rechtsform und Finanzierung .....	56
6.2.7	Die Akteure .....	58
6.2.8	Statistische Daten .....	59
6.3	<b>Vorstellung meinparlament.at.....</b>	<b>60</b>
6.3.1	Entstehung.....	61
6.3.2	Aufbau .....	61
6.3.3	Informationsangebot .....	65
6.3.4	Medienpartnerschaften.....	66
6.3.5	Zeittafel .....	68
6.3.6	Rechtsform und Finanzierung .....	68
6.3.7	Die Akteure .....	69
6.3.8	Statistische Datenauswertung.....	69
6.4	<b>Unterschiede zwischen abgeordnetenwatch.de und meinparlament.at .....</b>	<b>70</b>

6.4.1	Unterschiede im Aufbau .....	71
6.4.2	Unterschiede in der Finanzierung.....	71
6.4.3	Nachteilige Interdependenzen.....	72
<b>7</b>	<b>Forschungsdesign .....</b>	<b>73</b>
<b>7.1</b>	<b>Erkenntnisinteresse und Forschungsfragen .....</b>	<b>73</b>
<b>7.2</b>	<b>Erhebungsmethode – Die Befragung .....</b>	<b>74</b>
7.2.1	Die schriftliche Befragung – Befragung mit Fragebogen.....	74
7.2.2	Die Online-Befragung.....	75
7.2.3	Online-Nutzerumfrage meinparlament.at.....	75
7.2.4	Nutzerbefragung – Fragestellungen .....	76
<b>8</b>	<b>Auswertung.....</b>	<b>79</b>
<b>8.1</b>	<b>Empirischer Steckbrief .....</b>	<b>79</b>
<b>8.2</b>	<b>Allgemeine Ergebnisse.....</b>	<b>80</b>
8.2.1	Demographische Daten.....	80
8.2.2	Mediennutzung.....	82
8.2.3	Politisches Interesse .....	86
8.2.4	Aktivität auf meinparlament.at .....	88
8.2.5	Akzeptanz bei den Besuchern von meinparlament.at .....	89
8.2.6	Veränderung durch meinparlament.at .....	91
<b>8.3</b>	<b>Zusammenfassung nach Forschungsfragen .....</b>	<b>94</b>
8.3.1	Zusammenfassung für F1 .....	94
8.3.2	Zusammenfassung für F2 .....	96
8.3.3	Zusammenfassung für F3 .....	97
8.3.4	Zusammenfassung für F4 .....	98
<b>9</b>	<b>Ausblick .....</b>	<b>100</b>
<b>10</b>	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>102</b>
<b>11</b>	<b>Anhang .....</b>	<b>109</b>
11.1	Fragebogen User-Umfrage .....	109
11.2	Fragebogen Dr. Peter Merschitz .....	117
11.3	Zusicherung .....	120
11.4	Abstract (deutsch) .....	121
11.5	Abstract (englisch).....	122
11.6	CV Nora Wilhelm .....	123

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Erklärungsmodell internetvermittelter, politischer Bürgerbeteiligung .....	45
Abbildung 2: Screenshot www.abgeordnetenwatch.de .....	51
Abbildung 3: abgeordnetenwatch.de/bundestag .....	52
Abbildung 4: abgeordnetenwatch.de/landtag .....	52
Abbildung 5: Profilseite auf www.abgeordnetenwatch.de .....	54
Abbildung 6: prozentuelle Kostenverteilung des Projekts .....	58
Abbildung 7: Startseite meinparlament.at .....	62
Abbildung 8: Startseite www.meinparlament.at .....	63
Abbildung 9: 3D-Modell des Plenarsaals .....	64
Abbildung 10: Interaktives 3D-Modell .....	64
Abbildung 11: Partnerschaft mit derstandard.at .....	66
Abbildung 12: Partnerschaft mit diepresse.com .....	67
Abbildung 13: Verteilung des Geschlechts .....	80
Abbildung 14: Altersverteilung (n89) .....	81
Abbildung 15: Verteilung nach Ausbildung in Prozent .....	81
Abbildung 16: Wohnort .....	82
Abbildung 17: Mediennutzung Tageszeitung (Print) .....	83
Abbildung 18: Mediennutzung Fernsehnachrichten .....	83
Abbildung 19: Mediennutzung Online-Medien .....	84
Abbildung 20: Mediennutzung Hörfunk .....	84
Abbildung 21: Mediennutzung Teletext .....	85
Abbildung 22: Mediennutzung Nachrichtenmagazine (Print) .....	85
Abbildung 23: Mediennutzung Weblogs .....	86
Abbildung 24: Antwortstatistik in absoluten Zahlen von: .....	87
Abbildung 25: Gründe für die Kontaktaufnahme mit Politikern in absoluten Zahlen .....	88
Abbildung 26: Fragestellungsverhalten der User .....	89
Abbildung 27: Bewertung des Aufbaus von meinparlament.at in absoluten Zahlen .....	90
Abbildung 28: Bewertung der Inhaltsaufbereitung von meinparlament.at .....	90
Abbildung 29: Gründe für den Besuch der von meinparlament.at in absoluten Zahlen .....	91
Abbildung 30: Veränderung des Bildes von Politikern durch meinparlament.at .....	92
Abbildung 31: Veränderung des Wissens durch meinparlament.at in absoluten Zahlen .....	93
Abbildung 32: Veränderung des Vertrauens durch meinparlament.at in absoluten Zahlen .....	93

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kommunikationsstrukturen im Internet .....	20
Tabelle 2: Theoretische Positionen zur elektronischen Öffentlichkeit .....	26
Tabelle 3: Features of the virtual political public sphere .....	39
Tabelle 4: Merkmale der E-Partizipationsbeispiele.....	46
Tabelle 5: Zeittafel abgeordnetenwatch.de .....	56
Tabelle 6: Zeittafel von meinparlament.at.....	68
Tabelle 7: Empirischer Steckbrief .....	79
Tabelle 8: Gegenüberstellung Öffentlichkeit & meinparlament.at .....	94

# 1 Einleitung

## 1.1 Problemstellung und Untersuchungsziel

„Internet und Demokratie“, „Politische Öffentlichkeit und Kommunikation im Internet“, „Digitale Demokratie“, um diese und ähnliche Titel haben sich in den vergangenen Jahren viele Untersuchungen gedreht. Der Frage, ob das Internet als Medium zur Stärkung von Demokratie beiträgt, ob es neue Chancen für politische Öffentlichkeit bereit hält und in welcher Form sich diese äußern, wird seit Mitte der Neunziger Jahre des letzten Jahrtausends nachgegangen. Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie konstatierte 1997 *„Demokratie und neue Medien, das ist wie alter Wein in neuen Schläuchen“* (Leggewie 1997: 3), und bemerkte, dass die Demokratie an sich eine gute Sache wäre, doch dass wir in einer Zeit der Politikverdrossenheit leben, in der die Massenmedien ihren *„Auftrag zur Meinungs- und Willensbildung und als kritische Öffentlichkeit wohl kaum zur allgemeinen Zufriedenheit“* erfüllen (1997: 3). Kann ein (damals) neues Medium wie das Internet die von Leggewie angesprochene Politikverdrossenheit beheben?

*„Das Internet eröffnet als interaktives Medium grundlegende Kommunikationsmöglichkeiten neu und ist damit auch demokratietheoretisch relevant. Dies betrifft vor allem die Konstituierung von Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeiten und die Möglichkeiten politischer Information, Deliberation und Partizipation“* (TAB 2005: o.S.). Leggewie stellte bereits 1997 die Frage *„Welche Ressourcen bieten die neuen Medien für mehr Partizipation und bessere Deliberation, welche Chancen hat der „gut informierte Bürger“ in der alten wie neuen, durch Kommerz, Amüsement und „Infotainment“ beherrschten Informationsgesellschaft?“* (Leggewie 1997: 5). Und er antwortete sich selbst: *„Die Demokratie fährt auf der Datenautobahn bestenfalls auf der Kriechspur“* (Leggewie 1997: 6). Bieber konstatiert im Jahr 1999, dass sich neue Kommunikationstechnologien auch nachhaltig auf das Verhältnis zwischen Bürgern und dem Staat auswirken, dass nun dank des Internets neue Möglichkeiten politischer Information, Diskussion und Beteiligung bestehen, und zwar für politische Akteure gleichsam wie für Bürger (vgl. Bieber 1999: 12).

Das ist mittlerweile viele Jahre her und das Internet steht lange nicht mehr in seinen Anfängen. Dennoch bedürfen Begriffe wie „Digitale Demokratie“ noch einer Definition. „Digitale Demokratie“ beinhaltet alle Nutzungen des Internets, die in der politischen Sphäre angesiedelt sind und einen politischen Zweck verfolgen. Dazu werden rein staatliche Internetangebote genauso gezählt wie von Bürgern initiierte Websites oder private Internetseiten (vgl. Riehm/Coenen 2008: 5). So ist auch die 2004 in Hamburg, Deutschland, ins Leben gerufene Internetplattform „abgeordneten-



watch.de“ ein Teil von digitaler Demokratie. Die Plattform, die Bürgern die Möglichkeit bietet, in direkten Kontakt mit Abgeordneten zu treten, ist seit Ende 2006 für den Deutschen Bundestag freigeschaltet. Wenige Wochen vor den Nationalratswahlen 2008 in Österreich erschien „meinparlament.at“ im österreichischen Internetangebot, ein Lizenzprodukt des deutschen [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de).

„Meinparlament.at“ setzt die österreichischen Abgeordneten ins Internet, macht sie transparent und „greifbar“. Generell besteht die Hoffnung, dass es durch das Internet zu einer verstärkten Beteiligung am politischen Geschehen kommt (vgl. Riehm/Coenen 2008: 6, siehe auch Welz 2002: 3).

Die vorliegende Arbeit behandelt die noch in den Kinderschuhen steckende Internetplattform „meinparlament.at“, die als erster Ableger der in Deutschland seit mehreren Jahren erfolgreichen Plattform [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) in Österreich für mehr Transparenz hinsichtlich politischer Entscheidungsfindungen und Ereignisse sorgen soll. Mit dieser Arbeit soll hinterfragt werden, ob eine Plattform dieser Art in Österreich bestehen kann, und zwar aus finanzieller wie aus idealistischer Sicht.

Daraus ergeben sich folgende Forschungsfragen:

- Kann ein Projekt wie [meinparlament.at](http://meinparlament.at) dazu beitragen, Öffentlichkeit herzustellen?
- Wie wird das Konzept von [meinparlament.at](http://meinparlament.at) bei den Internetusern aufgenommen?
- Wer nimmt [meinparlament.at](http://meinparlament.at) für die öffentliche Kommunikation mit Politikern in Anspruch?
- Hat sich der subjektive Eindruck der User hinsichtlich ihres Politikverständnisses durch [meinparlament.at](http://meinparlament.at) verändert?

Die ersten Gespräche zu dieser Arbeit und die Literaturrecherchen wurden geprägt von einem Namen: Jürgen Habermas. Sein „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ erwies sich im Lauf dieser Arbeit als Roter Faden. Durch das Aufkommen des neuen Mediums „Internet“ wurden seine Thesen aus den Sechziger Jahren in ein neues Bild gerückt (vgl. Bieber 1999, Benhabib 1997, Leggewie 1997, Jarren/Donges 2002, Beck 2006). Diese Arbeit behandelt anhand der Internetplattform [meinparlament.at](http://meinparlament.at) das Thema Internet und Demokratie. Habermas' Ansichten und deren Interpretationen ziehen sich durch die Kapitel und münden in einer Zitatensammlung des deutschen Philosophen und Soziologen zum Thema Internet aus den letzten vier Jahren.

Während der weiteren Recherchen zu dieser Diplomarbeit hat sich das Problem ergeben, dass viele Werke aus den Neunziger Jahren stammen. Damals gaben Autoren wie Leggewie (1997), Bieber (1999) oder Benhabib (1997), um nur einige zu nennen, Annahmen über die Entwicklung des Internets ab. So erläutert Leggewie *„Sofern (kursiv i. Orig.) das Internet allgemein und zu geringen Kosten zugänglich ist, bedient es sich der common carriers (kursiv i. Orig.). Sofern es eine öffentliche Struktur bekommt und behält (...)“* (Leggewie 1997: 13).

Bieber (1999) wiederum spricht von einer Flut an Fachtermini, die auf uns hereinbricht, wie WWW, e-Mail, Chat oder Surfen, Begriffe, die sich in unserem Sprachgebrauch längst manifestiert haben.

Aus diesem Grund wurde versucht, speziell bei dem Thema Öffentlichkeit im Internet auf möglichst junge Quellen zu verweisen.

## 1.2 Methodik und Aufbau

### 1.2.1 Aufbau

Das allgemeine Thema „Internet und Demokratie“ wird von der Kommunikationswissenschaft gleichermaßen behandelt wie von der Politikwissenschaft. Wenngleich die ersten Zitate in der Einleitung von einem Politikwissenschaftler stammen, behandelt die vorliegende Arbeit das Thema aus Sicht der Kommunikationswissenschaft.

Den theoretischen Rahmen bilden die zwei Kerngebiete „Öffentlichkeit“ und „Internet“. Wie in der Einleitung angesprochen, wird der Bereich „Öffentlichkeit“ von der Habilitationsschrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ von Jürgen Habermas dominiert. Nach den allgemeinen, heutzutage gültigen Begriffsdefinitionen von Gerhards, Neidhardt, Peters und natürlich Habermas wird der Begriff der Öffentlichkeit bei Habermas beleuchtet. Dabei werden die bürgerliche Öffentlichkeit, der soziale Strukturwandel sowie der politische Funktionswandel umrissen. Im Anschluss folgt die kurze Neuinterpretation Habermas' hinsichtlich seiner 1962 geäußerten Theorien. Der zweite Teil dieses Kapitels behandelt die Modelle, Ebenen sowie die Aufgaben und Funktionen von Öffentlichkeit. Das Kapitel 3 behandelt das Thema Internet als neues Medium, klärt die technischen Grundlagen, die Strukturen sowie die Eigenschaften dieses relativ neuen Mediums. Das Kapitel 4 dient der Zusammenführung der beiden vorangegangenen Kapitel und stellt gleichzeitig das Kernstück der vorliegenden Arbeit dar.

Der politischen Partizipation wird ein eigenes Kapitel gewidmet. Das Kapitel 6 ist schließlich der titelgebenden Internetplattform meinparlament.at gewidmet. Neben

einer ausführlichen Vorstellung wird die österreichische Plattform dem deutschen Vorbild [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) gegenübergestellt.

### 1.2.2 Methodik

Um relevante Antworten auf die in Kapitel 1.1 genannten Forschungsfragen zu erhalten, erschien ein Fragebogen die sinnvollste Erhebungsmethode. Dieser wurde, passend zum Thema, in elektronischer Form konzipiert und direkt auf der Startseite der österreichischen Plattform [meinparlament.at](http://meinparlament.at) positioniert. Im Rahmen einer Newsletter-Aussendung seitens der Betreiber wurde darüber hinaus allen Newsletter-Abonnenten mitgeteilt, dass sie die Möglichkeit haben, den Fragebogen zu beantworten. Die Untersuchungsdauer wurde mit 14 Tagen festgesetzt.

Um detaillierte Informationen zu der Internetplattform [meinparlament.at](http://meinparlament.at) zu erhalten, wurde ein Fragebogen verfasst und an den österreichischen Betreiber per e-Mail versendet. Der Fragebogen befindet sich im Anhang. Viele der Informationen sind auf den jeweiligen Websites abrufbar. Wenn sich im Arbeitsprozess Fragen ergaben, wurden diese zumeist unbürokratisch per e-Mail gestellt und beantwortet.

Für die Darstellung der deutschen Plattform [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) wurde eine Studie aus dem Jahr 2008 des Institutes Zebralog herangezogen.

#### **Anmerkung:**

Die vorliegende Arbeit wurde für eine einfachere Lesbarkeit in einheitlicher Schreibweise in männlicher Form verfasst.

Bei der Nennung von Internetseiten wurde zumeist auf das [www](http://www) am Beginn zugunsten einer einfacheren Lesbarkeit verzichtet.

## 2 Der Begriff der Öffentlichkeit

### 2.1 Begriffsdefinitionen

Grundsätzlich wird bei dem Begriff der „Öffentlichkeit“ zwischen der Öffentlichkeit hinsichtlich des Rechts und der Öffentlichkeit aus Sicht der Politikwissenschaft unterschieden. Ersterer Begriffsdefinition wird im Folgenden keine weitere Bedeutung zugemessen. Öffentlichkeit aus der Sicht der Politikwissenschaft wird heute folgendermaßen definiert: *„die Zugänglichkeit von Informationen, Kommunikation und Beteiligungsmöglichkeiten für einen unbegrenzten Kreis von Personen, auch dieser Kreis selbst; in einer Demokratie Bereich der Vermittlung staatlicher Ordnungsmacht und der politischen Willensbildung“* (Meyers Lexikon, lexikon.meyers.de Stand: 28.01.2009).

Jarren und Donges beschreiben Öffentlichkeit als *„was der Allgemeinheit zugänglich sein sollte, und was der Staat nicht mehr als geheim reklamieren konnte“* (Jarren/Donges 2002: 109). Seine Entstehung orten sie für den deutschen Sprachraum im 18. Jahrhundert.

Jürgen Gerhards definiert (politische) Öffentlichkeit folgendermaßen: *„(Politische) Öffentlichkeit besteht aus einer Vielzahl von Kommunikationsforen, deren Zugang prinzipiell offen und nicht an Mitgliedschaftsbedingungen gebunden ist und in denen sich individuelle und kollektive Akteure vor einem breiten Publikum zu politischen Themen äußern. Das Produkt der Kommunikationen in der Öffentlichkeit bezeichnet man als öffentliche Meinung, die man von den aggregierten Individualmeinungen der Bürger unterscheiden kann“* (Gerhards 1998: 694).

In modernen demokratischen Gesellschaften versteht man Öffentlichkeit als ein Kommunikationssystem, in dem grundsätzlich alle Personen (Akteure) die gleiche Chance auf Kommunikation haben (vgl. Gerhards 1998: 269). Dieses Kommunikationssystem ist relativ frei zugänglich und Sprecher versuchen mit Thematisierungs- und Überzeugungstechniken, von einem Publikum für bestimmte Themen und Meinungen Zustimmung zu erhalten. Vermittelt wird über Kommunikateure. (vgl. Neidhardt 1994: 7, Welz 2002: 3). *„Aus der Strukturperspektive stellt sich speziell die politische Öffentlichkeit als ein intermediäres Feld dar, in dem zwischen dem politischen System und den Bürgern sowie zwischen dem politischen System und anderen gesellschaftlichen Teilsystemen vermittelt werden kann“* (Welz 2002: 3).

Jürgen Habermas, der mit seiner Habilitationsschrift „Strukturwandel in der Öffentlichkeit“ aus dem Jahr 1962 ein Standardwerk hinsichtlich der Entstehung, ge-

schichtlichen Entwicklung sowie des „Zerfalls“ der Öffentlichkeit liefert, bezeichnet Öffentlichkeit folgendermaßen: *„Die Öffentlichkeit lässt sich am ehesten als ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen beschreiben; dabei werden die Kommunikationsflüsse so gefiltert und synthetisiert, dass sie sich zu themenspezifisch gebündelten öffentlichen Meinungen verdichten“* (Habermas 1992: 436 zit. nach Jarren/Donges 2002: 110). Das ideale Modell von Öffentlichkeit verfügt über drei Strukturmerkmale: Gleichheit, Offenheit und Diskursivität (vgl. Welz 2002: 3).

### 2.1.1 Die Bedeutungen von „Öffentlichkeit“

Die Publizistik und Alltagskommunikation beansprucht die Begriffe „Öffentlichkeit“, „öffentliche Meinung“, „öffentlich und privat“ sowie deren Antonyme für sich und messen ihnen oft mehrere, auch sich überlappende Bedeutungen zu. Dennoch lassen sich allgemeine Strukturen festmachen. Den Begriffen „öffentlich“ und „Öffentlichkeit“ kommen nach Peters drei Bedeutungen zu (vgl. Peters 1994: 42):

#### 1. „öffentlich“ in Kombination mit „privat“

Mit Öffentlichkeit oder Kollektiv ist die moderne rechtlich-politische, staatliche Gemeinschaft gemeint. Unterschieden werden private Rollen von öffentlichen Ämtern, Privateigentum von öffentlichem Eigentum sowie ganz allgemein die institutionalisierten Handlungssphären, in denen sich Gesellschaftsmitglieder bei der Verwirklichung ihrer Ziele nicht an kollektive Entscheidungen halten müssen. Öffentliche Angelegenheiten sollen im Idealfall im allgemeinen Interesse des Kollektivs entschieden werden.

So einfach gestaltet sich die Grenzziehung zwischen privat und öffentlich allerdings nicht. Die Frage, was durch die politische Gemeinschaft und ihre Organe verbindlich geregelt werden soll und was der privaten Handlungsfreiheit überlassen wird, kann nicht beantwortet werden. Es gibt eine breite Übergangszone zwischen privaten und öffentlichen Verantwortungsbereichen (vgl. Peters 1994: 43).

#### 2. „öffentlich“ in Verbindung mit den beiden Gegenbegriffen „privat“ und „geheim“

Bezogen auf Kommunikation, Beobachtung oder Wissen zieht Peters mithilfe mehrerer Gegenbegriffe eine weitere Grenze, jene zwischen „öffentlich“ und „privat“, vertraulich und „geheim“: Während als öffentlich alle frei zugänglichen Wissensbestände und für jeden verfolgbare Kommunikationen gelten, sind als „privat“ oder „ge-

heim“ all jene Aktionen gekennzeichnet, die von der Beobachtung „Unbefugter“ abgeschirmt sind.

Obwohl sich die Bedeutungen von „privat“ und „geheim“ in diesem Fall überschneiden, ist privat mit einer positiven Konnotation besetzt, während dem Begriff geheim mehrere Bedeutungen zukommen. Geheimnisse können legitim oder illegitim sein. Und Geheimhaltung bedarf, besonders wenn es um Politik geht, einer besonderen Rechtfertigung. Dem gegenüber steht die Informationsrechte der Bürger, die Besorgnis um den Schutz der Privatsphäre oder das latente Thema Datenschutz (vgl. Peters 1994: 44).

Peters unterscheidet also einerseits „öffentlich“ als Prädikat für Aktivitäten und Angelegenheiten und andererseits als alles, was „vor aller Augen passiert“ oder „in aller Munde ist“. Er nennt Öffentlichkeit eine mehr oder weniger frei zugängliche „*soziale Handlungssphäre*“ (Peters 1994: 44).

### 3. „Öffentlichkeit“ als Sphäre kommunikativen Handelns

*„Im klassischen Verständnis handelt es sich um eine Sphäre öffentlicher, ungewolltgener Meinungs- und Willensbildung der Mitglieder einer demokratischen politischen Gemeinschaft über die Regelung der öffentlichen Angelegenheiten“* (Peters 1994: 45) In der dritten Bedeutung ist Öffentlichkeit ein auf bestimmte Kommunikationsstrukturen beruhendes Kollektiv, eine Sphäre kommunikativen Handelns, gebildet durch Kommunikation zwischen Akteuren (Publikum), die aus ihrer eigenen Privatsphäre hinaustreten, um sich über allgemeine Themen zu verständigen. (vgl. Peters 1994: 45)

## **2.2 Öffentlichkeit bei Jürgen Habermas**

Der Begriff „Öffentlichkeit“ ist stark geprägt von Jürgen Habermas. In seiner Habilitationsschrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ aus dem Jahr 1962 analysiert Habermas den Typus der bürgerlichen Öffentlichkeit.

Beim Zeichnen eines Grundrisses kritisiert er dabei die Unfähigkeit, nicht zuletzt der Wissenschaften, durch Präzision genaue Bestimmungen für die Begriffe „Öffentlichkeit“, „privat“ oder „öffentlich“ zu erhalten. Durch den Wandel der Zeit und die daraus resultierende Umgangssprache gibt es keine eindeutige Erklärung für jene Begriffe. Habermas führt in diesem Zusammenhang die Bedeutung von „öffentlichen Gebäuden“, öffentlichen Veranstaltungen oder dem Staat als „öffentliche Gewalt“

an. Auch durch den „öffentlichen Empfang“ erhält der Begriff eine zusätzliche Spezifizierung. Die häufigste Verwendung erhält jedoch die „öffentliche Meinung“, die das „Publikum“, also die Bürger als Träger auszeichnet. Die Öffentlichkeit selbst versteht sich dann als Sphäre und steht der Privatsphäre gegenüber (vgl. Habermas 1990: 54f).

Aus sozialgeschichtlicher Perspektive betrachtet, kommt dem Adjektiv „öffentlich“ in Deutschland wenig Bedeutung zu – es steht als Gegenstück zur französischen „publicité“ und der englischen „publicity“. Der Begriff etabliert sich laut Habermas erst parallel zur „bürgerlichen Gesellschaft“ (1990: 56). Die Gegensätze „öffentlich“ und „privat“ (was nicht öffentlich ist) sind allerdings zu diesem Zeitpunkt bereits anerkannt.

Sie nehmen ihre Bedeutung aus dem Griechischen, wo sich die Öffentlichkeit als „*Reich der Freiheit und Stetigkeit*“ (Habermas 1990: 57) von dem Schatten der Privatsphäre (1990: 57) abhebt.

Dieses Modell bewahrt sich über die Jahrhunderte eine geistesgeschichtliche Kontinuität, und zwar durch ihr ideologisches Muster.

*„Zunächst sind, durch das Mittelalter hindurch, die Kategorien des Öffentlichen und des Privaten in den Definitionen des römischen Rechts, ist die Öffentlichkeit als res publica tradiert worden. Eine rechtstechnisch wirksame Anwendung finden sie freilich erst wieder mit der Entstehung des modernen Staates und jener, von ihm getrennten, Sphäre der bürgerlichen Gesellschaft. Sie dienen dem politischen Selbstverständnis ebenso wie der rechtlichen Institutionalisierung einer im spezifischen Sinne bürgerlichen Öffentlichkeit. Inzwischen sind deren gesellschaftliche Grundlagen, seit etwa einem Jahrhundert, allerdings wieder in Auflösung begriffen; Tendenzen des Verfalls der Öffentlichkeit sind unverkennbar: während sich die Sphäre immer großartiger erweitert, wird ihre Funktion immer kraftloser. Gleichwohl ist Öffentlichkeit nach wie vor ein Organisationsprinzip unserer politischen Ordnung“* (Habermas 1990: 57). Habermas hofft, dass wir unsere eigene Gesellschaft systematisch in den Griff bekommen werden, wenn es uns gelingt, das, was wir als Öffentlichkeit bezeichnen, aus historischer und soziologischer Sicht zu klären.

### **2.2.1 Die Bürgerliche Öffentlichkeit**

Habermas benennt die Bürgerliche Öffentlichkeit als die „*Sphäre der zum Publikum versammelten Privatleute*“ (1990: 86). Innerhalb der bürgerlichen Öffentlichkeit verkehren Privatleute, zusammengeschlossen als Publikum. Als Ursprungsort von Privatheit nennt Habermas die kleinfamiliale Intimsphäre, „*im modernen Sinne gesät-*

*tigter und freier Innerlichkeit“* (1990: 87). Nun finden sich zwei Ebenen von Privatheit, jene der kleinfamilialen Sphäre und jene der Sphäre gesellschaftlicher Reproduktion. Habermas zeigt dies am Beispiel des Warenverkehrs, der die Hauswirtschaft sprengt und am Privatmann, dem Familienvater, der zur gleichen Zeit auch Warenbesitzer ist, Eigentümer und ein „Mensch“ schlechthin (vgl. 1990: 88).

Habermas hat die sozialen Strukturen von Öffentlichkeit seit ihren Anfängen untersucht. So übernehmen für ihn Salons in Frankreich (in der Zeit zwischen Regentschaft und Revolution) und Kaffeehäuser in England (zwischen 1680 und 1730) die gleichen gesellschaftlichen Funktionen. Sie gelten als *„Zentren einer zunächst literarischen, dann auch politischen Kritik, in der sich zwischen aristokratischer Gesellschaft und bürgerlichen Intellektuellen eine Parität der Gebildeten herzustellen beginnt“* (Habermas 1990: 92). Relevant für den öffentlichen Diskurs ist die Möglichkeit aller Beteiligten, daran teilzunehmen. *„Die bürgerliche Öffentlichkeit steht und fällt mit dem Prinzip des allgemeinen Zugangs. Eine Öffentlichkeit, von der angebbare Gruppen eo ipso ausgeschlossen wären, ist nicht nur unvollständig, sie ist vielmehr gar keine Öffentlichkeit“* (Habermas 1990: 156).

Mit dem Aufkommen der Presse findet ein Wandel der Identität von Öffentlichkeit statt (vgl. Habermas 1990: 103f, Benhabib 1997: 31). *„Eine Verlagerung findet statt von der „zuschauenden“ zur „zuhörenden Öffentlichkeit“: Sie wird nicht länger als eine Gruppe von Menschen verstanden, die einander von Angesicht zu Angesicht sehen, wie dies im Fall des geschlossenen demos (kursiv i. Orig.) unterstellt wird, sondern formiert sich durch unpersönliche Kommunikationsmittel wie Presse, Romane, literarische und wissenschaftliche Zeitschriften zunehmend als subjektloses Medium der Meinungsbildung“* (Benhabib 1997: 31).

Das ursprüngliche Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit löste sich in den hundert Jahren, die nach der Blütezeit des Liberalismus folgten, langsam auf; *„die Konturen der bürgerlichen Öffentlichkeit zerfallen“* (Habermas 1990: 223).

### **2.2.2 Sozialer Strukturwandel**

*„Die bürgerliche Öffentlichkeit entfaltet sich im Spannungsfeld zwischen Staat und Gesellschaft, aber so, dass sie selbst Teil des privaten Bereichs bleibt“* (Habermas 1990: 225). Im bürgerlichen Öffentlichkeitsverständnis herrscht eine Trennung zwischen der öffentlichen und der privaten Sphäre. Durch das wachsende Eingriffspo-



tential des Staates in die Wirtschaft und durch die Entwicklung des Sozialrechts kommt es zu einem sozialen Strukturwandel (vgl. Jarren/Donges 2002: 115). Die gesellschaftlichen Mächte erlangen selbst Kompetenzen öffentlicher Autorität. *„Neomerkantilistische (Hervorh. i. Orig.) Politik geht dann mit einer Art „Refeudalisierung“ der Gesellschaft Hand in Hand* (Habermas 1990: 225). Habermas beschreibt, wie der Staat immer neue Funktionen erhält, wie die Trennung zwischen Staat und Gesellschaft immer weiter durchlöchert wird, bis die private Sphäre durch Eingriffe seitens des Staates so minimiert ist, dass es zu einer Zerstörung seines Idealtypus bürgerlicher Öffentlichkeit kommt (vgl. 225ff).

*„Die Öffentlichkeit entgrenzt sich vom (Bildungs-)Bürgertum, damit verliert der bildungsbürgerliche Diskurshabitus an Bedeutung. Das kulturräsonierende Publikum wird zum kulturkonsumierenden Publikum* (Jarren/Donges 2002: 115).

In den Worten Habermas': *„Der bürgerliche Idealtypus sah vor, dass sich aus der wohlbegründeten Intimsphäre der publikumsbezogenen Subjektivität eine literarische Öffentlichkeit herausbildete. Diese wird stattdessen heute zu einem Einfallstor für die, über die konsumkulturelle Öffentlichkeit der Massenmedien in den kleinfamilialen Binnenraum eingeschleusten sozialen Kräfte. Der entprivatisierte Intimbereich wird publizistisch ausgehöhlt, eine entliterarisierte Pseudoöffentlichkeit zur Vertrauenszone einer Art Überfamilie zusammengezogen“* (Habermas 1990: 250).

Während sich die Massenmedien etablieren, allen voran die „amerikanische“ Form der Massenpresse, nämlich illustrierte Zeitschriften und die Wochenendpresse, ortet Habermas Einbußen bei der politisch rasonierenden Presse. Für eine Maximierung des Absatzes wird auf politischen Inhalt verzichtet. Stärker wird diese Tendenz der Aufhebung zwischen *„fact und fiction“* (1990: 260) durch Funk, Film und Fernsehen. Die (damals) neuen Medien verändern die Kommunikationsform als solche. *„Die durch Massenmedien erzeugte Welt ist Öffentlichkeit nur noch dem Scheine nach; aber auch die Integrität der Privatsphäre, deren sie andererseits ihre Konsumenten versichert, ist illusionär“* (Habermas 1990: 261).

### **2.2.3 Politischer Funktionswandel**

Öffentlichkeit ist nicht mehr die Versammlungsöffentlichkeit der Aufklärung, sie ist eine massenmedial hergestellte Öffentlichkeit (vgl. Jarren/Donges 2002: 115). *„Diese löst sich vom Publikum ab und wird in der Perspektive Habermas' durch Staat, Parteien und insbesondere durch die organisierten Privatinteressen der Wirtschaft okkupiert und „vermachtet““* (Jarren/Donges 2002: 115).

Diese Umfunktionierung der Öffentlichkeit macht Habermas an der Presse dingfest. Während zu Beginn nur wenige Publikationen eine kommerzielle Basis hatten und die Tagespresse vorwiegend tagespolitisch motiviert war, wurde die finanzielle Basis mit der Zeit immer mehr zur Notwendigkeit. Was folgte, war eine Änderung des Verhältnisses zwischen Verlag und Redaktion. *„(...) nicht nur die privatwirtschaftlichen Interessen des eigenen Betriebs gewinnen an Gewicht, die Zeitung gerät auch in dem Verhältnis, in dem sie sich zu einem kapitalistischen Unternehmen entwickelt, ins Feld betriebsfremder Interessen, die auf sie Einfluss zu nehmen suchen“* (Habermas 1990: 280).

Habermas betont aber, dass im 20. Jahrhundert mit Etablierung der „neuen Medien“ Rundfunk, Tonfilm und Fernsehen der Kapitalbedarf so groß war, dass viele neue Medien direkt unter staatliche Kontrolle oder in staatliche Regie genommen wurden (vgl. Habermas 1990: 282). *„Nichts charakterisiert die Entwicklung der Presse und der jüngeren Medien auffälliger als diese Maßnahmen: sie machen aus privaten Institutionen eines Publikums von Privatleuten öffentliche Anstalten“* (Habermas 1990: 282f). Der Umstand, dass der Staat sich an vielen der Medien beteiligte hatte zur Folge, dass Privatunternehmer (zumindest in Europa) nicht in der Lage waren, die Medienwelt zu monopolisieren. Die publizistische Funktion hätte, wie Habermas es formuliert, nicht gegenüber der privatkapitalistischen Funktion ausreichend geschützt werden können (vgl. Habermas 1990: 283).

Die Massenmedien haben für eine Ausdehnung und Ausweitung der öffentlichen Sphäre gesorgt, doch haben sie dabei auch Privatinteressen hineingelassen. Werbung und Public Relations sind nun ebenfalls in der Lage, Meinungen zu lenken. Zudem sieht Habermas eine Umkehrung der Aufgaben der Presse. *„Während die Presse früher das Raisonement der zum Publikum versammelten Privatleute bloß vermitteln und verstärken konnte, wird dieses nun umgekehrt von Massenmedien erst geprägt“* (Habermas 1990: 284).

### **2.2.4 Habermas' Relativierung seiner Thesen**

30 Jahre nach der Entstehung von „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ verfasste Habermas anlässlich der Neuauflage seines Werkes ein neues Vorwort, in dem er einige Ansichten relativierte. Habermas erklärt darin, dass zu von ihm untersuchten gesellschaftlichen Tatbeständen heute (1990) viel genauere Untersuchungen vorlägen. Das betrifft unter anderem die faktische Aufhebung einer tendenziellen Trennung von Staat und Gesellschaft. Festhalten, so betont er, möchte Habermas an seiner *„Beschreibung der veränderten Infrastruktur einer vermachteten Öffentlich-*

keit“ (1990: 29), während seiner Meinung nach in der Einschätzung des veränderten Publikumsverhalten Revisionen angebracht sind (vgl. Habermas 1990: 29).

*„Kurzum, meine Diagnose einer geradlinigen Entwicklung vom politisch aktiven zum privatistischen, vom „kulturräsonierenden zum kulturkonsumierenden Publikum“ greift zu kurz. Die Resistenzfähigkeit und vor allem das kritische Potential eines in seinen kulturellen Gewohnheiten aus den Klassenschranken hervortretenden, pluralistischen, nach innen weit differenzierten Massenpublikums habe ich seinerzeit zu pessimistisch beurteilt. Mit dem ambivalenten Durchlässigwerden der Grenzen zwischen Trivial- und Hochkultur und einer „neuen Intimität zwischen Kultur und Politik“, die ebenso zweideutig ist und Informationen an Unterhaltung nicht bloß assimiliert, haben sich auch die Maßstäbe der Beurteilung selber verändert“* (Habermas 1990: 30, siehe auch Jarren/Donges 2002: 116).

### **2.3 Aufgaben und Funktionen von Öffentlichkeit**

Für Jürgen Habermas ist der Begriff der Öffentlichkeit, wie eingangs erwähnt, nicht gleichzusetzen mit dem „öffentlichen Raum“; Öffentlichkeit ist ein Netzwerk. (vgl. Beck 2006: 221). Die Öffentlichkeit als „Netzwerk von Kommunikation“ beziehungsweise als „Kommunikationssystem“ (vgl. Jarren/Donges 2002: 112) hat Aufgaben und Funktionen. Jürgen Neidhardt hat in Anlehnung an die Theorie „kybernetischer Fähigkeiten“ von Amitai Etzioni (vgl. Neidhardt 1994: 8) jeder Phase (Input, Thoughtput, Output) des Systems normative Ansprüche zugeordnet.

*„Wie sehr Tischgesellschaften, Salons und Kaffeehäuser in Umfang und Zusammensetzung ihres Publikums, im Stil des Umgangs, im Klima des Raisonnements und in der thematischen Orientierung unterscheiden mögen, sie organisieren doch allemal eine Tendenz nach permanenter Diskussion unter Privatleuten; sie verfügen daher über eine Reihe gemeinsamer institutioneller Kriterien“* (Habermas 1990: 96f).

1. Es herrscht Parität zwischen den Personen. Ungeachtet des finanziellen Status, des Ranges, unabhängig von Staat und Politik, Hierarchie und Ansehen findet „gesellschaftlicher Verkehr“ statt.
2. Voraussetzung ist im Rahmen der Diskussion die „Problematierung“ von Bereichen, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht in Frage gestellt wurden.
3. Voraussetzung ist eine „prinzipielle Unabgeschlossenheit des Publikums“ (vgl. Habermas 1990: 97).

### Transparenzfunktion (Input-Phase):

Im Idealfall darf kein Thema von der öffentlichen Kommunikation ausgeschlossen sein und sämtliche diskursfähigen Personen müssen die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu äußern. (vgl. Beck 2006: 221). Wenn das Prinzip der Offenheit eingelöst ist, wird die Transparenzfunktion erfüllt (vgl. Neidhardt 1994: 8).

### Validierungsfunktion (Throughput-Phase):

Ohne äußeren Zwang soll das bessere Argument zählen. Laut Habermas ist das Ziel die Erzeugung eines rationalen Konsensus, der das gesellschaftliche und politische Handeln orientiert (vgl. Beck 2006: 222). Die Akteure sollen in der Öffentlichkeit kommunikativ handeln. Relevant ist aber, dass nicht nur ein Verständnis, sondern ein Einverständnis zum Gehörten vorliegt. Erst wenn der Hörer dem Sprecher nicht nur dessen Äußerungen zustimmen kann, sondern auch den Gründen dahinter, ist für Habermas die Validierungsfunktion erfüllt (vgl. Jarren/Donges 1998: 116). Wenn das Prinzip der Diskursivität erfüllt wird, „*leistet öffentliche Kommunikation Validierungsfunktionen*“ (Neidhardt 1994: 8).

### Orientierungsfunktion (Output-Phase):

„*Öffentliche Kommunikation, die von den Öffentlichkeitsakteuren diskursiv betrieben wird, erzeugt „öffentliche Meinungen“, die das Publikum als überzeugend wahrnehmen und akzeptieren kann*“ (Neidhardt 1994: 9).

Gerhards fasst die Funktionen folgendermaßen zusammen: „*Die Vorstellungen, dass jeder einzelne Bürger als freier Bürger sich eine Meinung über die staatlichen Angelegenheiten bilden kann und soll, und dass politische Herrschaft von den Willensbekundungen der Bürger abhängig und durch sie legitimierbar ist, bilden die Voraussetzungen für die Entfaltung des Begriffs Öffentlichkeit*“ (Gerhards 1998: 268).

Habermas betont den kommunikativen Prozesscharakter, der zur Ausbildung von öffentlichen Meinungen führen soll. Es ist wichtig, dass es sich um mehrere Meinungen handelt (vgl. Beck 2006: 222).

## 2.4 Öffentlichkeitsmodelle

„Theorien von Öffentlichkeit unterscheiden sich in ihren normativen Ansprüchen und an deren Funktionen. Öffentlichkeit ist ein Kommunikationssystem, in dem Themen und Meinungen gesammelt, verarbeitet und weitergegeben werden“ (Jarren/Donges 1998: 112). Unterschieden werden zwei Modelle von Öffentlichkeit, das diskurstheoretische und das systemtheoretische Spiegelmodell.

Während das von Niklas Luhmann skizzierte Spiegelmodell annimmt, dass Öffentlichkeit in erster Linie Transparenzfunktionen erfüllt, indem sich die Gesellschaft durch die Veröffentlichung von Themen selbst beschreibt, ist das Diskursmodell normativ deutlich anspruchsvoller (vgl. Jarren/Donges 1998: 113, Neidhardt 1994: 9).

Das Diskursmodell wurde erstmals von Jürgen Habermas in „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ entwickelt. Neidhardt übersetzt die zentralen Postulate des Habermas'schen Diskursmodells in die Formalsprache einer Input/Output-Analyse (siehe 2.3) und folgert, dass das Diskursmodell die Grundannahmen des Spiegelmodells beinhaltet und darüber hinaus geht (vgl. Neidhardt 1994: 9).

## 2.5 Ebenen von Öffentlichkeit

Innerhalb des Netzwerkes Öffentlichkeit (vgl. Beck 2006: 222) werden nach Neidhardt drei Ebenen von Öffentlichkeit unterschieden, die Encounter-Ebene, die Ebene der Themen- und Versammlungsöffentlichkeit sowie die Ebene der Medienöffentlichkeit (vgl. Jarren/Donges 2002: 119).

Bei der Encounter-Ebene handelt es sich um Face-to-Face-Kommunikation, der ein einfaches Interaktionssystem zugrunde liegt und keine Rollenverteilung (Sprecher, Publikum) stattfindet. „Die Encounter-Ebene ist meist räumlich, zeitlich und sozial beschränkt und sie ist gekennzeichnet durch fließende Übergänge zwischen privater Kommunikation mit wechselseitig hoch selektiven Publikumsbezügen und öffentlicher Kommunikation gegenüber einem prinzipiell unbegrenzten Publikum“ (Jarren/Donges 2002: 119).

In der Ebene der Versammlungs- und Themenöffentlichkeit sind Sprecher und Hörerrollen asymmetrisch verteilt. Es handelt sich zum Teil um eine organisierte Form der Rollendifferenzierung (z.B. Veranstaltungen, Kundgebungen) und auch die Themenwahl ist vorwiegend vorgegeben. Die Rollenverteilung (Sprecher, Hörer, Publikum) wechselt nicht so häufig, die innere Stabilität ist höher als bei der En-

counter-Ebene. Themen können zu Medienthemen werden (vgl. Beck 2006: 222, Jarren/Donges 2002: 120).

In der Ebene der Medienöffentlichkeit sind die Rollen festgelegt und die gegenseitigen Erwartungen eindeutig. Die Medienöffentlichkeit kann als institutionalisiert angesehen werden. Die Medien sind dauerhaft existent, die Themen werden von darauf spezialisierten „Sprechern“ (Journalisten) vorgegeben. Es herrscht Nachrichten-selektion. Innerhalb der Medienöffentlichkeit bestimmen je nach Themengebiet die jeweiligen Leitmedien (vgl. Beck 2006: 222f, Jarren/Donges 2002: 120).

## 2.6 Habermas' Kritik

Die Öffentlichkeit erfüllt nicht mehr oder ausnahmsweise ihre demokratiethoretisch bedeutsamen Funktionen der Validierung und Orientierung. Gründe dafür sind die Bedingungen kommerzieller Medienkommunikation, vermachtete Strukturen und der hoher Einfluss von politischer PR. Konsum und Akklamation sind an die Stelle von Orientierung und Validierung getreten, strategisches Handeln verdrängt kommunikatives Handeln (vgl. Beck: 222).

Der Grund für die einseitige Richtung, wenn es um die Kommunikation zwischen Bürgern und dem politischen Entscheidungssystem geht, sind die Massenmedien. Es stellt sich die Frage, wie man eine unmittelbare Beteiligung der Bürger am politischen System erreichen soll, da doch die „Öffentlichkeit“ eine vom politischen System selbst hergestellte Öffentlichkeit ist (vgl. Gerhards 1998: 272). Was die Diskursivität betrifft, so gehört diese aufgrund der Massenmedien eher zur Ausnahme als zur Regel. Die in den Funktionen genannte Idealposition, in der ein Akteur seine Meinung äußert und erst Konsens herrscht, wenn der Zuhörer der Meinung und all den mitschwingenden Gründen gänzlich zustimmt, ist in Zeiten von Massenmedien so gut wie nicht zu erfüllen (vgl. Gerhards 1998: 272). Was die Wirksamkeit hinsichtlich der Beeinflussung des politischen Entscheidungssystems betrifft, müssen auch an dieser Stelle die Massenmedien als „Stein im Weg“ bezeichnet werden. *„Einfluss auf politische Entscheidungen (kursiv i. Orig.) gewinnt die in der Öffentlichkeit generierte Meinung erst dann, wenn sie a) unmittelbar von den Entscheidungsträgern gehört und in Entscheidungen umgesetzt wird oder b) Einfluss auf die Meinungen der Bürger gewinnt und deren Wahlverhalten beeinflusst“* (Gerhards 1998: 273).

Durch die Fülle an verschiedenen Medien ergibt sich auch eine Fülle an verschiedenen öffentlichen Meinungen. Gerhards spricht von einer „Fragmentierung der öffentlichen Meinung“ (1998: 273). Aus dieser folgt eine gegenseitige Neutralisierung der verschiedenen Meinungen.

## 3 Das Internet: Grundlagen und Eigenschaften

*„Computervermittelte Kommunikation ist schneller als die Briefpost, kostengünstiger als die Nachricht auf dem Anrufbeantworter, komfortabler als das Faxen und variabler im Teilnehmerkreis (kursiv i. Orig.) als alle anderen Kommunikationsmedien“ (Döring 1998: 87).*

### 3.1 Technische Grundlagen

Das Internet hat eine technische und eine soziale Seite. Grundsätzlich ist heutzutage mit Internet ein *„netzartiges Verbindungssystem zwischen verschiedenen Endgeräten (gemeint), über die Personen, Gruppierungen, private Organisationen, öffentliche Institutionen und kommerzielle Anbieter auf elektronischem Wege Informationen austauschen, kommunizieren und interagieren“* (In der Smitten 2007: 67).

Eine technische Definition des Internet besagt, dass es sich beim Internet um ein Netzwerk aus Computern handelt beziehungsweise ein Netzwerk ist, das aus Computernetzwerken besteht, die miteinander über das Transmission Control Protocol/Internet Protocol (TCP/IP) kommunizieren. Dieses Transmission Protocol standardisiert den Datenaustausch zwischen Computern beziehungsweise Netzwerken, die selbst auf unterschiedlichen Plattformen arbeiten (können) (vgl. Rogg 2003: 33, siehe auch Emmer 2005: 23f).

Das TCP/IP ist für das Internet ein Transport-Metacode. Anfänglich gab es Netzwerke wie Usenet, Fido-Net oder Bitnet, die jeweils über eigene Strukturen verfügten und zweck- bzw. zielgerichtet waren, woraufhin die besonderen Leistungen des Netzes ausgelegt wurden. Aufgrund der jeweiligen Kommunikationsstrukturen und Dienstleistungen erweckte das Netz zunächst den Eindruck des Unorganisierten (vgl. Rogg 2003: 34). Die Entwicklung des Hypertext Transfer Protocol (http) sowie die dazugehörige Formatierungssprache Hypertext Markup Language (html) beschleunigten das Zusammenwachsen der verschiedenen Netze. Das und die Entwicklung erster grafischer Benutzeroberflächen sowie einer damit einher gehenden vereinfachten Bedienung und die Integration verschiedener Netzwerkdienste führten dazu, dass diese neue Art von Kommunikation für eine große Zahl an Nutzern attraktiv wurde (vgl. Rogg 2003: 34).

Eine kommunikationstheoretische Definition teilt das Netz in drei Sphären: Die innerste Schicht ist das Core-Internet, darüber befindet sich die Schicht des Consumer-Internet und die äußere Schicht wird als Matrix bezeichnet.

Zum Core-Internet gehören die Computer, die Informationen bereitstellen und auf die (dank verschiedener Dienste) von außen zugegriffen werden kann. Die Computer der Consumer-Schicht können auf Inhalte des Core-Netzes zugreifen, sind aber von außen nicht durch andere Computer erreichbar. Zur äußeren Schicht (Matrix) gehören jene Dienste, die nur einen asynchronen Austausch erlauben, also unter anderem Mailbox-Systeme (vgl. Rogg 2003: 35f).

Anekdote: Das Internet beziehungsweise die Möglichkeit, über Server und Modem zu kommunizieren, wurde Mitte der Neunziger Jahre als „Datenautobahn“ bezeichnet. Der Ausdruck stammt aus einer Rede des damaligen amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore (siehe auch: Exkurs Digital Divide). Zu diesem Zeitpunkt hatte das Internet weltweit geschätzte 30 Millionen Nutzer, davon 200.000 in Österreich. Hummel beschreibt in seinem Beitrag in Pürers „Praktischer Journalismus“ (1996), dass diese (damals) neue Form der Kommunikationstechnologie für Medien deshalb bedeutsam sei, da sich relativ einfach Recherchen durchführen ließen, Textdateien in den Computer laden ließen und auch bestimmte Sevicedienste für Endverbraucher verbessert werden könnten. Er schließt diese auf den praktischen Journalismus bezogenen Beitrag folgendermaßen: *„Substitution bestehender Medien durch „Internet“-Kommunikation ist aber – aufgrund der Haushaltsausstattung, Nutzungsgewohnheiten und disponibler „Kommunikationsbudgets“ – ebenso wenig zu erwarten wie auch nur die Nutzung dieser Technologie für General-Interest-Medien“* (Hummel 1996: 466). Auch Bieber zeigt sich, bereits im Jahr 1999, verwirrt ob der vielen Fachausdrücke wie World Wide Web, Chatten, HTML, Links oder Explorer (vgl. Bieber 1999: 11f).

### **3.1.1 Das WWW – das World Wide Web**

Im Jahr 1992 wurde das World Wide Web als neuer Internetdienst vorgestellt und weitete sich in den folgenden Jahren rasend schnell aus (vgl. In der Smitten 2007: 68). *„Grundsätzlich ist eine WWW-Seite ein elektronisches Dokument, das Texte, Grafiken, Töne, Bilder oder Filmsequenzen beinhalten kann und das durch Verweise (Hyperlinks) mit anderen elektronischen Dokumenten verknüpft ist“* (Rogg 2003: 53). Im Jahr 2005 überschritt die Zahl der Internetnutzer die Milliardengrenze. Die Zahl der Internetseiten lässt sich nur schätzen. Mitte 2007 lag sie laut In der Smitten



bei sechs bis acht Milliarden (vgl. In der Smitten 2007: 68). Bei einer Internetseite, einer Website, handelt es sich um ein zusammengehöriges Seitenangebot, das zu meist von mehreren Personen für ein großes Publikum erstellt wird. Für gewöhnlich verlangen Websites keine Antwort an den Kommunikator (angegebene E-Mail-Adressen und Feedbackbereiche ermöglichen dies aber heutzutage) (vgl. In der Smitten 2007: 73).

Die Seiten werden von Webservern wie Internet Explorer, Firefox, früher Netscape Navigator und anderen bereitgestellt, abgerufen werden sie dank ihrer jeweils eindeutigen Adresse, der Url (Uniform, Resource Location). Das WWW wird häufig und fälschlicherweise mit dem Internet als Struktur gleichgesetzt (vgl. Rogg 2003: 53).

Durch die Konvergenz verschiedener Technologien kann heutzutage über das Internet telefoniert, ferngesehen oder Radio gehört werden. Die neuesten Entwicklungen werden unter dem Begriff „Web 2.0“ zusammengefasst (vgl. In der Smitten 2007: 68f).

Das zukünftige Ziel des Internets ist es, dass Anwender nur mittels Kennwort und Benutzername von überall aus auf ihre Daten, die Arbeit wie die Freizeit betreffend, zugreifen können und so nicht mehr an ein Gerät gebunden sind. Zusätzlich soll das Internet sozialer werden, indem innerhalb einer Gemeinschaft (Community) Bilder, Texte, Videos und vieles mehr online besprochen werden können. Beispiele für erfolgreiche sogenannte Communities sind Flickr ([www.flickr.com](http://www.flickr.com), Stand: 29.04.2009), Youtube ([www.youtube.com](http://www.youtube.com), Stand: 29.04.2009) oder Myspace ([www.myspace.com](http://www.myspace.com), Stand: 29.04.2009 (vgl. In der Smitten 2007: 69).

Wie In der Smitten erklärt auch Rogg (im Jahr 2003), dass in den Anfangszeiten des Internet jede Art der Kommunikation ein eigener Dienst wie e-Mail, Chat und ähnliche zur Verfügung stand, während diese mittlerweile alle in den Browser integriert sind. Einerseits befürchtet Rogg, dass aufgrund der hoch integrativen Funktion des World Wide Web die Interaktivität nachlässt. Das ließe dann darauf schließen, dass das Internet sich in Richtung der altbekannten massenmedialen Einwegkommunikation hin bewegt. Andererseits gibt es kein vergleichbares, persönliches Publikationsorgan außerhalb des Netzes, besonders, was die Größe und Zusammensetzung des Publikums sowie auch die Gestaltungsmöglichkeiten betrifft (vgl. Rogg 2003: 54f).

### 3.2 Kommunikationsstrukturen im Internet

Dank der „Vernetzung“, die das Internet bietet, wird Online-Interaktion möglich. Interaktivität kann dabei sowohl technisch als auch sozial besetzt werden. Im technischen Sinn kann der Nutzer aufgrund der Art seines Zugriffs selbst entscheiden, wann er sich wofür interessiert beziehungsweise in welcher Reihenfolge Informationen in einem Medium organisiert sind. Bei der Nutzung von Radio und Fernseher kann zwischen einigen Programmen gewählt werden und die Medien können ein- und ausgeschaltet werden, während die Interaktion im WWW als deutlich höher eingestuft werden kann. „Hypertextualität“ ist das Stichwort: Texte werden durch Hyperlinks mit anderen Internetangeboten verlinkt, sodass der Nutzer regelmäßig eine Entscheidung für oder gegen ein neues Angebot treffen muss (vgl. In der Smitten 2007: 70, siehe auch Rogg 2003: 34).

In sozialer Bedeutung erleichtert das WWW die Interaktivität zwischen Personen und zwar in dem jeweils angestrebten Maß. Aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht werden klassische Kommunikationsmodelle (wie die Lasswell-Formel) herangezogen, die das Verhältnis zwischen Sender und Empfänger erklären. Tabelle 1 zeigt die verschiedenen Interaktionsmöglichkeiten im Internet in Kombination mit den unterschiedlichen Adressaten. Es wird dabei deutlich, dass sich eine schematische Darstellung nicht so leicht erreichen lässt.

Wie die Darstellung von In der Smitten zeigt, ergibt die Gegenüberstellung der am häufigsten verwendeten Online-Medien mit den unterschiedlichen Funktionsweisen, dass Konstellationen wie eine Website mit One-to-One-Kommunikation genauso selten zutreffen wird wie eine Many-to-One-Kommunikation.

Auch Emmer gibt zu bedenken, dass sich einzelne Kommunikationsformen nicht auf feste Sender-Empfänger-Konfigurationen festlegen lassen. Dies ist speziell deshalb der Fall, weil die Integration mehrerer Dienste in eine WWW-Seite möglich ist. So kann eine Internetseite angeschaut werden und parallel auf der gleichen Seite ein Chat stattfinden (vgl. Emmer 2005: 27, siehe auch 3.1.1)

**Tabelle 1: Kommunikationsstrukturen im Internet**

	<b>E-Mail</b>	<b>Chat</b>	<b>Newsgrup/ up/ Fo- rum</b>	<b>WWW- Seite</b>
<b>One-to-One</b>	Eine Person schreibt an eine andere	Zwei Personen unterhalten sich	Eine Person geht auf eine andere ein	Ein Seitengestalter, nur ein Seitenbesucher (selten)
<b>One-to-Many</b>	Eine Person gibt mehrere Mailadressen an	Eine Person macht sich in einem Chatroom mehreren bemerkbar	Eine Person wendet sich mit einem Anliegen an viele	Ein Seitengestalter, viele Seitenbesucher
<b>Many-to-One</b>	Mehrere Personen schreiben an eine Person	Viele wenden sich an einen, z.B. Bei einer Expertenbefragung	Viele antworten auf das Anliegen eines einzelnen	Mehrere Seitengestalter, ein Besucher (selten)
<b>Many-to-Many</b>	Mehrere Personen schreiben an mehrere Personen dieselbe E-Mail	Viele unterhalten sich mit vielen, z.B. in einer Online-Diskussion	Viele wenden sich mit ihren Anliegen an viele	Mehrere Seitengestalter, mehrere Seitenbesucher; Sonderfall: Wikis

Quelle: In der Smitten 2007: 71

### 3.2.1 Synchrone und asynchrone computervermittelte Kommunikation

Online-Kommunikation kann grundsätzlich in zwei Gruppen unterteilt werden: in eine Gruppe, die zeitgleiche, also synchrone Kommunikation und in eine Gruppe, die zeitversetzte, also asynchrone Kommunikation ermöglicht (vgl. Emmer 2005: 25)

Bei der asynchronen computervermittelten Kommunikation werden Botschaften zunächst aufgezeichnet und dann mit einer Zeitverzögerung zum Empfänger transportiert. Dort liegen sie zum Abruf bereit und können (auch erst später) von ihm rezipiert werden. Zur asynchronen Kommunikation zählen der Brief genauso wie der Anrufbeantworter und e-Mail (vgl. Rogg 2003: 37). Auch Newsgroups beziehungsweise Foren zählen zur asynchronen Kommunikation. Emmer (2005: 25) nennt auch den Abruf von WWW-Seiten als asynchrone Form, während beispielsweise Chats synchron verlaufen.

## 3.3 Eigenschaften des Internet

*„Online-Medien bieten gegenüber herkömmlichen Medien und Distributionswegen den Nutzern einige spezifische Vorzüge bei der Verbreitung und Verwendung von (...) Information“* (Hagen 1998: 11).

### 3.3.1 Interaktivität

Das Internet im Allgemeinen und weitere Online-Dienste ermöglichen Rückmeldungen, wie ein Fax oder ein Telefon. Sie sind nicht nur Verteilmedien, wodurch neue Formen der Telekommunikation entstanden sind (vgl. Hagen 1998: 11). Speziell im Zusammenhang mit dem Internet hat der Begriff der Interaktivität neue Bedeutung erlangt. Die Auffassungen, was unter allgemeiner Interaktivität und interaktiver Kommunikation gemeint ist, variieren dabei. Jäckel definiert Interaktion als *„wechselseitig aufeinander bezogene Handlungen“* (Jäckel 1995: 463). Er betont aber, dass Interaktion auch bei asymmetrischen Kommunikationskonstellationen wie dem Fernsehen erfolgen kann, weshalb sich eine genaue Differenzierung anbietet. Es gibt hierzu sehr viele verschiedene und in unterschiedlichen Abstufungen befindliche Definitionen, die besonders in der Frage der Informatik die Interaktion zusätzlich zwischen dem Menschen und dem Computer hervorheben, auf die hier aber nicht weiter eingegangen wird (vgl. Emmer 2005: 29).

Rafaelli unterscheidet drei Stufen von Interaktivität in Kommunikationsbeziehungen.

„Zwei-Wege-Kommunikation“: Informationen fließen in beide Richtungen, sie beziehen sich allerdings nicht direkt aufeinander und begründen damit keine Interaktion laut Definition.

Quasi-interaktive beziehungsweise „reaktive Kommunikation“: Abwechselnd wird auf die Information des Gegenübers reagiert.

Vollständig „interaktive Kommunikation“: Informationen des Gegenübers werden laufend in die Kommunikation der Gesprächspartner integriert (vgl. Rafaeli 1988: 116ff, Emmer 2005: 29).

In Verbindung mit Online-Kommunikation wird Interaktivität als ein Kontinuum verstanden, *„auf dem sich verschiedene Kommunikationsformen durch den Grad der gegenseitigen Beeinflussung von Kommunikationsinhalten unterscheiden“* (Emmer 2005: 29).

### **3.3.2 Aktualität**

Alle angebotenen Informationen im Internet können vom Anbieter – grundsätzlich ununterbrochen – aktualisiert beziehungsweise verändert werden. Diese Aktualisierungen können je nach Oberfläche (Redaktionssystem usw.) sehr schnell, mit einem kurzen zeitlichen Aufwand erfolgen (vgl. Hagen 1998: 11).

### **3.3.3 Offenheit & Verfügbarkeit**

Der Zugang ist bei keinem anderen Medium so unreglementiert und offen wie beim Internet (vgl. Hagen 1998: 11). Wo, also an welchem Ort Informationen aus dem Internet abgerufen werden, ist nicht mehr von Bedeutung, sofern ein Internetzugang vorhanden ist (vgl. von Garmissen 2002: 97).

Aus technischer Sicht stellt sich in den vergangenen Jahren die Frage nach Offenheit. Die Kämpfe der großen Firmen wie Microsoft, Google, Yahoo, um nur einige zu nennen, um Übernahmepläne des jeweils anderen gefährde die Offenheit des Internet, ein „Grundprinzip“, wie Chefjurist von Google, Drummond anlässlich des Übernahmeangebotes von Microsoft an Yahoo bemerkte (vgl. ZDNet.de 2008).

Trotz der prinzipiellen Offenheit und der generellen Disponibilität bleibt das Internet dennoch für Teile der Bevölkerung verschlossen. Unter dem Begriff „Digital Divide“ werden Gründe für die Nichtnutzung, unter anderem des Internets, zusammengefasst. Dabei geht es in internationalen Debatten vor allem um die Frage des materiellen Zugangs zum Onlinemedium (vgl. uni-bielefeld.de 2009).

### 3.3.4 Exkurs: Digital Divide

Im Jahr 2006 untersuchten Krings und Riehm unter dem Titel: *„Internet für alle? Die Diskussion des „digital divide“ revisited“* den Ist-Zustand der Internetverbreitung und Nutzung. Zur Begriffserklärung ist anzumerken, dass sich der englische Terminus im deutschen Sprachraum etabliert hat, mit „digitale Spaltung“ übersetzt wird und die sozialen Ungleichheiten, die sich über die Nutzung beziehungsweise die Nichtnutzung der digitalen Technologien ergeben können, beschreibt. Der Begriff wurde Mitte der Neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten in der Clinton/ Gore-Regierung populär. In der wissenschaftlichen Debatte wird Digital Divide unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet, nicht zuletzt deshalb, weil diverse Studien ergeben haben, dass der technische Zugang nicht allein für die Nutzung beziehungsweise Nichtnutzung ausschlaggebend ist. So wurden weiterführende Indikatoren eingeführt, die zwischen den Polen Inklusion und Exklusion positioniert sind.

Bewertet und verteidigt werden die Nutzungsformen des Internet implizit als notwendig für den gesellschaftlichen Prozess. Neben sozioökonomischen Indikatoren wie Geschlecht, Alter, Einkommen und Bildung sind auch so genannte Navigational skills notwendig. Sie beziehen sich auf das Know-how bei der Nutzung der Internetangebote. Für die erfolgreiche Nutzung werden schulische und berufliche Qualifikationen ebenso benannt wie das soziale Umfeld. Wichtige Faktoren für die Nutzung sind auch technische Faktoren, die Höhe der Kosten und ähnliches. Aufgrund der rasanten Verbreitung der technologischen Entwicklung spielt die Qualität der Nutzungsbedingungen eine große Rolle. Eine weitere Rolle spielt, wie OECD-Studien belegen, die Kluft zwischen Industrienationen und Dritte Welt Ländern. Abschließend wird der Aspekt der Nichtnutzung in der Diskussion um Digital Divide angebracht. Bei Studien zu diesem Aspekt werden als Gründe für die Nichtnutzung finanzielle Gründe genauso genannt wie eine grundsätzliche Ablehnung der Technologie, qualifikatorische Hürden und funktionale Alternativen des Internets.

Krings und Riehm weisen darauf hin, dass dem Internet eine überhöhte Bedeutung im gesellschaftlichen Entwicklungsprozess zugewiesen wird (vgl. Krings/Riehm 2006: 3053ff).

### 3.3.5 Das WWW – ein Pull-Medium

*„Das Internet ist angetreten mit dem Versprechen – quasi als Pull-Medium entgegen den alten Push-Medien – die Menschen/Kunden/Leser/User freier zu machen. Der*

*Konsument soll die freie Entscheidung haben, sich Wissen ungefiltert zu besorgen und für sich selbst zu entscheiden, was davon Relevanz hat“ (Gerschlauer 2009).*

Grundsätzlich werden zwei verschiedene Arten von Kommunikationsteilnehmern unterschieden, die jeweils die Kontrolle über die Inhalte der Kommunikation sowie die „Programmkontrolle“ haben. Unterschieden werden Push- und Pull-Medien. Dies erklärt, welcher Kommunikationspartner den Modus der Kommunikation aktiv definiert (vgl. Emmer 2005: 30). Das Internet ist ein Pull-Medium, das dem Suchen und Erhalten von Informationen dient (vgl. Kramer: 11). Ein Informationsanbieter kann eine große Menge an Daten bereitstellen und die Nutzer werden je nach Interesse oder auch finanziellen Mitteln darauf zugreifen. Somit liegt die „Inhaltskontrolle“ bei den Informationsanbietern, die „Programmkontrolle“ jedoch bei den Nutzern. Als sogenannte „Puller“ bestimmen sie, ob sie kommunizieren wollen und wenn ja, wann und in welchem Ausmaß. Diese Systematik wurde von Bordewijk und Kaam (1986) entwickelt und zeigt, dass es nicht, wie angenommen werden könnte, zu gleichberechtigten Beziehungen dank Internet kommt und die asymmetrische Beziehung zwischen aktivem Sender und passivem Rezipienten wie in der Massenkommunikation üblich aufgehoben wird. Diese Beziehungen differenzieren sich auf besondere Weise durch computervermittelte Kommunikation aus (vgl. Emmer 2005: 30f). Auch Beck (2006) betont, dass im Internet Inhalte bewusst selektiert werden müssen. Weiß „man“ aber nichts von einer speziellen Website, kann man entweder zufällig darauf stoßen, mit Hilfe von Suchmaschinen oder gar nicht. Klassische publizistische Medien versorgen ihre Rezipienten sozusagen automatisch und vor allem periodisch mit Informationen. *„Die „Netzöffentlichkeit“ ist anders beschaffen als die Medienöffentlichkeit“ (Beck 2006: 207).*

## 4 Öffentlichkeit im Internet

Die Öffentlichkeit stellt die zentrale Legitimationsinstanz in demokratischen Gesellschaften dar. Öffentlichkeit ist ohne Medien nicht denkbar. Wenn sich nun die Medienlandschaft aufgrund des Hinzukommens eines neuen Mediums verändert, muss auch die Frage gestellt werden, ob sich auch die Öffentlichkeit verändert, ob durch computervermittelte Kommunikation eine eigene „Netzöffentlichkeit“ oder eine „Gegenöffentlichkeit“ entsteht (vgl. Beck 2006: 221, Welz 2002: 3).

### 4.1 Theoretische Positionen zur elektronischen Öffentlichkeit

In der Debatte um den Stellenwert von Öffentlichkeit im Internet werden, beispielsweise von Jarren und Donges, die enthusiastische und die skeptische Position unterschieden. Winkel (2001) unterscheidet in diesem Diskurs drei Positionen, die Netzoptimisten, die Netzpessimisten und die Netzneutralisten (vgl. Beck 2006: 204). Auch die Begriffe „Cyberoptimismus“ und „Cyberpessimismus“ bezeichnen die Positionen in der Debatte, ob das Internet Potentiale bietet oder mehr Risiken als Chance in sich trägt (vgl. TAB 2005: o.S.). Die Positionen und in ihnen die verschiedenen Varianten beziehen sich auf die unterschiedlichen Modelle von Öffentlichkeit (siehe Tabelle 2).



**Tabelle 2: Theoretische Positionen zur elektronischen Öffentlichkeit**

	<b>Enthusias-tische</b>	<b>Position</b>	<b>Skeptische Position</b>
	Radikal plebiszitär	Gemäßigt deliberativ	
Verhältnis zum politischen System	Umbau	Stärkung	Keine bis wenig Veränderungen
Theoretisches Modell von Öffentlichkeit	Stark diskurs-theoretisch	Eher diskurs-theoretisch	Eher system-theoretisches Spiegelmodell
Fokus auf	Inputseite (technischer Zugang)	Inputseite (technischer Zugang)	Outputseite (Anschlusskommunikation)
Verhältnis zur „bisherigen“ Öffentlichkeit	„zweite“ Öffentlichkeit	Erweiterung Öffentlichkeit	Hilfsmittel für bisherige Akteure
Empirischer Bezugspunkt	Sonderfälle des politischen Prozesses	Sonderfälle des politischen Prozesses	„Normalfall“ des politischen Prozesses

Quelle: nach Donges 2000: 258, in: Jarren/Donges 2002: 132

#### 4.1.1 Merkmale der enthusiastischen Position, die Netzoptimisten

Das Internet nimmt einen starken und positiven Einfluss auf die Struktur von Öffentlichkeit. Da Bürger generell mehr kommunizieren können, wirkt sich das auch positiv auf die Kommunikation zwischen Bürgern und Politikern aus. Der Wegfall von zeitlichen, sozialen und räumlichen Barrieren ermöglicht es mehr Personen, sich aktiv an der politischen Willensbildung zu beteiligen bzw. sich in den politischen Prozess einzubinden. Aufgrund der Interaktivität und der technisch bedingten Vorteile des Internet verbessert sich, so die Annahme, quasi von selbst, die Informiertheit der politischen Akteure, die Repräsentation der politischen Interessen und das diskursive Niveau der politischen Entscheidungsfindung (vgl. Beck 2006: 204).

Weiters differenzieren lässt sich die enthusiastische Position gegenüber der elektronischen Öffentlichkeit durch ihren Bezugspunkt zum bestehenden politischen System. Unterschieden wird nach Jarren/Donges (2002) die radikal-plebiszitäre Variante und die gemäßigt deliberative.

Laut der radikal-plebiszitären Variante verändert die elektronische Öffentlichkeit das jeweilige politische System: „*Strukturen repräsentativer Demokratie ließen sich, so die These, durch die Möglichkeit von Individuen, auf einem „elektronischen Marktplatz“ ihre Meinungen auszutauschen und diese volonté de tous in den politischen Prozess einzubringen, durch plebiszitäre Elemente ersetzen*“ (Jarren/Donges 2002: 130).

Im Gegensatz dazu ist das politische System der Ausgangspunkt in der gemäßigt deliberativen Variante. Mit Hilfe von elektronischer Öffentlichkeit soll eine höhere Beteiligung der Bürger und entsprechend eine Stärkung des politischen Systems erreicht werden (vgl. Jarren/Donges 2002: 130).

Von Vertretern der enthusiastischen Position wird ein eher diskurstheoretisches Modell von Öffentlichkeit verfolgt. Dieses ist angelehnt an Jürgen Habermas' Vorstellung der Öffentlichkeit. Vertreter dieses Modells kritisieren die Funktionsmängel der Medienöffentlichkeit. Habermas hatte betont, dass die wichtigsten Gefährdungstendenzen der Öffentlichkeit die Refeudalisierung der Öffentlichkeit, ihre wahlperiodische Inszenierung und die Entfaltung einer manipulativen Publizität von oben anstelle einer kritischen Publizität von unten wären (vgl. Jarren/Donges 2002: 131, Habermas 1990: 293ff).

Dank der Einführung des Internet besteht nun aber die Möglichkeit, ohne technische Barrieren oder finanziellen Aufwand öffentlich zu kommunizieren. Gatekeeper und Nachrichtenselektion sind „ausgeschaltet“ (vgl. Beck 2006: 223). Die Kapitel 4.4.1 und 4.4.2 geben anhand zweier Studien einen genaueren Einblick in das diskurstheoretische Modell von Öffentlichkeit.

### **4.1.2 Merkmale der skeptischen Position, die Netzpessimisten**

Das Internet kann, so die Annahme, soziale Barrieren nicht überwinden. Anhänger dieser Position verweisen darauf, dass Zeitmangel, fehlende Bereitschaft der User, gezielt nach politischen Inhalten zu suchen und auch die fehlende Verknüpfung zwischen Kommunikation und sozialen Beziehungen Gründe dafür sind, dass die elektronische Öffentlichkeit wenig oder keine Veränderungen in das politische System bringt (vgl. Jarren/Donges 2002: 130f). „Netzpessimisten“ befürchten durch die hoch selektive Mediennutzung eine Fragmentierung und einen Zerfall der Öffentlichkeit und verweisen auf das Problem von Digital Divide (vgl. Beck 2006: 204). Das „passende“ theoretische Modell zur skeptischen Position ist das systemorientierte Spiegelmodell. Darin wird vorwiegend auf die „*Leistung von Öffentlichkeit, Selbstbeobachtung von Gesellschaft zu ermöglichen*“ (Jarren/Donges 2002: 132) hingewie-

sen. Vertreter des Spiegelmodells nehmen an, dass im Internet nicht einmal die Transparenz-Funktion von Öffentlichkeit erbracht werden kann. Solange Themen im Internet nicht in die Ebene der Medienöffentlichkeit gelangt sind, zählen sie grundsätzlich zur „medialisierten Encounteröffentlichkeit“ (Beck 2006: 226), ihnen liegt das Prinzip der interpersonalen Kommunikation zugrunde.

Sogenannte „Netzneutralisten“ sehen im Internet ein ambivalentes Medium mit Potential für politische Kommunikation und Öffentlichkeit, das allerdings auch Gefahren mit sich bringt (vgl. Beck 2006: 204).

## 4.2 Die Netzöffentlichkeit

Habermas entwickelte in „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ am Beispiel der Entstehung bürgerlicher Öffentlichkeit ein „*normatives, basisdemokratisch orientiertes Idealmodell von Öffentlichkeit*“ (vgl. Gerhards 1998: 268).

Grundsätzlich scheint das Internet auf den ersten Blick die drei grundlegenden Strukturmerkmale einer idealen Öffentlichkeit nach Habermas zu erfüllen (vgl. Welz 2002: 5). Wie in Kapitel 2.1 erläutert, lässt sich moderne Öffentlichkeit als „*relativ frei zugängliches Kommunikationsfeld (definieren), in dem Sprecher mit bestimmten Thematisierungs- und Überzeugungstechniken versuchen, über die Vermittlung von Kommunikateuren bei einem Publikum Aufmerksamkeit und Zustimmung für bestimmte Themen und Meinungen zu finden*“ (Neidhardt 1994: 7, Welz 2002: 3, siehe Kapitel 2.1)

„*Die Möglichkeit, direkt und ohne professionelle Vermittler untereinander sowie mit der politischen Elite zu kommunizieren, stärke nicht nur die partizipative Kommunikation, sondern eröffne einen neuen Spielraum für direktdemokratische, plebiszitäre Elemente in der Politik oder ermögliche zumindest deliberative Konsensbildung*“ (Beck 2006: 223).

Die drei Strukturmerkmale Gleichheit, Offenheit und Diskursivität können auch vom Internet auf den ersten Blick erfüllt werden. Es ist grundsätzlich teilnahmeoffen für alle, im Internet wird die Einseitigkeit der Massenkommunikation durch andere Kommunikationskonstellationen aufgehoben, One-to-One, One-to-Many und Many-to-Many- Kommunikationsflüsse ermöglichen eine Beteiligung aller (vgl. Beck 2006: 222f, Welz 4f). Durch die dialogischen Möglichkeiten kann es zu einer gleichwertigen Kommunikation zwischen den Teilnehmern kommen. „*Informationen, die zur Herstellung von Transparenz unabdingbar sind, können in großer Auswahl, leichter und schneller zugänglich gemacht werden*“ (Welz 2002: 5).

Doch Beck und Welz fordern eine kritische Betrachtung, da idealtypische Konstellationen in Wirklichkeit nicht stattfinden: Nicht jeder verfügt über einen Internetzugang (siehe Kapitel 3.3.3), die offene, für alle zugängliche Diskussion erfolgt in den meisten Fällen über eine Galerie-Arena-Konstellation und auch wenn Personen persönlich adressiert werden können, so bedeutet dies nicht, dass sich daraus notwendigerweise eine wechselseitige Kommunikation ergibt (vgl. Beck 2006: 223, vgl. auch Welz 2002: 5).

Der Umstand, dass das Internet neue Möglichkeiten der Informationsbeschaffung, der Kommunikation und Partizipation bietet, ist unumstritten. Es bietet entfernungsunabhängige, schnelle, kostengünstige Datenübertragung, ist dezentral organisiert und lässt grundsätzlich jede Person eigene Informationen einspeisen. Eine Orientierung im weitläufigen Internet schaffen Suchmaschinen.

Ob das Internet eine neue Form der Öffentlichkeit schafft, ob eine Gegenöffentlichkeit entsteht, ob das Internet „vermachtete“ Strukturen aufbricht, ist eine Frage, die sich seit Jahren stellt und die in der Literatur Befürworter und Gegner findet (vgl. TAB 2005: o.S., Jarren/Donges 2002: 129ff).

Im Hinblick auf politische Kommunikation und das Internet ist, wie der TAB Arbeitsbericht feststellt, festzuhalten, dass, bei aller Relevanz des Internets für politische Kommunikation, nur ein geringer Anteil von netzbasierter Kommunikation politische Themen betrifft. Dies entspricht in etwa jenem Anteil in der Offline-Kommunikation (vgl. TAB 2005: o.S.). *„Computervermittelte Kommunikation kann einen institutionellen Wandel des politischen Systems und der politischen Kommunikation allenfalls begleiten, und dabei moderierend, beschleunigend oder verlangsamend wirken“* (Beck 2006: 228). Beck spricht sich für ein Verständnis von Öffentlichkeit als „mehrschichtiger Prozess“ aus, bei dem Themen und Meinungen kommuniziert werden. Dazu leistet auch die computervermittelte Kommunikation ihren Beitrag (vgl. Beck 2006: 228).

### 4.3 Demokratie und Internet

#### 4.3.1 Politik und Kommunikation

Politik funktioniert nicht ohne Kommunikation. Die Voraussetzung dafür bilden Kommunikationsprozesse, und zwar auf drei Ebenen des politischen Systems:

- Artikulationsebene: Die Bürger haben in Demokratien das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Bürger sollen sich nicht nur frei und ungehindert informieren, sie sollen auch öffentliche Diskurse über alle Themen führen und sich danach eine Meinung bilden und diese auch äußern dürfen. Medien spielen in der Artikulationsebene eine zwingend notwendige Rolle, da nur durch sie eine maximale Erreichbarkeit gewährleistet werden kann.
- Vermittlungsebene: In der Vermittlungsebene agieren sowohl die klassischen Massenmedien als auch Organisationen der Interessensvermittlung, wie politische Parteien, Gewerkschaften, aber auch Vereine und Verbände.
- Entscheidungsebene: Auch auf dieser Ebene ist Kommunikation zwingend notwendig, wie beispielsweise öffentliche parlamentarische Beratungen und Bekanntmachung von Gesetzen zeigen (vgl. Beck 2006: 205ff).

Interessens- und Politikvermittlung sind zwingend auf publizistische Medien angewiesen, während viele politische Kommunikationsprozesse „unter Ausschluss der Öffentlichkeit“ erfolgen. Daher stellt sich die Frage, ob computervermittelte Kommunikation eine Veränderung von politischer Kommunikation erwirken kann.

#### **4.3.2 Exkurs: Die politischen Funktionen von Massenmedien**

An dieser Stelle sollen die politischen Funktionen von Massenmedien nur kurz umrissen werden, da sie grundsätzlich keiner ausführlichen Erklärung bedürfen. Doch bilden sie den Ausgangspunkt der Rolle der computervermittelten Kommunikation im politischen Prozess. Beck (2006) stellt die Frage, ob und wenn in welcher Weise die Anwendung von Online-Medien in die Binnenkommunikation von politischen Organisationen eingreift und ob sie deren Struktur verändert (vgl. Beck 2006: 206).

Es dürfte hinlänglich bekannt sein, dass der Brückenschlag zwischen gesellschaftlicher Kommunikation und politischer Diskussion und Entscheidungsfindung ohne die Leistung der Massenmedien so gut wie unmöglich ist. Daher werden ihre einzelnen politischen Funktionen lediglich kurz und mit jeweils einem Zitat angeführt.

- Herstellen von Öffentlichkeit: *„Damit ist gemeint, dass die Medien einen „Raum“ herstellen, in dem Öffentlichkeit als papierenes, tönendes oder psychisches Produkt überhaupt erst erzeugt wird“* (Ronneberger 1974: 198, Burkart 2002:

391). Öffentlichkeit entsteht im Großen und Ganzen, indem Informationen durch Massenmedien veröffentlicht und somit öffentlich zugänglich gemacht werden.

- Artikulationsfunktion: *„Dem Gedanken des Podiums, auf dem verschiedene Positionen miteinander konkurrieren bzw. um Anerkennung werben, wird nur dann entsprochen, wenn die Medien der Vielfalt der vorhandenen Interessen und Meinungen auch tatsächlich zur Artikulation verhelfen“* (Burkart 2002: 393). Von Saxer (1974) stammt der Begriff der Korrelationsleistung, die von Massenmedien erbracht wird, indem unterschiedliche Standpunkte aufeinander abgestimmt werden und damit die Meinungsvielfalt sowohl präsentiert als auch verringert wird (vgl. Saxer 1974: 30, Burkart 2002: 393).
- politische Sozialisation- bzw. Bildungsfunktion: *„Angesichts des hohen Differenzierungsgrades moderner Gesellschaften ist auch das politische System unübersichtlich geworden. (...) Politische Sozialisation bedeutet nun vor allem, dass die politischen Rollen (wie Wähler, Parteigänger, Parteimitglied, Opponent, Demonstrant usw.) transparent gemacht werden“* (Burkart 2002: 394). Grundsätzliche Orientierungen stammen aus frühen Sozialisationsinstanzen wie der Familie oder der Schule, doch die Medien leisten entscheidende politische Sozialisationsleistungen, indem sie die grundsätzlichen Einstellungen mit aktuellen Informationen bedienen (vgl. Burkart 395).
- Kritik- und Kontrollfunktion: *„Die Möglichkeit von Mitgliedern einer Gesellschaft zur Kritik an (politischen) Machträgern muss zweifellos als ein zentrales Kennzeichen von Demokratie gewertet werden“* (Burkart 2002: 395).

#### **4.3.3 Das Internet – die politische Wunschmaschine**

*„Das Internet (...) kann sich (...) zu einem seriösen öffentlichen Kommunikationsmittel weiterentwickeln, das Elemente direkter Demokratie in das bewährte Institutionengefüge der repräsentativen Demokratie einfügt. Nur als demokratisches Netzwerk, das allgemein, frei, gleich und billig verfügbar ist wie Telefon und Fernsehen, könnte es Aufgaben der politischen Information, der Artikulation und Aggregation von Interessen, der Bewältigung von Dissens und der Schaffung von Konsens sowie schließlich auch der Entscheidungsbildung übernehmen, also Hauptfunktionen westlicher Demokratien“* (Leggewie 1997: 6).

Das Internet wurde lange als „politische Wunschmaschine“ bezeichnet. Es könnten sich durch das Internet neue bzw. zusätzliche Formen der Politikvermittlung ergeben (vgl. Beck 2006: 204). Aufgrund von Politikverdrossenheit, Wahlmüdigkeit und weiteren unbefriedigenden Entwicklungen in den westlichen Demokratien erschien das Internet beziehungsweise die Nutzung desselben in anfänglichen wissenschaftlichen Analysen als Königsweg des Problems. Die Chance zur Wiederbelebung der Demokratie wurde in den interaktiven Informations- und Partizipationsmöglichkeiten gesehen. Dieser Phase folgte eine Ernüchterung, denn auch das Internet, also im Grunde genommen Technik, löst Probleme der Demokratie, sondern die bedienenden Akteure dahinter. Ein zweiter Blick prägt die aktuellen Konzepte hinsichtlich des Internets als „politische Wunschmaschine“ (vgl. TAB 2005: o.S.).

Passend zu den unbestrittenen Interaktivitätspotentialen des Internet gibt es die Hoffnung auf direktere, dialogische bzw. diskursive Kommunikationsmöglichkeiten, die „zu einer besseren Interessensvermittlung und höheren Partizipation der Bürger“ (Beck 2006: 204) führen kann. Beck mutmaßt, dass dank des Internets eine neue Form von Cyber-Öffentlichkeit entsteht, die wiederum möglicherweise die Rolle der Öffentlichkeit der Massenmedien übernehmen kann und damit die Schwächen, die diese aufgrund von Medienkonzentrationen und „vermachteten“ Medienstrukturen hat, ausgleichen/überwinden kann (vgl. Beck 2006: 204).

Die Politik als solche hat sich der Netzöffentlichkeit geöffnet und Politiker nehmen an Onlinediskussionen teil und Parteien experimentieren mit neuen und eigenen Webauftritten. Generell sind viele politische Informationen verfügbar, da neben etablierten politischen Akteuren (Regierung, Parteien usw.) auch zivilgesellschaftliche Akteure (Bürgerinitiativen..) und journalistische Online-Angebote (bekannte Print- und Rundfunkunternehmen) um die Aufmerksamkeit des Publikums werben (vgl. TAB 2005: o.S., vgl. Beck 2006: 204f).

Was aber, so Jarren und Donges, fehlt, ist eine „valide Orientierung“ (2002: 133) bei der Suche nach Informationen im Netz. Unbekannt ist, ob in der Anschlusskommunikation die gesammelten Informationen als bekannt vorausgesetzt werden dürfen oder nicht. Die „Thematisierungsfunktion“ fehlt dem Internet; es gibt, so Jarren und Donges, keine „Seite 1 mit den wichtigsten Informationen“ (2002: 133). (Das gilt für Informationen, die nicht aus Online-Versionen von Tageszeitungen usw. stammen). „Die Thematisierungsfunktion von Massenmedien geht im Internet durch die (scheinbare) Gleichrangigkeit und Gleichberechtigung aller Informationen verloren“ (Jarren/Donges 2002: 133). Dementsprechend sei auch die Qualität der Informatio-

nen zu hinterfragen, wie Guggenberger betont: *„Die schiere Masse öffentlich verfügbarer Information besagt gar nichts über die Qualität des Öffentlichen, nichts über den Zustand der öffentlichen Urteilskraft. Nicht die Menge, sondern die Struktur und die Ordnung der Informationen, der sie orientierende und plausibilisierende Kontext der Urteile und Bewertungen, begründen eine qualitative Öffentlichkeit“* (Guggenberger 1999: 109).

Beck verweist ebenfalls auf die Tatsache, dass publizierter Inhalt im Internet keine Selektionskriterien erfüllen muss und sich zudem nicht jenen Selektionskriterien journalistischer Gatekeeper beugen muss. So hilft das Internet, vergleichsweise kostengünstig ein großes Publikum zu erreichen. Es lässt sich aber, so Beck, *„Kommunikation nicht mit veröffentlichter Information gleichsetzen.(...) Öffentliche Aufmerksamkeit und Glaubwürdigkeiten bleiben knappe Ressourcen“* (Beck 2006: 207).

Welz, der ebenfalls ein Problem der Qualität bei den durch das Netz empfangenen Informationen ortet, macht die Größe des Internet für die Schwierigkeit in der Beschaffung der „richtigen“ Information verantwortlich. Er meint jedoch, dass sich hier das Internet nur durch seine Dimension vom System der Massenmedien unterscheidet (vgl. Welz 2002: 6). Nicht nur die Qualität, auch die Wahrnehmung an sich spielt eine Rolle, denn es ist für jeden möglich, mit wenigen Mitteln eine eigene Homepage zu kreieren, ob diese jedoch Beachtung findet, ist fraglich (siehe Kapitel 3.3.4).

Die immer wieder vorgetragene Sorge, dass Online-Medien (computervermittelte Kommunikation, vor allem das WWW) traditionelle publizistische Medien in ihrer Rolle als Politikvermittler verdrängen können, ist laut Beck unbegründet beziehungsweise scheint sie wenig plausibel (vgl. Beck 2006: 207).

### **4.3.4 Politische Projekte im Internet**

Im Jahr 2002 forderte Welz (2002), dass politische Organisationen und Parlamente das Internet nutzen sollten, um umfassende Informationen über Mitglieder, Gesetzesentwürfe, Tagesordnungen, Beschlüsse und andere politische Handlungen für ein breites Publikum zugänglich zu machen. Auch die Idee eines Chat-Rooms für anstehende Fragen in Form eines „Electronic Town Meetings“ wird erwähnt. Welz schlägt Bürgernetzwerke oder unabhängige Informationsdienste vor und greift damit vor, was in Deutschland unter anderem im Jahr 2004 umgesetzt wurde: [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de). Schon 1994 existierte in den USA jenes Projekt, „Vote Smart“, das die deutschen Gründer der partei-unabhängigen und parteifreien On-



line-Plattform [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) als einzige Referenz beziehungsweise als einziges Vorbild genommen hatten (siehe Kapitel 6). Ein Projekt wie [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) und auch das österreichische Lizenzprodukt [meinparlament.at](http://meinparlament.at) arbeiten im Rahmen von Partnerschaften beziehungsweise Kooperationen mit den Online-Ausgaben der klassischen publizistischen Medien zusammen. Sie verstehen sich als Ergänzung, nicht als Substitut.

Der TAB (Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag) Arbeitsbericht 100 aus dem Jahr 2005 stellt fest, dass das Internet vielfältig für die Kommunikation zwischen Politik und Bürgern genutzt wird und dass generell Konsens darüber herrscht, dass dem Internet eine wichtige Rolle in der Stärkung von repräsentativer Demokratie zukommt. Wenn Internetprojekte entsprechend gestaltet sind, können auch Zielgruppen erreicht werden, die in Hinblick auf Zugangsmöglichkeiten zum politischen Prozess (genannt werden unter anderem Jugendliche, Pensionisten und Personen mit knappen Zeitressourcen und geringer Medienkompetenz) eher benachteiligt sind. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass nicht das Internet per se zu einem verstärkten politischen Engagement der Nutzer führt. Ausgeschöpft wird das Potential des Internets als Raum politischer Kommunikation vor allem von seit langem politisch Aktiven und Kenntnisreichen, denn es ist, so der Arbeitsbericht, neben der Technikkompetenz auch politisches Wissen und Engagement Voraussetzung für die Nutzung von politischen Projekten im Internet (vgl. TAB 2005: o.S.). Wilhelm untersuchte 1999, ob politische Online-Foren sinnvoll sind und als virtuelle Resonanzräume bezeichnet werden können (siehe Kapitel 4.4.2).

### 4.4 Habermas und das Internet

Auf der Suche nach Stellungnahmen von Jürgen Habermas zur „Kommunikation von heute“ fällt ein Bericht von Howard Rheingold auf. Im Rahmen eines Vortrages von Jürgen Habermas im Herbst 2007 fragt Rheingold Habermas nach seiner Meinung zur aktuellen Situation der public sphere, „*now that the broadcast era has been supplanted by the many-to-many media that enable so many people to use the Internet as a means of political expression*“ (<http://internetforschung.wordpress.com>, Stand: 26.11.2008). Habermas überging (blew off) die Frage ohne Erklärung...

Nach Rheingolds Meinung liegt diese Übergehung der Frage in der Tatsache begründet, dass Habermas das Internet einfach nicht versteht. Rheingold, selbst dafür bekannt, Habermas' Thesen als einer der ersten auf das Internet zu beziehen, äußerte diese Vermutung in einem Blog. Innerhalb dieses Blogs entstand ein Kampf pro und kontra, ob Habermas im Alter von 78 Jahren, nach Jahren, in denen er sich

nicht mit dem Thema Öffentlichkeit und Massenmedien beschäftigt hat, eine Antwort parat haben sollte. Im Folgenden wurden einige Zitate zusammengetragen, die Habermas' Meinung zum Thema Internet und neue Kommunikationsformen widerspiegeln.

Unter anderem formulierte Habermas anlässlich seiner Preisrede bei der Verleihung des Bruno-Kreisky-Preises für das politische Buch 2005:

*„Auf der einen Seite hat die Umstellung der Kommunikation von Buchdruck und Presse auf Fernsehen und Internet zu einer ungeahnten Ausweitung der Medienöffentlichkeit und zu einer beispiellosen Verdichtung der Kommunikationsnetze geführt. Die Öffentlichkeit (...) ist inklusiver, der Austausch intensiver geworden denn je zuvor. (...) der Segen scheint sich in einen Fluch zu verwandeln. Die Gründe dafür sehe ich in einer Entformalisierung der Öffentlichkeit und in einer Entdifferenzierung entsprechender Rollen.“* (Habermas 2006:o.S.)

Habermas betont in „Ach, Europa“ die Verdienste der Internetkommunikation (WWW), bei der Partner nun wieder dank interaktiver und deliberativer Elemente virtuell, aber auf gleicher Augenhöhe kommunizieren (sich austauschen) können. Es scheint, das Internet gleicht die Schwächen des anonymen und asymmetrischen Charakters der Massenkommunikation aus. (vgl. Habermas 2008: 161)

*„Das Internet hat die Kommunikationszusammenhänge zugleich erweitert und fragmentiert. Deshalb übt das Internet zwar eine subversive Wirkung auf autoritäre Öffentlichkeitsregime aus. Aber die horizontale und entformalisierte Vernetzung der Kommunikation schwächt zugleich die Errungenschaften traditioneller Öffentlichkeiten. Diese bündeln nämlich innerhalb politische Gemeinschaften die Aufmerksamkeit eines anonymen und zerstreuten Publikums für ausgewählte Mitteilungen, so dass sich die Bürger zugleich mit denselben kritisch gefilterten Themen und Beiträgen befassen können.*

*Der begrüßenswerte Zuwachs an Egalitarismus, den uns das Internet beschert, wird mit der Dezentrierung der Zugänge zu unredigierten Beiträgen bezahlt. In diesem Medium verlieren die Intellektuellen die Kraft, einen Fokus zu bilden“* (Habermas 2006).

Den Wandel in der Öffentlichkeit, der durch die Etablierung des Internet hervorgerufen wurde, beschreibt Habermas folgendermaßen:

*„Tatsächlich hat ja das Internet nicht nur neugierige Surfer hervorgebracht, sondern auch die historisch versunkene Gestalt eines egalitären Publikums von schreibenden und lesenden Konversationsteilnehmern und Briefpartnern wiederbelebt. Andererseits kann die computergestützte Kommunikation unzweideutige demokratische Verdienste nur für einen speziellen Kontext beanspruchen: Sie unterminiert die Zensur autoritärer Regime, die versuchen, spontane öffentliche Meinungen zu kontrollieren und zu unterdrücken. Im Kontext liberaler Regime überwiegt jedoch eine andere Tendenz. Hier fördert die Entstehung von Millionen von weltweit zerstreuten chat rooms und weltweit vernetzten issue publics eher die Fragmentierung jenes großen, in politischen Öffentlichkeiten jedoch gleichzeitig auf gleiche Fragestellungen zentrierten Massenpublikums. Dieses Publikum zerfällt im virtuellen Raum in eine riesige Anzahl von zersplitterten, durch Spezialinteressen zusammengehaltenen Zufallsgruppen. Auf diese Weise scheinen die bestehenden nationalen Öffentlichkeiten eher unterminiert zu werden“ (Habermas 2008: 161f).*

*„Das Web liefert die Hardware für die Enträumlichung einer verdichteten und beschleunigten Kommunikation, aber von sich aus kann es der zentrifugalen Tendenz nichts entgegensetzen. Vorerst fehlen im virtuellen Raum die funktionalen Äquivalente für die Öffentlichkeitsstrukturen, die die dezentralisierten Botschaften wieder auffangen, selektieren und in redigierter Form synthetisieren“ (Habermas 2008: 162).*

#### **4.4.1 Ist Netzöffentlichkeit eine Alternativöffentlichkeit im Sinne Habermas?**

Der Frage, ob es sich bei Netzöffentlichkeit tatsächlich um eine Alternativöffentlichkeit handelt, ist Lincoln Dahlberg 2001 in seinem Bericht „Computer-mediated Communication and The Public Sphere“ nachgegangen. In Anlehnung an die Anforderungen von Habermas an einen rationalen Diskurs untersuchte er systematisch, ob computervermittelte Kommunikation im Internet diesen sechs Kriterien entspricht (vgl. Dahlberg 2001: o.S; Beck 2006: 223f).

Unabhängigkeit von staatlicher und wirtschaftlicher Macht (Autonomy from state and economic power)

Diese ist laut Dahlberg nur teilweise gegeben (vgl. Beck 2006: 224), da Zensuren und Online-Überwachung nach wie vor die freie Meinungsäußerung im Internet ge-

fährden, „*whether it be in the form of official blocks to access or hidden monitoring of messages*“ (Dahlberg 2001: o.S.). Eine noch größere Gefahr sieht Dahlberg in der zunehmenden Kommerzialisierung und Privatisierung des Internet. Er betont allerdings auch, dass sich parallel dazu sehr wohl unzählige öffentliche und frei von staatlicher Kontrolle befindliche Foren ausbreiten (vgl. Beck 2006: 224).

#### Rationalität der Argumentation (Thematization and critique of criticizable moral-practical Validity claims)

Die Frage, ob Äußerungen begründet sind, wird in Studien wie jener von Wilhelm (1999) beantwortet, und zwar insofern, dass drei von vier Personen ihre „geposteten“ Meinungen mit Hintergründen (Tatsachen) belegen. „*It is clear (..) that the exchange of validity claims with reasons is taking place within many internet fora. This conclusion establishes that a deliberative structure exists online*“ (Dahlberg 2001: o.S.).

#### Meinungswechsel (Reflexivity)

Mit „Meinungswechsel“ oder englisch „Reflexivity“ ist der rationale Diskurs und das Zurückstecken der jeweiligen Meinung für das bessere Argument gemeint. (vgl. Dahlberg 2001: o.S., Beck 2006: 224). Zu ausgeprägten Meinungswechseln kommt es in Internet-Foren selten. Das ist das Ergebnis der Studien-Auswertungen, die Dahlberg vorgenommen hat als auch jenes von Wilhelm, der bereits 1999 feststellte, dass Foren in erster Linie dazu genutzt werden, um die eigene Meinung zu präsentieren (vgl. Wilhelm 1999).

#### Wechselseitiges Role-Taking (Ideal Role-Taking)

„*As already established, cyberspace is filled with with vibrant exchanges of opinion. However, in general there tends to be far too much talk and not respectful listening*“ (Dahlberg 2001: o.S.). Die Unverbindlichkeit der Kommunikation (vgl. Beck 2006: 224) im Internet führt dazu, dass sich viele User nicht verpflichtet fühlen, sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen. Anstatt auf die anderen einzugehen, kann man den Computer ausschalten oder sich in ein anderes Online-Forum einwählen. Dahlberg weist zwar darauf hin, dass es sehr wohl auch zu engen und wichtigen Kontakten im Internet kommt, die bis zur Verfolgung einer Geburt oder anderen wesentlichen Ereignissen im Leben des jeweils anderen führen können (vgl. 2001). Die Gruppen sind zumeist homogen ausgerichtet. „*Insgesamt ergibt sich jedoch ein an den normativen Ansprüchen eines deliberativen Diskurses gemessen*

*eher bescheidenes Bild der politischen Online-Diskussion in Foren“* (Beck 2006:224).

#### Wahrhaftigkeitsansprüche (Sincerity)

Das Internet zeigt weder Mimik, Hautfarbe noch Geschlecht oder Herkunft. Durch e-Mail-Adressen, Nicknames oder die direkte Anrede lassen sich allerdings einige dieser Merkmale heraussehen (vgl. Dahlberg 2001: o.S.). Die User haben auf jeden Fall selber die Kontrolle über ihre Selbst-Präsentation. Gleiches gilt für Dinge, die sie im Internet verbreiten. Denn dieses erweist sich als „*Sammelbecken von falschen, nicht überprüften und fragwürdigen Informationen*“ (Beck 2006: 225). Mehrere Studien schließen aber, dass Diskussionsteilnehmer in vielen Fällen auf publizierte Inhalte zurückgreifen, um ihre Aussagen zu untermauern.

#### Gleichberechtigung, herrschaftsfreie Diskussion (Discursive Equality and Inclusion)

Ein gleichberechtigter Diskurs im Internet wird durch soziale und kulturelle Unterschiede, die offline vorliegen, verhindert. Trotz der schnellen Verbreitung und der einfachen Zugänglichkeit ist nach wie vor ein großer Teil der Erdbevölkerung von der Teilnahme am Online-Geschehen ausgeschlossen (vgl. Dahlberg 2001: o.S.). Obwohl sich Internetliteratur damit auseinandersetzt, dass Cyberspace Hierarchien ausschaltet (oder ausschalten sollte), zeigen andere Beispiele, dass sich Hierarchien und Machtbeziehungen im Internet fortsetzen. Beck folgert, dass der Ausschluss von einem Diskurs, die Einseitigkeit der Diskussion oder die Ignoranz von Themen auch in politischen Newsgroups verbreitet sind (vgl. 2006: 225).

### **4.4.2 Virtual Sounding Boards – virtuelle Resonanzräume**

Cyberspace, das war schon vor über zehn Jahren bekannt, birgt eine zusätzliche Form der Kommunikation, entsprechend auch die Möglichkeit, über einen neuen Kommunikationsweg politisch aktiv zu werden. Darunter fallen Interessensgemeinschaften ebenso wie politische Foren (vgl. Wilhelm 1999: 154). Nun stellte Anthony G. Wilhelm die Frage, inwieweit computervermittelte Kommunikation im Internet am Beispiel von Internetforen tatsächlich eine „Veränderung“ des politischen Prozesses bewirken kann, ob sie also so viel „Macht“ beziehungsweise Relevanz besitzen, um neben Offline-Kommunikation zu bestehen. Er stellte die banale Frage: „*Was bringen politische Internetforen?*“ Es ist an dieser Stelle auch festzuhalten, dass die Ergebnisse, die Wilhelm aus seiner Untersuchung an mehreren Usenet- und AOL-Newsgroups unternommen hat, aus dem Jahr 1999 stammen, also zehn Jahre alt

sind. Dennoch scheint es, die Ergebnisse behalten auch heute, wenn es sich um WWW-Foren handelt und eine andere, breiter gefächerte Zielgruppe anspricht, Gültigkeit (vgl. Wilhelm 1999: 154f).

Angelehnt an Habermas' Aussage, dass die Gesellschaft als Resonanzkörper bzw. -raum für die Artikulierung von politischen Angelegenheiten, die an die Regierung herangetragen werden, fungiert, untersuchte Wilhelm (1999), ob das Internet als ein „Virtual Sounding Board“ (virtueller Resonanzkörper bzw. -raum) geeignet ist.

Hierbei nennt Wilhelm fünf Charakteristika von virtueller Öffentlichkeit:

- Der Ort, an dem Personen zusammentreffen
- Der in einem Gespräch aufkommende Inhalt
- Die Inkludierung aller, also die grundsätzliche Möglichkeit für alle Personen, an einer Diskussion teilzunehmen.
- Das Design beziehungsweise die Architektur, die eine einfache oder auch komplizierte Form von Kommunikation ermöglicht.
- Die Validierung – für diese ist es wichtig, einen universalen Zugang zu den Foren zu gewährleisten. Es müssen möglichst viele Meinungen die Gelegenheit haben, genannt zu werden. (vgl. Wilhelm 1999: 155f, vgl. Tabelle 3)

**Tabelle 3: Features of the virtual political public sphere**

<b>Topography</b>	Places or spaces in which persons come together to discuss issues, form opinions and plan action
<b>Topicality</b>	The content of discussions or the topics that arise
<b>Inclusiveness</b>	Notion that everybody has the opportunity to deliberate on policy issues
<b>Design</b>	The architecture of the network developed to facilitate/inhibit deliberative discussion
<b>Deliberation</b>	Subjecting one's opinions to public scrutiny for validation

Quelle: Wilhelm 1999: 156

Um herauszufinden, wie und ob Internetforen zu mehr deliberativer Politik führen, bediente sich Wilhelm der Inhaltsanalyse (content analysis).

Wilhelm schließt aus seiner Untersuchung: „*If a democratic discussion is to be defined at least in part by the quality of the conversation, then the newsgroups analysed in this study are not very deliberative. Rather than listening to others, more of-*

*ten than not persons opposed to a seed message used it to amplify their own views. Perhaps one reason why there are so few responses is that there is no obligation to respond on the part of either latent or active forum participants” (Wilhelm 1999: 171).*

Die untersuchten politischen Online-Foren geben keinen Hinweis darauf, dass sie einen Resonanzraum bilden. Wilhelm stuft die Wechselseitigkeit als nicht sehr hoch ein, da “...*participants do not feel responsible before other forum members*“ (Wilhelm 1999: 171).

Die Plattformen meinparlament.at und abgeordnetenwatch.de fördern den Dialog zwischen Bürgern und Politikern. Die Erkenntnisse von Wilhelm treffen diesem spezifischen Fall nur bedingt zu, da die Politiker öffentlich befragt werden und ihr (Antwort-)verhalten sowohl beobachtet als auch dokumentiert werden.

## 5 Politische Partizipation

Die klassische Partizipationsforschung hat, im Gegensatz zu politischen Soziologie, in erster Linie den einzelnen Bürger im Visier. Ziel der Analyse sind die Aktivitäten der Bürger in der Partei (vgl. Emmer 2005: 57).

Ausgangspunkt der Partizipationsforschung ist die von Lazarsfeld, Berelson und anderen begründete US-amerikanische Wahlforschung. Sie betrachtete nicht mehr nur Wahlaktivitäten, sondern das ganze Spektrum politischer Handlungsmöglichkeiten (auch wenn die Wahl lange Zeit die dominierende Form der Partizipation blieb) (vgl. Emmer 2005: 57). Kaase (2003) bezeichnet die Arbeit von Milbrath (1965) als Beginn der Partizipationsforschung. Sein Konzept eines eindimensionalen, hauptsächlich auf Wahlen und Parteien bezogenen Beteiligungsraumes diente der ersten großen vergleichenden Studie zu politischer Beteiligung und Ungleichheit (vgl. Kaase 2003).

### 5.1 Begriffsdefinitionen

*„Partizipation wird in gesellschaftstheoretischen Überlegungen als notwendige Voraussetzung für die Inklusion und Integration des Individuums in die Gesamtgesellschaft gesehen“ (Rhomberg 2009: 139)*

*„Unter politischer Beteiligung werden in der Regel jene Verhaltensweisen von Bürgern verstanden, die sie alleine oder freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen“ (Kaase 2003, Nohlen/Schulze 1985: 682, vgl. Rhomberg 2009: 143). „Damit werden solche Handlungen ausgeschlossen, die zwar politische Bedeutung erlangen können, die aber nicht international auf das Herbeiführen bzw. Beeinflussen von Entscheidungen abzielen. Auch jene Handlungen, die das politische System den Bürgern vorschreibt, sind nicht in dieser Definition enthalten“ (Gabriel/Brettschneider 1998: 285).*



## 5.2 Formen politischer Partizipation

In westlichen Demokratien stehen verschiedene Arten der politischen Partizipation zur Verfügung. Verba und Nie (1972) haben mit Hilfe einer Faktorenanalyse vier Dimensionen ermittelt (vgl. Emmer 2005, Gabriel/Brettschneider 1998: 285 f).

- Wählen (Voting),
- Beteiligung am Wahlkampf (Campaign Activity),
- lokale Gruppenaktivitäten (Communal Activity) und
- Kontaktieren von Politikern (Particularized Contacts)

Barnes und Kaase wiederum legten 1979 die für die Forschung folgenreichste Systematik vor. Die sogenannte Political-Action-Studie untersuchte auf international vergleichender Grundlage in acht Ländern repräsentative Stichproben von Personen über 16 Jahren. Es wurde versucht, Aussagen über die Verbreitung von nicht verfasster politischer Partizipation beziehungsweise Partizipationspotenzialen zu machen. In der international vergleichenden Forschung setzte sich daraufhin die Unterscheidung zwischen „konventioneller“ (verfasste beziehungsweise auf verfasste Formen bezogene Aktivitäten) und „unkonventioneller“ (unverfasste Aktivitäten) Partizipation durch (vgl. Kaase 2003). Sie basiert auf den Merkmalen „institutionelle Verfasstheit“, „Legalität“ und „Legitimität“ (vgl. Emmer 2005: 60f, Gabriel/Brettschneider 1998: 286).

Bei konventioneller Partizipation handelt es sich um *„legale, auf öffentliche Wahlen bezogene verfasste und nicht verfasste Handlungen mit unstrittig positivem Legitimitätsstatus“* (Kaase 1992: 340). Als Formen unkonventioneller Beteiligung nennt er *„unverfasste Handlungen unabhängig von ihrem Legalitäts- und Legitimitätsstatus“* (ebd., vgl. Gabriel/Brettschneider 1998: 286).

Generell zählt Kaase (1992, 2003) die schon von Milbrath (1965) untersuchten Aktivitäten zu den Formen konventioneller Partizipation, während er Dinge wie das Sammeln von Unterschriften, die Teilnahme an Demonstrationen, Boykotten oder Hausbesuchen zu den unkonventionellen Partizipationsformen zählt (vgl. Gabriel/Brettschneider 1998: 286).

Uehlinger (1988) präsentierte in den Achziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine fünfkategoriale Taxonomie politischer Partizipation:

- Wählen
- Parteienorientierte Partizipation (beispielsweise ein Amt in einer Partei innehaben)
- Problemorientierte Partizipation (Bürgerinitiative, genehmigte Demonstration)
- Ziviler Ungehorsam (Hausbesetzung und ähnliches)
- Politische Gewalt gegen Personen und Sachen (vgl. Kaase 2003, vgl. Emmer 2005: 61).

Angelehnt an diese Taxonomie stellt Fuchs (1995) die schrittweise Ausbreitung von Partizipation in seinem „Ausweitungsmodell“ in den Mittelpunkt. Die untersuchten Partizipationsformen wurden dabei in fünf Typen kategorisiert.

- konventionelles Handeln
- parteibezogenes Handeln
- demonstratives Handeln
- konfrontatives Handeln
- gewaltsames Handeln

Fuchs geht davon aus, dass, unter Berücksichtigung eines ökonomischen Aspekts, Menschen zuerst mit möglichst geringen Kosten versuchen, ihr Ziel zu erreichen und die Aktivitäten je nach Erfolg ausweiten (vgl. Fuchs 1995: 140f, Emmer 2005: 62).

Politische Information ist ein wesentlicher Punkt auf dem Weg zur politischen Beteiligung. *„Ein Großteil der Möglichkeiten der politischen Beteiligung vollzieht sich in modernen demokratischen Gesellschaften über die Massenmedien. Diese agieren dabei nicht nur als Vermittler von Informationen, sondern spielen auch eine nicht unerhebliche Rolle, wenn es um Wissenszuwachs, um Meinungen und Aktivierung von politischem Engagement bzw. den Rückzug aus der politischen Sphäre geht“* (Rhombert 2009: 145). Massenmedien erlauben *„den Brückenschlag von der Welt der Politik zur Welt des Privaten und sind damit eine grundlegende Voraussetzung für eine informierte politische Beteiligung“* (Klingemann/Voltmer 1989: 222, vgl. auch Rhombert 2009: 88). Die Bereitschaft zu politischer Partizipation wird, davon geht die deliberative Demokratietheorie aus, erhöht, wenn ein Austausch über bestimmte Themen stattfindet, Argumentationen reflektiert werden und ein Diskurs über politisches Wissen entsteht (vgl. Rhombert 2009: 169). *„According to the deliberative model of democracy, the legitimation must pass through a public sphere that has*

*the capacity to foster considered public opinions“* (Habermas 2006: 418, zit.nach: Rhomberg 2009: 169).

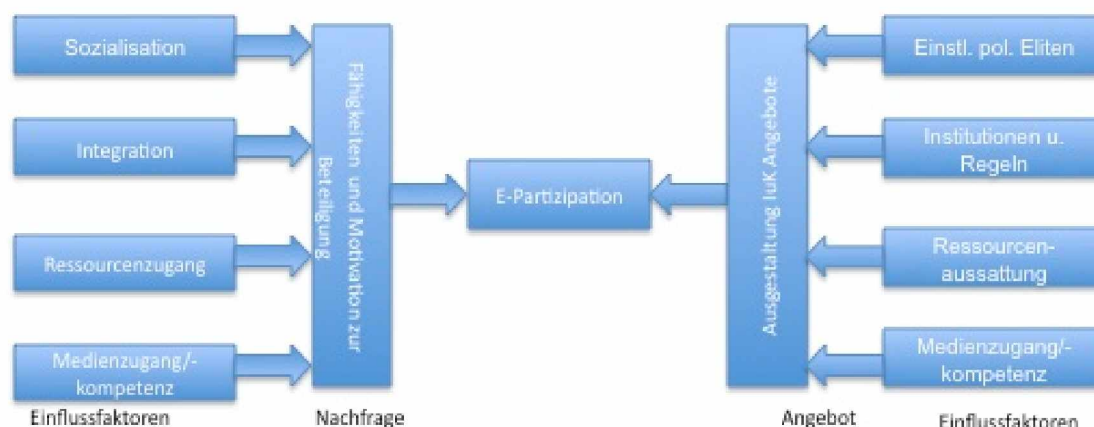
Wie Gabriel und Brettschneider betonen, bleibt der Forschungsstand trotz bedeutender theoretisch-methodischer Fortschritte in mancherlei Hinsicht unbefriedigend. Offen bleibt bei den meisten Forschungsergebnissen, ob die von Bürgern gesetzten Handlungen überhaupt als Partizipation wahrgenommen werden, also ob es tatsächlich die Intention ist, Entscheidungen der politischen Führung zu beeinflussen (vgl. Gabriel/Brettschneider 1998: 286).

### **5.3 E-Partizipation**

Unter E-Partizipation wird grundsätzlich, mit Ausnahme der technischen Komponente, das gleiche verstanden wie unter Partizipation. *„E-Partizipation beinhaltet (...) alle Aktivitäten, bei denen Privatpersonen IuK (Informations- und Kommunikationstechnologien) mit dem Ziel nutzen, an der Entscheidung politischer Personal- und Sachfragen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems mitzuwirken oder diese zumindest zu beeinflussen“* (Kuhn 2006: 30). Aus rein technischer Sicht ist es heutzutage für einen großen Teil der Bevölkerung möglich, am politischen Geschehen teilzuhaben.

Kuhn zählt als Vorstufe der E-Partizipation auch die politische Information der Bürger, die er für besonders wichtig erachtet, da sie häufig eine grundlegende Voraussetzung für die Beteiligung darstellt (vgl. Kuhn 2006: 30). Wie Studien ergeben haben, fällt die Bereitschaft zur politischen Beteiligung höher aus, je aktiver politische Inhalte in Medien genutzt werden. Für eine funktionierende E-Partizipation sind folgende Dinge unerlässlich: das Angebot an E-Partizipationsangeboten und die Nachfrage der Bürger nach E-Partizipation (vgl. Kuhn 2006: 33).

**Abbildung 1: Erklärungsmodell internetvermittelter, politischer Bürgerbeteiligung**



Quelle: Kuhn 2006: 33

Hinsichtlich der Ausprägung der E-Partizipation ist festzustellen, dass „starke“ Formen wie Konsultationen zu Gesetzgebungsprozessen ähnlich selten anzutreffen sind wie fest etablierte politische Online-Diskussionen auf nationaler Ebene (vgl. Riehm/Coenen 2008: 5). Eine Befragung durch die Vereinten Nationen hat ergeben, dass nur 14 % der Länder weltweit eines der abgefragten Online-Diskussionsformate (Weblogs, Foren, Chats) auf ihren nationalen staatlichen Websites anbieten (UNDESA 2008: 64, vgl. Riehm/Coenen 2008: 5f).

Gleichzeitig wurden die Möglichkeiten lokaler deliberativer Foren in unterschiedlichen Studien aufgearbeitet und es konnte festgestellt werden, dass eben Diskussionen und Foren die Entwicklung von politischer Informiertheit und politischem Wissen fördern (vgl. Rhomberg 2009:169).

## 5.4 Politische Mobilisierung durch das Internet?

*„Computervermittelte Kommunikation ist an sich weder demokratiefreundlich noch -feindlich. Wenn a priori kein Interesse an politischer Beteiligung besteht, wird sie auch das Internet nicht herbeizaubern“ (Leggewie 1997: 15).*

Im Jahr 2008 wurden vom Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, kurz TAB, verschiedene Varianten von digitaler Demokratie untersucht. Die drei Beiträge behandelten erfolgreiche Beispiele von E-Partizipation, denen eine starke Orientierung auf Öffentlichkeit im Internet gemeinsam ist. Außerdem bleiben die drei E-Partizipationsanwendungen innerhalb eines repräsentativen demokratischen Politikverständnisses, womit keine direktdemokratischen Entscheidungspro-

zesse angestrebt werden. Einer dieser Beiträge behandelt die deutsche Online-Plattform [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de), die anderen beiden untersuchen E-Konsultationen in Kanada und E-Petitionen in Schottland und Deutschland. Die Tabelle 4 zeigt die Merkmale der E-Partizipationsbeispiele.

**Tabelle 4: Merkmale der E-Partizipationsbeispiele**

	Abgeordneten-watch.de	E-Konsultationen Kanada	E-Petitionen Schottland/ Deutschland
Initiator/ Betreiber	Intermediäre Organisation	Politik	Politik
Moderator	Intermediäre Organisation	Politik	Politik
Themendefinition	Bürger	Politik	Bürger
Diskursbeteiligung	Bürger, Politik	Bürger, Politik	Bürger
Institutionelle Beteiligung	nein	ja	ja

Quelle: Riehm/Coenen 2008: 06

Bei [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) handelt es sich um eine Plattform, bei der ein echter Bürger-Politiker-Dialog zustande kommt und es sind auch die Bürger, welche die Themenbestimmung vornehmen, im Rahmen der Zuständigkeiten des Parlaments. Während die Zusammensetzung der beteiligten Bürger recht einseitig ausfällt (gut gebildet, politisch interessiert, meist männlich), was mit den allgemeinen Ergebnissen der Studien zu politischer Partizipation korrespondiert, ist doch festzuhalten, dass die Zeiten vorbei sind, in denen politische Mobilisierung durch das Internet eine bloße Vision waren. Entscheidend für den Erfolg sind nach Riehm und Coenen eine transparente und verfahrensmäßig genaue Bestimmung der Funktionen von den E-Partizipationsangeboten sowie die Bereitstellung ausreichender Ressourcen (vgl. Riehm/Coenen 2008: 07f).

## 6 Meinparlament.at & Abgeordnetenwatch.de

*„Wir wollen Politik transparent und nachvollziehbar machen und den Dialog zwischen den Wählerinnen und Wählern und ihren Abgeordneten fördern“ (Gregor Hackmack anlässlich einer Pressekonferenz 2009).*

*„Mit meinparlament.at wollen wir Politik transparenter machen, denn wer um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler wirbt, muss sich auch deren Fragen stellen“ (Dr. Peter Merschitz anlässlich einer Pressekonferenz am 04.03.2009).*

Im folgenden Kapitel werden die beiden Online-Plattformen [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) und [meinparlament.at](http://meinparlament.at) beschrieben. Aus leserlichen Gründen wird das [www](http://www) am Beginn der beiden Urls [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) und [meinparlament.at](http://meinparlament.at) in auf den folgenden Seiten weggelassen. Die Informationen zu [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) stammen zum Großteil aus einem Gutachten im Auftrag des Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB), das von Zebralog ([www.zebralog.de](http://www.zebralog.de)) durchgeführt wurde. Zusätzliche Fragen, die sich im Verlauf gestellt haben, wurden hauptsächlich per e-Mail angefragt und beantwortet. Für den Teil [meinparlament.at](http://meinparlament.at) wurde ein schriftlicher Fragebogen an einen der Gründer, Dr. Peter Merschitz, geschickt, der diesen beantwortet zurückgesandt hat. Der Fragebogen ist im Anhang zu finden. Viele der hier verwendeten Informationen sind ebenfalls direkt auf den jeweiligen Websites abrufbar, wie zum Beispiel die Finanzierungsform, Presseaussendungen oder Presseberichte über die jeweilige Plattform. Die statistischen Daten (siehe Punkt 6.2.7 und 6.3.7) beruhen auf Angaben der Betreiber von [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) und [meinparlament.at](http://meinparlament.at). Der direkte Zugriff auf die im Hintergrund jeweils laufenden Statistikprogramme war nicht möglich.

### 6.1 Einführung in die beiden Internetplattformen

Bei den Internetplattformen [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) und [meinparlament.at](http://meinparlament.at) handelt es sich um frei zugängliche Internetseiten, die eine Kommunikation zwischen der Bevölkerung und Politikern ermöglichen. Beide Plattformen werden professionell, unparteilich und überparteilich betrieben. Ziel dieser Internetauftritte ist es, die Transparenz zwischen Politikern und Bürgern zu erhöhen und dem jeweils anderen die Möglichkeit zu mehr Information zu bieten. Das Verhältnis zwischen Bürgern und Politikern soll verbessert werden. Dies erfolgt durch eine Dokumentations- und eine Dialogfunktion in Form von Fragen seitens der Bürger und Antworten seitens der

Abgeordneten. Im Gegensatz zu einer direkten Anfrage per e-Mail an einen Abgeordneten werden die via [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) und [meinparlament.at](http://meinparlament.at) gestellten Fragen zuvor von einem Moderationsteam durchgelesen, nach einem Codex „gescreent“ und in weiterer Folge an den Politiker weitergeleitet. Für alle Besucher der Plattform einsehbar wird die Frage auch bei dem betreffenden Politiker angezeigt, sodass sich Interessenten, die keine eigenen Fragen stellen möchten, informieren können, wie jeder Politiker auf die an ihn gerichteten Fragen geantwortet hat. Die deutsche Plattform [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) wurde 2004 von Gregor Hackmack und Boris Hekele in Hamburg gegründet, die österreichische Plattform [meinparlament.at](http://meinparlament.at) wurde von Dr. Peter Merschitz und Dr. Peter Parycek im August 2008 in Wien initiiert und ist ein Lizenzprodukt von [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de).

Bereits seit einigen Jahren erfreuen sich Plattformen, auf denen der direkte Kontakt mit politischen Akteuren möglich ist, steigender Beliebtheit. Als Beispiele seien an dieser Stelle das Project Votesmart aus den USA (<http://www.votesmart.org>) und die verschiedenen Projekte der Organisation MySociety.org (<http://www.mysociety.org>) aus Großbritannien genannt. In Deutschland bietet die Plattform [sie-schreiben-dir.de](http://sie-schreiben-dir.de) ebenfalls die Möglichkeit des direkten Dialogs zwischen Abgeordneten und Bürgern. Die deutschen Gründer Hackmack und Hekele bezeichnen jedoch nur das „Project Votesmart“ als Vorbild, vielmehr ist [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) die erste Plattform weltweit, auf der Abgeordnete öffentlich auf einer unabhängigen Plattform befragt werden konnten. Im Unterschied zu den genannten Projekten beschränkt sich das Angebot von [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) nicht entweder auf die Dokumentation oder den Dialog. Abgeordnetenwatch.de erfüllt eine Mittlerrolle, die durch die Bereitstellung von Technik, aber vor allem durch die Moderationsleistung zum Tragen kommt.

Das österreichische [meinparlament.at](http://meinparlament.at) ist der erste „Ableger“ dieser Idee, weitere Länder könnten, so die Verantwortlichen, in nächster Zeit hinzukommen. Hervorgehoben wurde dieser Umstand im Rahmen der Verleihung an Gregor Hackmack zum Social Entrepreneur von Ashoka im Jahr 2008. Hackmack: *„Die Aufnahme als Ashoka Fellow eröffnet Zugang zu einem internationalen Netzwerk und wird uns helfen, [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) auch in anderen Ländern möglich zu machen“* (<http://www.abgeordnetenwatch.de>, Stand: 24.03.2009).

## 6.2 Vorstellung abgeordnetenwatch.de

Die Internetplattform abgeordnetenwatch.de besteht seit September 2004. Beim Start der Plattform konnte den Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft Fragen gestellt werden. Ziel war es, ein „Wählergedächtnis“ zu schaffen. Laut den Betreibern war ein wesentlicher Faktor bei der Inbetriebnahme die Stärkung der Transparenz, da ein Mangel an öffentlich verfügbaren Informationen über die Arbeit und Aufgaben einzelner Abgeordneter herrschte. Die Dialogfunktion zwischen Abgeordneten und Bürgern wurde erst im Betrieb der Plattform zum Kernpunkt des Projektes (vgl. Albrecht/Trénel 2008: 9f). Nach der erfolgreichen Einführung in Hamburg wurde das Konzept auf verschiedene Wahlkämpfe, darunter der Bundestagswahlkampf 2005, erweitert. Das Dialog-Archiv zur Bundestagswahl und Landtagswahlen ist unter kandidatenwatch.de zu finden.

Im Dezember 2006 wurde das Angebot auf die Abgeordneten des Deutschen Bundestags erweitert. Derzeit bietet abgeordnetenwatch.de Interessenten die Möglichkeit, mit den Bundestagsabgeordneten, den Landtagsabgeordneten sowie den Europaabgeordneten aus Deutschland in Kontakt zu treten.

Im Gegensatz zu herkömmlichen Anfragen von Bürgern an Politiker, die auf direktem Weg über e-Mail, Brief oder über das Telefon erfolgen, treffen die Fragen zuerst bei dem Moderationsteam von abgeordnetenwatch.de ein und werden nach einem speziellen Codex überprüft. Dieser sieht in erster Linie vor, dass die Fragesteller ihren vollständigen Vor- und Nachnamen sowie eine gültige e-Mail Adresse angeben. Grund dafür ist der Umstand, dass auf „gleicher Augenhöhe“ kommuniziert werden soll. Im Normalfall werden die Fragen mit leichter Zeitverzögerung freigeschaltet. Nicht auf die Ausgangsseite kommen Fragen, die unter anderem Rassismus, Sexismus, Gewaltherrschaft oder politische wie religiöse Verfolgung vertreten, die das Privatleben betreffen sowie Beiträge, die Beschimpfungen oder Verhöhnungen beinhalten (vgl. <http://www.abgeordnetenwatch.de>, Stand: 06.03.2009). Grundsätzlich sieht der Moderationscodex vor, dass jede Frage einmal beantwortet wird und kein längerer Dialog entsteht. Sollte das Moderationsteam nicht sicher sein, wie eine Frage zu behandeln ist, steht ein Kuratorium zur Lösung des Problems zur Verfügung (siehe 6.2.6).



### **6.2.1 Entstehung**

Im Jahr 2004 wurde in Hamburg aufgrund eines gewonnenen Volksentscheides das Wahlrecht geändert. Gewählt werden seit diesem Zeitpunkt die 121 Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft. Das Problem, das sich den Bürgern aber stellte war, dass sie die zu wählenden Kandidaten nicht kannten. So entstand, „abends beim Bier“ die Idee, mithilfe einer Dialogmöglichkeit im Internet die Kluft zwischen Wählern und Gewählten zu verringern. Unter der Voraussetzung einer strikten politischen Neutralität konnte das Team um die Gründer, Gregor Hackmack, Boris Hekele und Jan Hildebrandt, alle Bürgerschaftsfraktionen überzeugen, das Projekt zu unterstützen (vgl. <http://www.abgeordnetenwatch.de>, Stand: 06.03.2009).

### **6.2.2 Aufbau – Eine Bedienungsanleitung von [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de)**

Wenn man auf die Seite [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) einsteigt, sticht auf der linken Seite die Hauptnavigation ins Auge (siehe Abbildung 2). Hier bietet sich die Möglichkeit auszuwählen, welchen Bereich man näher ansehen will. Die Navigation gliedert sich in: Bundestag, EU-Parlament, Hamburg und Landtage. Klickt man eine dieser vier Kategorien an, folgt eine Drop-Down-Funktion, die wiederum je nach Kategorie unter anderem die Abgeordneten, die Ausschüsse und Abstimmungen (bei Bundestag, EU-Parlament und Hamburg) beziehungsweise sämtliche Bundesländer anzeigt. (siehe Abbildungen 3 und 4)

Abbildung 2: Screenshot www.abgeordnetenwatch.de



Quelle: www.abgeordnetenwatch.de, Stand: 06.03.2009

Abbildung 3: [abgeordnetenwatch.de/bundestag](http://www.abgeordnetenwatch.de/bundestag)



Quelle: [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de), Stand: 06.03.2009

Abbildung 4: [abgeordnetenwatch.de/landtag](http://www.abgeordnetenwatch.de/landtag)



Quelle: [abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de), Stand: 06.03.2009

Die Hauptnavigation beherbergt weiters ein Wahlarchiv, ein Parlamentsarchiv, den Bereich FAQ (Frequently Asked Questions / Häufig gestellte Fragen) sowie das Impressum, die Rubrik „wir über uns“, einen Pressespiegel und den Bereich „Projekt unterstützen“. Dieser Punkt wird in 6.2.5 Finanzierung näher erläutert.

Mittig lädt die Seite dazu ein, gleich die eigene Postleitzahl einzugeben, um den für das eigene Bundesland zuständigen Abgeordneten im Bundestag zu befragen. Diese Funktion erübrigt die Suche in der linken Navigation.

Wer die Website [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) zum ersten Mal ansieht, dem bietet sich die Möglichkeit, auf den Button „Neu hier: Abgeordnetenwatch.de in drei Minuten“ zu klicken. An dieser Stelle erfährt man das Informationsangebot (siehe Kapitel 6.2.3) und die Orientierung auf der Seite wird erleichtert.

Darunter befinden sich die aktuellsten Meldungen des Tages auf [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) sowie die dazugehörigen neuesten Antworten der Bundestagsabgeordneten. Hinzu kommen die neuesten Antworten zu den allgemeinen Themen, sodass man als Erstbesucher der Seite einen schnellen Gesamteindruck erhält, worum es bei [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) geht.

Die Möglichkeit, den Newsletter zu abonnieren, die Seite einem Freund zu empfehlen, die Medienpartner sowie Statements von Förderern (siehe Kapitel 6.2.5) komplettieren die Startseite.

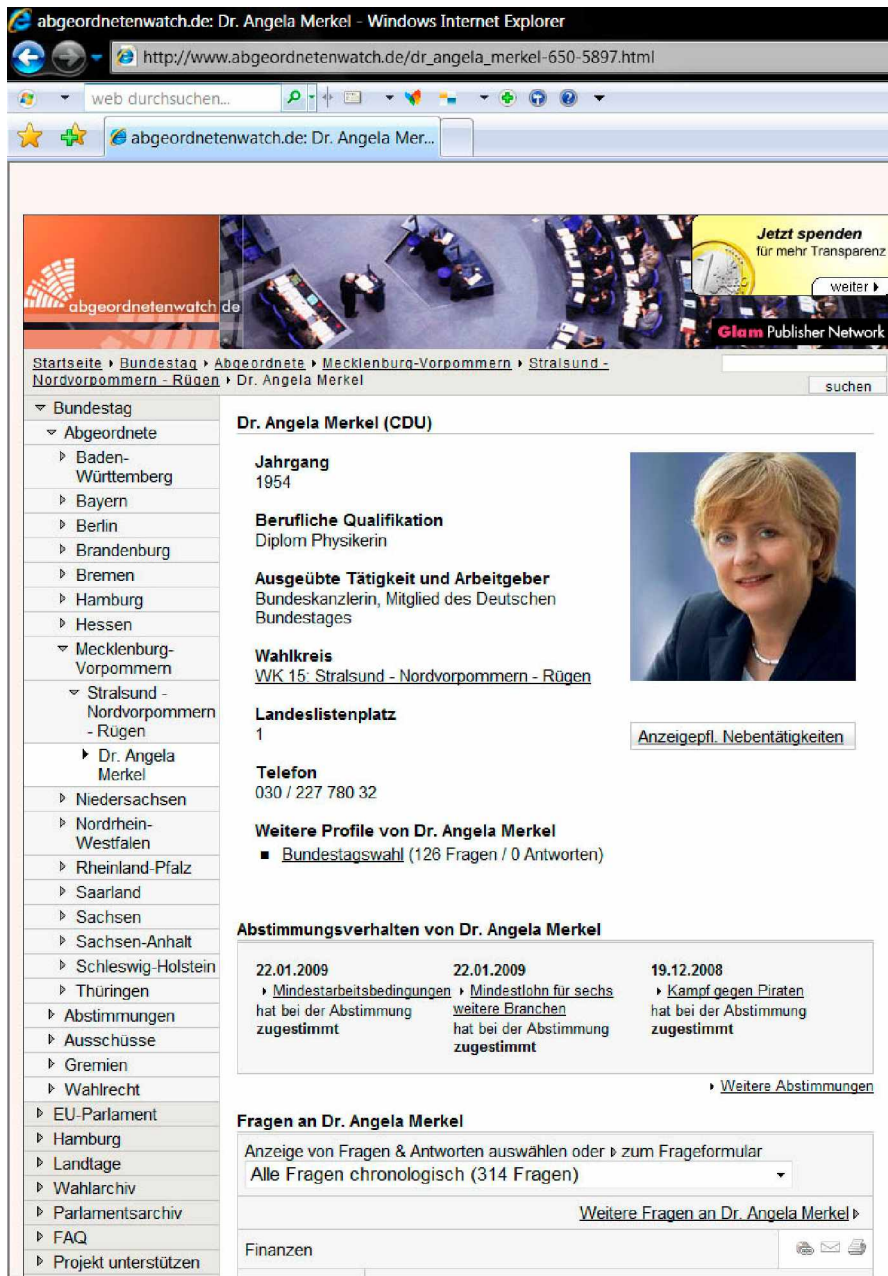
### **6.2.3 Informationsangebot**

Auf [Abgeordnetenwatch.de](http://Abgeordnetenwatch.de) können Bundestagsabgeordnete sowie deutsche EU-Parlamentarier öffentlich befragt werden. Die Antworten sind ebenfalls einsehbar. Weiteres sind Abstimmungsergebnisse der Abgeordneten nachvollziehbar, Nebentätigkeiten und -einkünfte einsehbar und die zuständigen Fraktionsexperten für das jeweilige Anliegen können herausgefiltert werden. Schließlich ist es möglich, Abstimmungen zu kommentieren.

Um diese Informationen zu erhalten, kann entweder auf der Startseite die jeweilige Postleitzahl plus „suchen“ eingegeben werden, oder die Suche erfolgt nach der Person in der Suchleiste. Ist der Abgeordnete gefunden, erscheint die Profilseite mit Bild, den wesentlichsten Informationen wie Jahrgang (Alter), Berufliche Qualifikation, bisherige beruflichen Tätigkeiten, der Wahlkreis, der Landeslistenplatz sowie die Telefonnummer. Die Nebeneinkünfte sowie sonstige Einträge auf [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) befinden sich ebenfalls auf der Profilseite. (vgl. Abbildung 5 ) Die für die Seite wichtigsten Informationen befinden sich direkt darunter: das Abstimmungsver-

halten sowie die Frage-und-Antwort-Funktion. Hier sind sowohl alle gestellten und beantworteten Fragen zu finden sowie das Formular, mit dem jeder die eigene Frage stellen kann. Fragen, die im Rahmen von Wahlkämpfen erfolgt sind, befinden sich im Wahlarchiv kandidatenwatch.de, das direkt mit abgeordnetenwatch.de verlinkt ist.

Abbildung 5: Profilseite auf www.abgeordnetenwatch.de



Quelle: abgeordnetenwatch.de, Stand: 09.03.2009

Jede Person, die eine Frage an einen Abgeordneten stellt, muss ihren vollständigen Namen und eine gültige e-Mail Adresse angeben. Angezeigt wird lediglich der Name. Ist die Frage verschickt, dauert es, bis sie erscheint, da ein Moderationsteam

die Frage erst gegenlesen und freischalten muss. Die Dauer bis zur Freischaltung kann an der Fülle an Fragen liegen oder an deren Inhalt, der, sofern er Moderationscodex-fragwürdige Dinge beinhaltet, zuerst an das Kuratorium zur Klärung weitergeleitet wird.

#### **6.2.4 Medienpartnerschaften**

Derzeit wird die Plattform von Spiegel Online, Süddeutsche Zeitung Online, Welt Online und Stern Online medial unterstützt. Dies erfolgt zumeist durch eine Spiegelung der Antworten auf die jeweilige Plattform. Resultat ist für abgeordnetenwatch.de eine höhere Besucherfrequenz.



## 6.2.5 Zeittafel

**Tabelle 5: Zeittafel abgeordnetenwatch.de**

Datum	Ereignis
ab September 2004	abgeordnetenwatch für die Hamburgische Bürgerschaft entsteht
8. Dezember 2004	Freischaltung von abgeordnetenwatch für die Hamburgische Bürgerschaft
im Mai 2005	Erweiterung des Angebots auf die Bezirksversammlungen in Hamburg
25. Mai 2005	Nominierung für den "Grimme Online Award 2005"
3. August 2005	Start des Angebots (als kandidatenwatch.de) zur Bundestagswahl 2005
9. Februar 2006	Start des Angebots zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz
10. Februar 2006	Start des Angebots zur Landtagswahl in Baden-Württemberg
15. Februar 2006	Start des Angebots zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt
26. Juli 2006	Start des Angebots zur Bürgerschaftswahl in Bremen
1. August 2006	Start des Angebots zur Landtagswahl in Mecklen-Vorpommern
8. Dezember 2006	Start des Angebots für den Deutschen Bundestag
2. Februar 2007	Eingang der 2000. Frage an einen Bundestagsabgeordneten und der 1000. Antwort
26. März 2007	Start des Angebots zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses
10. Mai 2007	Nominierung für den "Grimme Online Award 2007"
5. September 2007	Start des Angebots für die deutschen EU-Parlamentarier
5. Dezember 2007	Start des Angebots für die Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen
11. Dezember 2007	Start des Angebots für die Bürgerschaftswahl in Hamburg
12. März 2008	Einstellung des Angebots für die Hamburgische Bürgerschaft und die Bezirksversammlungen aufgrund fehlender Finanzierung
5. Februar 2009	Wiederaufnahme des Angebots für die Hamburgische Bürgerschaft und die Bezirksversammlungen

Quelle: [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de), Stand: 06.03.2009

## 6.2.6 Rechtsform und Finanzierung

Abgeordnetenwatch.de erhält keine öffentlichen Gelder. Es ist daher unabhängig von Staat und Regierung. Ursprünglich war das Projekt abgeordnetenwatch.de eine

auf das Bundesland Hamburg beschränkte, ehrenamtliche Initiative von Gregor Hackmack und Boris Hekele. Als die Erweiterung auf den Bundestag und die Landtagswahlen (über kandidatenwatch.de) erfolgte, wurde auch die Arbeit professionalisiert.

Die laufenden Kosten sollen durch den Aufbau von Förderkreisen, den Verkauf von Profilerweiterungen und das Angebot von Online-Werbung, die auf Wunsch ausgeblendet werden kann, getragen werden. Die Förderkreise für die Landtage betreffen die Startvoraussetzungen im Bundesland. Ist ein Projekt einmal gestartet, wird es jedenfalls bis zur nächsten Wahl betrieben. Anhand der dann aktuellen Förderzahl wird neu entschieden, ob ein Landtag online bleibt. In der Kategorie des jeweiligen Landtags ist ersichtlich, für wie viele Tage das jeweilige Projekt (Landtag) unterstützt wird. Jeder Interessent hat die Wahl, Fördermitglied zu werden oder einmalig zu spenden.

Es existieren zwei Organisationen, die die Plattform betreiben. Der gemeinnützige Verein Parlamentwatch e.V. ist Träger der Förderkreise von Abgeordnetenwatch.de in den Bundesländern. Bei ihm laufen Spenden und Förderbeiträge zusammen, ohne die ein Ausbau auf alle 16 Bundesländer Deutschlands nicht möglich ist.

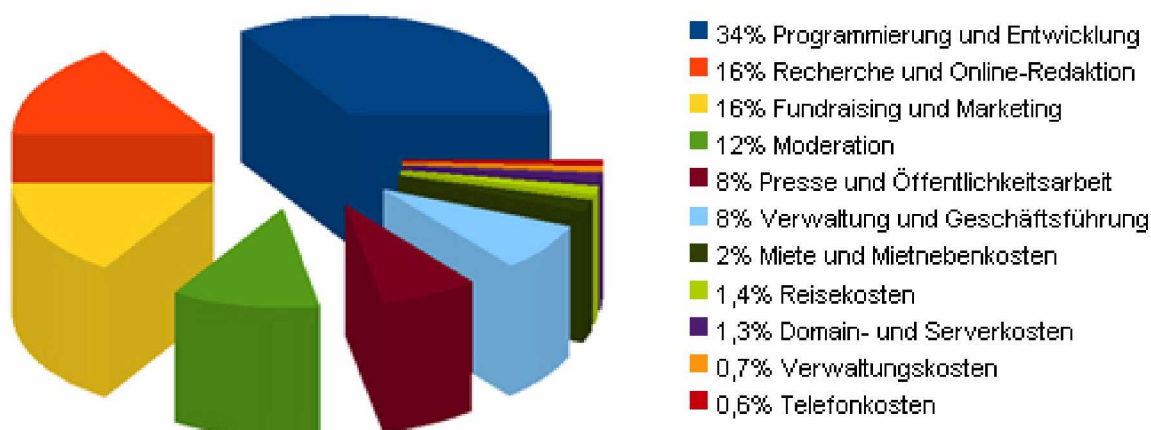
Für den reibungslosen Betrieb von abgeordnetenwatch.de ist die Parlamentwatch GmbH zuständig. Dies beinhaltet die Moderation, die Recherche, Dokumentation von Abstimmungen sowie die technische Betreuung und Weiterentwicklung von abgeordnetenwatch.de. Auch der Verkauf von Profilerweiterungen im Rahmen von kandidatenwatch.de erfolgt über die GmbH (vgl. <http://www.abgeordnetenwatch.de>, Stand: 09.03.2009).

Vorfinanziert wurde die Parlamentwatch GmbH von der BonVenture Management GmbH aus München, die sich auf soziale Projekte spezialisiert hat. Die Anteile an der GmbH halten Gregor Hackmack und Boris Hekele zu jeweils 42,5 Prozent und BonVenture zu 15 Prozent. Sofern die Parlamentwatch GmbH jemals Gewinne verzeichnet, werden diese gespendet. Die Parlamentwatch GmbH hat sich verpflichtet, 20 Prozent der Gewinne an den gemeinnützigen Arm von BonVenture, der BonVenture gGmbH zu spenden. Dies erfolgt aufgrund der Tatsache, dass Investoren für gewöhnlich Geld durch die Wertsteigerung ihrer Anteile erhalten. Weitere Empfänger von Überschüssen sind der Verein Parlamentwatch e.V. und die Kooperationspartner Mehr Demokratie e.V. und Mehr Bürgerrechte e.V. (zu 70 und jeweils 5 Prozent).

Die Abbildung 6 stellt eine Kostenübersicht dar.



**Abbildung 6: prozentuelle Kostenverteilung des Projekts**



Quelle: [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) Stand: 09.03.09

### 6.2.7 Die Akteure

Die Gesamtkoordination von [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) wird von Gregor Hackmack und Boris Hekele geleitet. Die Gestaltung und Entwicklung erfolgte durch Boris Hekele, er leitet auch die Programmierung, für die auch Kai Hildebrandt und Peter Schmidt tätig sind. Schmidt zeichnet als Moderationsleiter verantwortlich, während Hackmack auch den Pressebereich leitet. Hinzu kommen zwei Redakteure und zwei Fundraiser. Ein Kuratorium steht bei der Einordnung von heiklen Fragen zu Verfügung. Dieses setzt sich auch zehn Personen unter der Leitung von Manfred Brandt zusammen. Die Schirmherrschaft für [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) wurde von Prof. Dr. Jutta Limbach übernommen.

Gregor Hackmack, Mitbegründer von [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de), wurde im Jahr 2008 als weltweit einer von 200 Social Entrepreneurs in das Fördernetzwerk von Ashoka (Organisation für Sozialunternehmertum) aufgenommen. In einem mehrstufigen, nationalen und internationalen Auswahlprozess konnte sich Hackmack dank seiner Tätigkeit bei [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) unter mehr als 7000 Bewerbern durchsetzen. Von Ashoka erhält Hackmack neben finanzieller Unterstützung auch Beratung und Verbindungen zu Wirtschaft und Wissenschaft, damit er „das Konzept hinter *abgeordnetenwatch.de* und *kandidatenwatch.de* – die Stärkung demokratischer Strukturen und Einbindung von Bürgern in politische Prozesse – deutschlandweit und international verbreiten kann“ (<http://www.abgeordnetenwatch.de>, Stand: 24.03.2009).

Bereits im Jahr 2005 wurde [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de), damals noch ausschließlich für die Hamburgische Bürgerschaft aktiv, für den Grimme Online Award nominiert und kam unter die besten 30 Nominierten im Bereich „Grimme Online Award Wissen und Bildung“, im Jahr 2007 wurde [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de), damals bereits seit einem Jahr für den Deutschen Bundestag aktiv, im Bereich „Grimme Award Online Information“ nominiert.

### 6.2.8 Statistische Daten

Seit dem 8. Dezember 2006, dem Tag, an dem [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) die Fragefunktion für den Deutschen Bundestag freischaltete, sind 31.508 Fragen eingelangt. Davon wurden 26.557 Fragen von Bundestagsabgeordneten beantwortet, was einer Antwortquote von 84,29 Prozent entspricht (Stand: März 2009). Im Februar 2009 verzeichnete [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) 2.719 901 Page Impressions und 247.236 Visits (Unique Visitors pro Tag).

Über das gesamte Jahr 2007 wurde von den Betreibern der Plattform einer Nutzerbefragung durchgeführt, die in weiterer Folge auch für eine Sekundäranalyse zur Verfügung gestellt wurde. Die Ergebnisse sind nicht repräsentativ, da es sich um eine selbstselektive Befragung in einem begrenzten Zeitraum handelte. Die Online-Befragung (n = 1037 Teilnehmer) ergab, dass sich Männer mit 81 Prozent deutlich stärker als Frauen beteiligen. Während Jugendliche unterrepräsentiert sind, sind junge Erwachsene (20 bis 29 Jahre) deutlich überrepräsentiert. Hinsichtlich des Bildungsstandes dominierten Nutzer mit dem höchsten Bildungsstand (Abitur, Hochschulabschluss), während Hauptschulabsolventen und Absolventen anderer weiterführender Schulen unterrepräsentiert sind.

Generell artikulierten die befragten Nutzer ein ausgeprägtes Interesse an politischen Informationen und Partizipationsmöglichkeiten, die sich besonders auf das Internet beziehen (vgl. Albrecht/Trénel 2008: 11).

Im untersuchten Zeitraum zeigt sich eine gleichmäßige Aktivität, die nur durch wenige Ausschläge (Auftritt der Initiatoren in einer Fernsehshow) unterbrochen wird. Die Seitenzugriffe weisen eine kontinuierliche Steigerung auf.

Albrecht und Trénel folgern aus der Auswertung der Nutzerbefragung, dass es den Betreibern gelungen ist, *„eine Plattform für den öffentlichen und direkten Dialog zwischen Bürgern und Abgeordneten zu etablieren“* (Albrecht/Trénel 2008: 13). Durch die Frage-Antwort-Funktion und damit einhergehender Speicherung derselben ergibt sich, kombiniert mit den von [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) zur Verfügung gestellten In-

formationen (Abstimmungsverhalten, allgemeine Informationen) „eine große Transparenz über die Meinungen der Volksvertreter“ (Albrecht/Trénel 2008: 13)

### 6.3 Vorstellung meinparlament.at

Aufgrund des Erfolges von [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) bei der deutschen Bevölkerung entschloss sich der Verein Politik transparent e.V., die Möglichkeit, Politiker online zu befragen, auch den österreichischen Bürgern zur Verfügung zu stellen.

Die Online-Plattform [meinparlament.at](http://meinparlament.at) wurde am 22. August 2008 freigeschaltet. Zu diesem Zeitpunkt standen die Kandidaten der Nationalratswahl für öffentlich gestellte Fragen bereit. Seit 10. November 2008 können interessierte Bürger die österreichischen Abgeordneten befragen und seit der Regierungsbildung die Mitglieder der Bundesregierung. Anlässlich der Landtagswahlen in Kärnten und Salzburg erweiterte [meinparlament.at](http://meinparlament.at) sein Angebot auf die beiden Bundesländer. Die Fragefunktion für die Kandidaten wurde mit dem Wahltag geschlossen, ist aber über das Archiv abrufbar. Aktuell (Stand: 25. März 2009) können die Abgeordneten des Nationalrats, die Mitglieder der Bundesregierung sowie die österreichischen Mitglieder des EU-Parlaments öffentlich befragt werden.

Da es sich bei [meinparlament.at](http://meinparlament.at) um eine österreichische Version der deutschen Online-Plattform [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) handelt, ist die Programmierung der beiden Plattformen sehr ähnlich. Die Frage-Antwort-Funktion erfolgt daher auf die gleiche Weise wie bei [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) (siehe 6.2). Auch in Österreich ist für die Eingabe einer Frage die Preisgabe des vollen Namens und einer gültigen e-Mail-Adresse erforderlich und jede Frage wird von einem Moderationsteam gegengelesen. In den ersten Wochen des Bestehens erfolgte dieses Screening aus Deutschland, mittlerweile werden die auf [meinparlament.at](http://meinparlament.at) gestellten Fragen in Österreich gemäß dem Moderationscodex überprüft.

Als Zielgruppe definieren die Betreiber von [meinparlament.at](http://meinparlament.at) einerseits die gebildeten Bürger, die auch als Meinungsmultiplikatoren fungieren. Nach Meinung von Mitbegründer Dr. Peter Merschitz ist es auch für die Politiker entscheidend, zu wissen, dass eine Antwort via [meinparlament.at](http://meinparlament.at) sinnvoll ist und letztendlich Wählerstimmen bringen kann. Andererseits gelten alle Politikinteressierten Bürger, speziell die Internetgeneration, sowie politikferne und schwer erreichbare Personen als Zielgruppe für diese neue Form des Online-Diskurses. Politische Bildung für junge Menschen steht für die Betreiber im Fokus.

### 6.3.1 Entstehung

Als Beweggründe für die den Start von meinparlament.at nennt Dr. Peter Merschitz politische Transparenz und Offenheit gegenüber den Bürgern. Dies seien wesentliche Punkte, um dem Bürger politische Alternativen anzubieten. *„Darüber hinaus ist ein informierter Bürger einer, der mit einer höheren Wahrscheinlichkeit auch wählen geht“* (Merschitz 2009, siehe Anhang). Als weiteren Grund für die Übernahme von abgeordnetenwatch.de nach Österreich in Form von meinparlament.at ist die Tatsache zu nennen, dass, so Merschitz, das Image der Politiker in den vergangenen Jahren gelitten hat. Das liegt laut dem Mitbegründer von meinparlament.at vorrangig an dem Niedergang der österreichischen Konsensdemokratie. Hinzu kommen das Aufkommen von Kleinparteien und die Möglichkeit alternativer Koalitionskombinationen, was zur Unsicherheit einerseits für den Politiker, andererseits für die Länge einer Regierungsperiode führt. Durch Information und Transparenz mithilfe von meinparlament.at soll, so Merschitz, diesem Szenario entgegengewirkt werden.

Von der Idee bis zur Umsetzung des Projektes dauerte es etwa drei Monate.

Meinparlament.at ist ein Lizenzprodukt von abgeordnetenwatch.de, das als technischer Partner agiert und strukturvorgebend ist. Das bedeutet, dass relevante Rahmenbedingungen wie die Einhaltung des Moderationscodex, die Zielvorgaben sowie die Archivierung der Daten und in erster Linie die parteiliche Unabhängigkeit eingehalten werden müssen. Für diese Punkte wurde ein Vertrag zwischen abgeordnetenwatch.de und meinparlament.at aufgesetzt.

### 6.3.2 Aufbau

In seiner ursprünglichen Form ist meinparlament.at in seinen Grundzügen so aufgebaut wie abgeordnetenwatch.de (siehe Abbildung 2). In einer linken Hauptnavigation gelangt man zu den Unterpunkten Nationalrat und EU-Parlament sowie zum Archiv der Nationalratswahl 2008. Darunter befinden sich die Punkte FAQ (Frequently Asked Questions / häufig gestellte Fragen), Pressespiegel, ein „wir über uns“ Punkt sowie das Impressum. In zwei Kästchen unterhalb kann ein Newsletter abonniert werden und die Seite einem Freund bzw. einer Freundin empfohlen werden.

Auf der rechten Seite befinden sich die Grußworte der Schirmherren von meinparlament.at. Mittig sind die aktuellsten Neuerungen auf meinparlament.at zu finden sowie die zuletzt eingetroffenen Fragen (und Antworten). Schließlich werden die Medienpartner genannt.

Sobald man die Drop-Down-Funktionen der Hauptnavigation benützt und den Bereich Nationalrat „betritt“, erscheint wie auf [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) die Aufforderung, die eigene Postleitzahl einzugeben, um den für diese Postleitzahl zuständigen Abgeordneten zu finden.

Abbildung 7: Startseite meinparlament.at



Quelle: [meinparlament.at](http://meinparlament.at), Stand: 03.11.2008

Mit Mitte Februar wurde die Internet-Plattform [meinparlament.at](http://meinparlament.at) einem Relaunch unterzogen, da sich das Wahlgesetz in Deutschland und Österreich unterscheiden. Während in Deutschland vor allem auf den Politiker im Wahlbezirk gesetzt wird, herrscht in Österreich eine Parteiendemokratie, in der der Spitzenkandidat und die Partei die wesentlichen Anknüpfungspunkte bilden.

Daher hat sich die Startseite mit 16. Februar 2009 geändert.

Ein interaktives 3D-Modell des Plenarsaals bildet seither den Mittelpunkt der Startseite (siehe Abbildung 9).

Dank dieses 3D-Modells können Besucher der Plattform einfacher nach dem jeweiligen Abgeordneten zum Nationalrat sowie den Mitgliedern der Bundesregierung suchen. Einerseits erscheint beim „Drüberfahren“ mit der Maus der jeweilige Name des Abgeordneten, andererseits besteht die Möglichkeit, zwischen zwei Suchfunktionen im oberen Teil der Grafik zu wählen. Über die Suchleiste kann nach Politikern sowie nach Schlüsselbegriffen gesucht werden. Angezeigt werden in weiterer Folge

jene Politiker, die sich mit dem Suchbegriff auseinandergesetzt haben. Meinparlament.at arbeitet daran, das System weiter zu verbessern, sodass zu jedem Interessensgebiet noch bessere Resultate erzielt werden können.

Abbildung 8: Startseite www.meinparlament.at



**meinparlament.at**  
Plattform der direkten Demokratie

**meinparlament.at - Plattform der direkten Demokratie**

**Nationalrat** EU-Parlament Wahlen Wir über uns

Abgeordnete Ausschüsse 3D-Modell Regierungsbank

Nationalrat

Fragen durchsuchen Politiker suchen



**Grußworte zu meinparlament.at**



▸ [Zum Grußwort von Mag. Barbara Prammer, Präsidentin des Nationalrates](#)



▸ [Zum Grußwort von Dr. Michael Spindelegger, Außenminister](#)



▸ [Zum Grußwort von Dr. Eva Glawischnig-Piesczek, Nationalratsabgeordnete](#)

**3D-Modell ONLINE**



Ab sofort können Sie über das neue 3D-Modell noch bequemer mit den Abgeordneten zum Nationalrat sowie mit den Mitgliedern der Bundesregierung in Kontakt treten. Über die Suchleiste können Sie sowohl nach PolitikerInnen als auch nach verschiedenen Schlüsselbegriffen suchen. Als Ergebnis werden diejenigen PolitikerInnen angezeigt, welche zu dem gesuchten Begriff bereits eine Antwort gegeben haben. In Zukunft wird die Suchfunktion noch verbessert werden, sodass Sie die möglichst zutreffendsten Resultate zu Ihren Interessengebieten erhalten.

**Kärntner und Salzburger Kandidatinnen und Kandidaten im Blickwinkel**



In Kärnten und Salzburg fanden am 1. März 2009 sowohl Landtagswahlen als auch Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen statt. Auf meinparlament.at konnten interessierte Bürgerinnen und Bürger öffentlich Fragen an die Kandidierenden der beiden Bundesländer richten. Hier können Sie alle

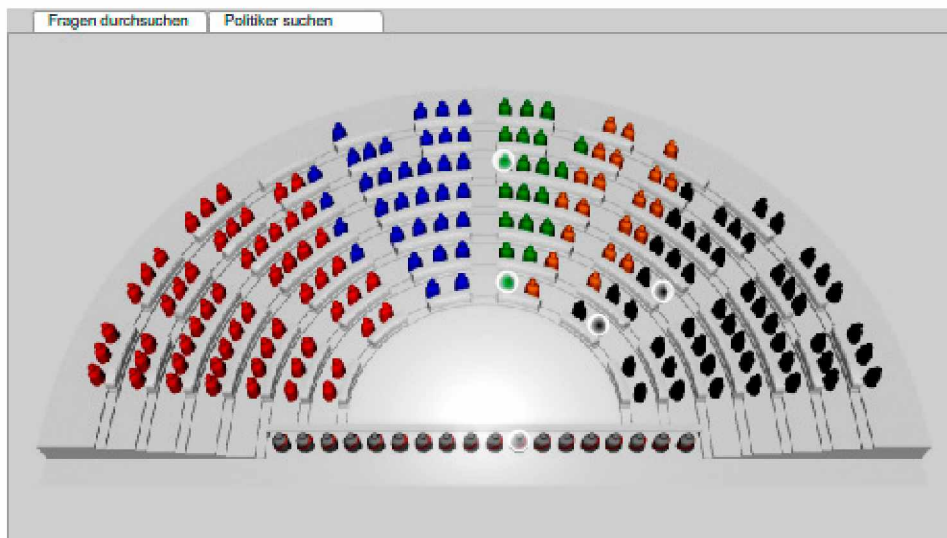
**Newsletter bestellen**  
Ihre e-Mail-Adresse

**Seite weiterempfehlen**

Quelle: meinparlament.at, Stand: 09.03.09



Abbildung 9: 3D-Modell des Plenarsaals



Quelle: www.meinparlament.at, Stand: 09.03.2009

Abbildung 10: Interaktives 3D-Modell

The screenshot shows the website interface for meinparlament.at. At the top left is the logo, which consists of a stylized red and white graphic above the text "meinparlament.at" and "Plattform der direkten Demokratie". To the right of the logo is the text "meinparlament.at - Plattform der direkten Demokratie". Below the logo is a navigation bar with links: "Nationalrat", "EU-Parlament", "Wahlen", and "Wir über uns". Below the navigation bar is another set of links: "Abgeordnete", "Ausschüsse", "3D-Modell", and "Regierungsbank". Below the links is a section titled "Nationalrat". The main content area features a 3D model of a parliament chamber. The model shows a semi-circular arrangement of desks and seats. A red figure is seated at a desk in the foreground. The text "Mag.a Barbara Prammer" is displayed above the model. To the right of the model is a section titled "Grüßworte zu meinparlament.at" with a photo of Mag.a Barbara Prammer and a link: "Zum Grußwort von Mag. Barbara Prammer, Präsidentin des Nationalrates". Below the photo is another photo of a man. At the bottom of the 3D model, there is a statistics box with the following data:

Fragen:	4	Anträge gestellt:	3
Antworten:	4	Ausschussmitgliedschaften:	3
		Videobeiträge:	

Quelle: www.meinparlament.at, Stand: 09.03.2009

Die Hauptnavigation wurde übersichtlicher gestaltet und befindet sich jetzt in der Kopfleiste der Startseite. Gewählt werden kann zwischen Nationalrat, EU-Parlament, Wahlen und dem Punkt „wir über uns“. Die Drop-Down-Funktion erfolgt nun quer und zeigt die jeweiligen Unterpunkte zu den Hauptkategorien. Bei der Kategorie „Nationalrat“ kann zwischen Abgeordnete, Ausschüsse, 3D-Modell und Regierungsbank gewählt werden, in der Kategorie „EU-Parlament“ zwischen den Abgeordneten und den Ausschüssen und bei der Kategorie „Wahlen“ finden sich die Archive zu den bisher dokumentierten Wahlen.

Unterhalb des 3D-Plenarsaals erfolgt eine Anleitung für den Gebrauch von meinparlament.at. Neben der Erklärung von Parlamentarischen Anträgen und deren Zuordnung wird auch die Funktion des 3D-Modells sowie des Moderationscodex erläutert. Die zuletzt eingetroffenen Antworten der Politiker runden das Hauptfenster der Startseite ab. Auf der rechten Seite befinden sich unverändert (zur ursprünglichen Startseite) die Grußworte der drei Politiker, die die Schirmherrschaft über das Projekt übernommen haben. Die Newsletteranmeldung sowie die Empfehlung der Seite an einen Freund ist, ebenso wie die Partner von meinparlament.at ebenfalls nach rechts gerückt.

### **6.3.3 Informationsangebot**

Auf meinparlament.at haben Interessierte die Möglichkeit, den Nationalratsabgeordneten, der Bundesregierung und den österreichischen EU-Parlamentariern öffentlich Fragen zu stellen. Die Frage sowie die Antwort sind für jeden Besucher der Plattform einsehbar. Um auf die Profilseite des gewünschten Politikers zu gelangen, hilft das 3D-Modell oder die Drop-Down-Funktion der jeweiligen Kategorie. Die Profilseite beinhaltet, wie bei abgeordnetenwatch.de, den Jahrgang, berufliche Qualifikation, die ausgeübte Tätigkeit beziehungsweise den Arbeitgeber, das Bundesland, der Landeslistenplatz sowie die Mitgliedschaften in Ausschüssen.

Seit Beginn der neuen Legislaturperiode erfasst das Redaktionsteam alle parlamentarischen Anträge (selbständige und unselbständige Entschließungsanträge, Initiativanträge und Regierungsvorlagen). Diese werden mit Schlüsselwörtern versehen und erscheinen ebenfalls auf der Profilseite direkt unterhalb der Tätigkeiten. Ampel-farben signalisieren des jeweiligen Antrags (gelb: wird in einem Ausschuss verhandelt, grün: angenommen, rot: abgelehnt).

Unterhalb der Tätigkeiten sind schließlich die bislang gestellten Fragen und eingetroffenen Antworten öffentlich einsehbar.



Hat ein Politiker eine Frage im Rahmen eines Wahlkampfes (in diesem Fall der Nationalratswahl) erhalten beziehungsweise beantwortet, sind diese Informationen im Archiv unter Wahlen zu finden. Ein direkter Link führt von der Profilsseite zum Archiv.

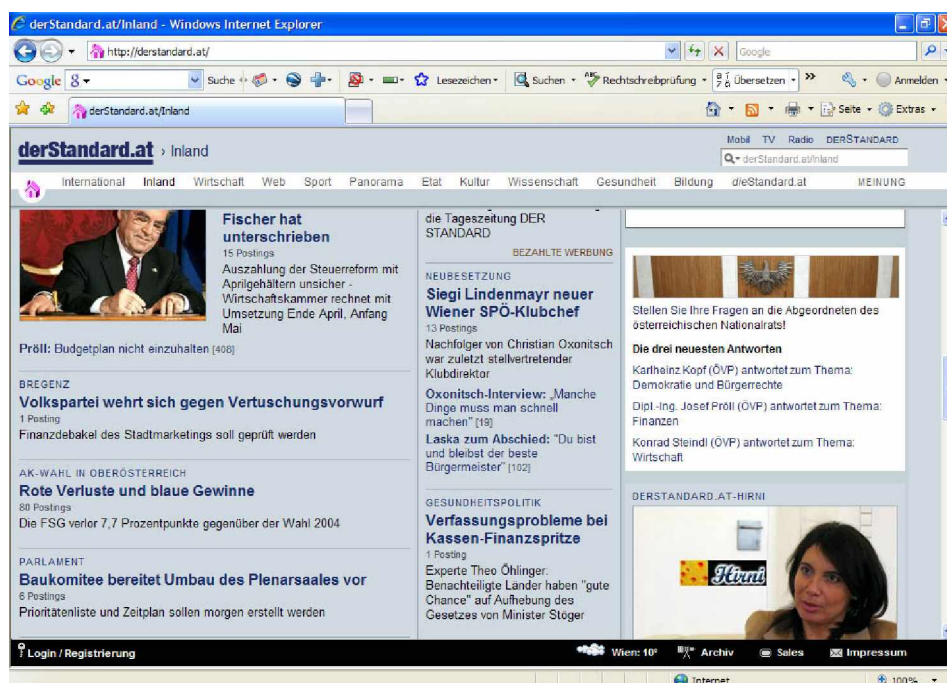
Zukünftig soll für Politiker die Möglichkeit bestehen, jederzeit festzustellen, wie viele User auf ihr Profil geschaut haben und nach welchen Themengebieten vorrangig gesucht wurde.

### 6.3.4 Medienpartnerschaften

Im Rahmen der Nationalratswahl 2008 kooperierte meinparlament.at mit den Online-Bereichen der Tageszeitungen Die Presse, Kurier, Salzburger Nachrichten, Vorarlberger Nachrichten, Wiener Zeitung, Kleine Zeitung, Oberösterreichische Nachrichten, NÖN und dem Fernsehsender ATV.

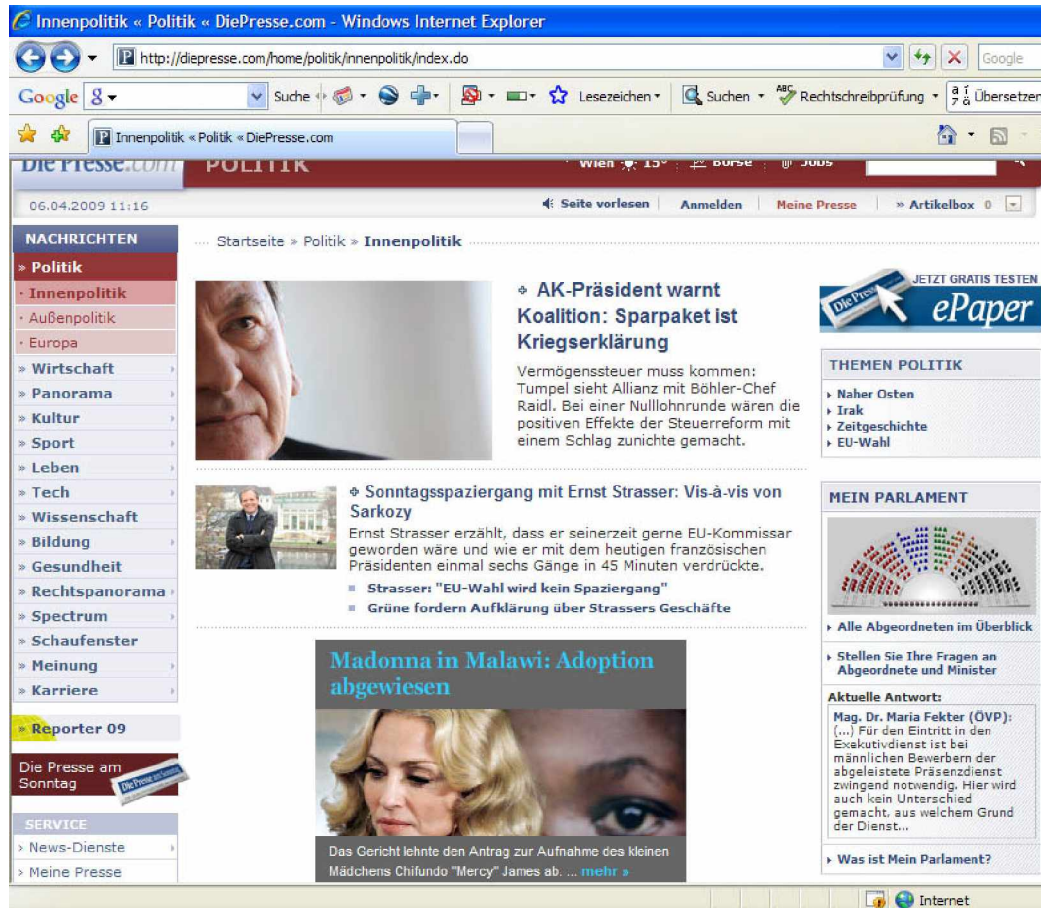
Mit März 2009 starteten neue Kooperation mit den Online-Bereichen der Tageszeitungen Der Standard, Kurier und Die Presse. In der Kategorie Politik werden die zuletzt eingetroffenen Antworten der auf meinparlament.at vertretenen Politiker gespiegelt. Je nach Seiteneinbindung ist auch das 3D-Modell zu sehen. (siehe Abbildungen 11 und 12). Eine klassische Verlinkung mit der Plattform beinhaltet die Kooperation mit der Wiener Zeitung. Die Partnerschaften mit dem Newsverlag, den Vorarlberger Nachrichten, der Tiroler Tageszeitung und der NÖN befinden in Vorbereitung.

Abbildung 11: Partnerschaft mit derstandard.at



Quelle: www.derstandard.at/inland, Stand: 01.04.2009

Abbildung 12: Partnerschaft mit diepresse.com



Quelle: diepresse.com/innenpolitik, Stand: 06.04.2009

### 6.3.5 Zeittafel

**Tabelle 6: Zeittafel von meinparlament.at**

Datum	Tätigkeit
22. August 2008	Freischaltung der Kandidaten für die Nationalratswahl
28. September 2008	Nationalratswahlen
01. Oktober 2008	Freischaltung EU-Parlament
10. November 2008	Freischaltung der Abgeordneten des Nationalrats
08. Dezember 2008	Freischaltung der Minister
Oktober 2008- Februar 2009	Relaunch-Phase von meinparlament.at
19. Jänner 2009	Freischaltung der Landtagskandidaten Salzburg
Jänner 2009	Transparenz-Machung der Ausschüsse, Stufe 1, Stufe 2: Volltransparenz mit detaillierter Berichterstattung
03. Februar 2009	Freischaltung der Landtagskandidaten Kärnten
16. Februar 2009	Freischaltung des interaktiven 3D-Modells
Laufend	Integration in die Online-Versionen der Tageszeitungen
Februar 2009	Profilerweiterung für Politiker inkl. Video- und Statement-Funktion
In Verhandlung	Industriellenvereinigung für finanzielle Unterstützung

Quelle: eigene Darstellung

### 6.3.6 Rechtsform und Finanzierung

Ausführendes Organ von meinparlament.at ist der wissenschaftliche Verein Politik Transparent e.V., ein eingetragener wissenschaftlicher Verein in Wien. Rechtlich ist abgeordnetenwatch.de der strukturvorgebende, technische Partner von meinparlament.at.

Finanziert wird das Projekt meinparlament.at derzeit allein von Merschitz, allerdings hofft der Mitbegründer von meinparlament.at, dass ein Teil der Kosten mittelfristig durch Parteien, Ministerien, öffentliche Körperschaften und Politiker getragen wird. Dies kann beispielsweise durch Profilerweiterungen erfolgen, die eine bessere Darstellung in der Öffentlichkeit bedeuten. Einige Politiker machen von diesem Angebot bereits gebrauch.

### **6.3.7 Die Akteure**

Initiiert wurde die Zusammenarbeit mit Gregor Hackmack und Gregor Hekele von [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) für eine österreichische Version der Online-Plattform von Dr. Peter Merschitz und Dr. Peter Parycek. Der Politikwissenschaftler Merschitz ist Co-Autor des Buches „Computerspiele und Politik – Zur Konstruktion von Politik und Gesellschaft in Computerspielen“ und Betreiber des Online-Demokratiespiels Power of Politics ([www.powerofpolitics.com](http://www.powerofpolitics.com)). Darüber hinaus leitet Merschitz ein Projekt zur Förderung von Wissenschaft und Forschung im Rahmen des 7. Framework Programmes der Europäischen Union im Bereich Science Communication Actions, das Ende 2009 europaweit freigeschaltet (online gehen) wird.

Dr. Peter Parycek leitet das Zentrum für E-Government an der Donau-Universität Krems. Die Schwerpunkte liegen auf politischen Konzepten für E-Government und E-Democracy, Verfahrensvisualisierung, Portalkonzeption für Mehrparteienverfahren, rechtliche Rahmenbedingungen für One-Stop-Government und Multichannel Government. Im Bundeskanzleramt leitet Dr. Parycek die Arbeitsgruppe E-Democracy und E-Partizipation.

Vereinsvorsitzender ist Mag. Johannes Webhofer, der auch die österreichische Redaktion leitet. Derzeit sind drei Mitarbeiter bei Politik Transparent e.V. angestellt, wobei zwei davon geringfügig beschäftigt sind. Zwei weitere Mitarbeiter arbeiten freiwillig und ohne Kostenersatz mit.

Wie auch in Deutschland können sich die Moderatoren an ein Kuratorium wenden, wenn Fragen nicht eindeutig gemäß dem Moderationscodex behandelt werden können. Zum einen stehen die zehn deutschen Kuratoriumsmitglieder zur Verfügung, zudem gibt es drei österreichische Kuratoriumsmitglieder.

### **6.3.8 Statistische Datenauswertung**

Seit dem 30. August, rund 30 Tage vor den Nationalratswahlen 2008, sind bis zum 31. März 2009 3.300 Fragen eingelangt. Davon wurden rund 50 Prozent von Politikern beantwortet. Im Februar 2009 verzeichnete [meinparlament.at](http://meinparlament.at) rund 250.000 Page Impressions und rund 40.000 Visits auf der eigenen und rund das Doppelte auf den gespiegelten Seiten der derzeitigen Medienpartner.

Da die Plattform [meinparlament.at](http://meinparlament.at) erst seit wenigen Monaten frei geschaltet ist, sind die statistischen Daten nicht sehr aussagekräftig. Festzustellen ist aber, dass mit

2.700 Fragen die höchste Anzahl an Fragen vor der Nationalratswahl 2008 gestellt wurden. Nach der Nationalratswahl wurden die Zugriffe und die Anzahl der Fragen in monatlichen Zeitabschnitten beobachtet, wobei ein kontinuierlicher Anstieg an Fragen erkennbar ist. Im Durchschnitt erhalten die auf meinparlament.at vertretenen Politiker rund 100 Fragen pro Monat. Die Besucherfrequenz erhöhte sich im Februar aufgrund der damals bevorstehenden Landtagswahlen in Kärnten und Salzburg und die Fragen stiegen auf 200 an.

Eine erste Nutzeranalyse auf Basis der deutschen Nutzeranalyse auf abgeordnetenwatch.de von 2007 zeigt, dass vorwiegend männliche Besucher die Möglichkeit des interaktiven Diskurses nützen. Hinsichtlich des Alters sind die Hauptnutzer der Plattform zwischen 20 und 50 Jahren alt (20-29 Jahre: rund 25 %, 30-39 Jahre: rund 19 %, 40-49 Jahre: rund 22,5 %). Rund ein Viertel der User sind über 50 Jahre alt, während Kinder und Jugendliche bis 19 Jahre mit lediglich 6,2 % deutlich unterrepräsentiert sind.

Was die Schulbildung betrifft, verfügt knapp die Hälfte der Besucher über einen Hochschulabschluss, eine Matura oder einen Abschluss einer weiterführenden Schule.

Die Nutzeranalyse ist nicht repräsentativ, da es sich um eine selbstselektive Befragung in einem begrenzten Zeitraum handelte.

Nach Angaben des Moderationsteams, das gemäß Codex sämtliche Fragen gegenliest, bevor sie veröffentlicht werden, ist die Qualität der Fragen als durchwegs hoch zu betrachten und lässt darauf schließen, dass der direkte Kontakt zwischen Bürgern und Politikern notwendig ist. Die Bürger haben, so Merschitz, meinparlament.at sehr wohlwollend aufgenommen. Für einen größeren Bekanntheitsradius sind aber nach Meinung des Initiators langfristige Medienkooperationen unerlässlich.

Der empirische Teil der vorliegenden Arbeit soll weiteren Aufschluss über die statistischen Daten, die gesellschaftliche Relevanz und den grundsätzlichen Zweck eines solchen Projektes geben.

#### **6.4 Unterschiede zwischen abgeordnetenwatch.de und meinparlament.at**

Die Internetplattform abgeordnetenwatch.de wurde von Gregor Hackmack und Boris Hekele in und für Deutschland ins Leben gerufen. Seit Dezember 2006 ist ein öffent-

licher Diskurs zwischen Bürgern und Abgeordneten des Deutschen Bundestags möglich. Ausgehend von der Bürgerinitiative für die Hamburgische Bürgerschaft konnte sich [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) über die letzten Jahre entwickeln und erreicht im Monat etwa 240.000 Besucher.

Als die Idee dieser Plattform auf Initiative von Dr. Peter Merschitz und Dr. Peter Parzycek auch für den österreichischen Markt umgesetzt wurde, stimmte die Programmierung weitgehend mit jener aus Deutschland überein. Die Konzeption und Programmierung erfolgte seitens des deutschen Teams rund um Boris Hekele.

Mittlerweile unterscheidet sich die Aufmachung, insbesondere der Startseite, der jeweiligen Plattform voneinander (siehe 6.3.2).

#### **6.4.1 Unterschiede im Aufbau**

Aufgrund des unterschiedlichen Wahlgesetzes wird in Deutschland vor allem auf den Politiker im Wahlbezirk gesetzt. In Österreich ist das nicht der Fall, da hierzulande der Spitzenkandidat sowie die Partei die wesentlichen Anknüpfungspunkte bilden.

Die Österreich-Verantwortlichen sind auch der Meinung, dass es in Österreich hauptsächlich um die Anschlussfähigkeit geht. Das soll bedeuten, dass der interessierte Besucher der Plattform individuelle Probleme, Fragen und Interessen hat und diese durch die Frage und die Antwort befriedigen kann. Zudem müssen die Fragen und Antworten einfach zu finden und vor allem zuzuordnen sein. Dies ist einer der Grund für die Einführung des 3D-Modells in Österreich. Dank der Keyword- und der Politiker-Suchfunktion erhalten Interessenten schnell die genauen Ergebnisse zu ihrer Suche. Das 3D-Modell liefert laut den Verantwortlichen Übersichtlichkeit sowie klare und schnelle Transparenz.

#### **6.4.2 Unterschiede in der Finanzierung**

In Deutschland wird [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) vorrangig von einer Stiftung finanziert und Privatpersonen treten als Spender oder als Förderer auf. In Österreich ist es nach Angaben von Merschitz nicht möglich, bei acht Millionen Einwohnern Spenden in einer sinnvollen Höhe zu lukrieren. Nach Ansicht der österreichischen Betreiber würde diese Methode auf dem Weg zur Etablierung des Portals eine Schwäche zeigen, die in der öffentlichen Wahrnehmung als nicht wünschenswert erachtet wird.

Die Möglichkeit für Politiker, ihr Profil gegen eine monatliche Gebühr zu erweitern, besteht aber bei beiden Plattformen.

### 6.4.3 Nachteilige Interdependenzen

Von abgeordnetenwatch.de: Aus technischer Sicht befindet sich meinparlament.at in starker Abhängigkeit von abgeordnetenwatch.de. Dieser Umstand wird von den Betreibern auch als die Schwachstelle von meinparlament.at bezeichnet. Aufgrund der unterschiedlichen Anforderungen an die Plattform sind für Österreich Programmierarbeiten zu leisten, die von Deutschland aus gesteuert werden. Da auch abgeordnetenwatch.de eine dünne Personalstruktur aufweist, gehen diese Arbeiten teilweise nur schleppend voran, was zu einer Bürde für die Weiterentwicklung von meinparlament.at wird.

Von der Politik: Während es in Deutschland nur wenige Politiker gibt, die sich öffentlich weigern, Fragen von Bürgern, die über abgeordnetenwatch.de eintreffen, zu beantworten, ist die Situation in Österreich etwas schwieriger. Ob dies an der Etablierung der Plattform liegt oder der Mentalität ist dabei nicht eruierbar.

In Zeiten von Wahlen, erklärt Merschitz, ist jeder Politiker daran interessiert, Öffentlichkeit zu generieren. Dadurch erlebte meinparlament.at im Rahmen der Nationalratswahl 2008 auch einen Erfolg direkt beim Start. In Legislaturperioden sei die Situation schwieriger. Denn, so Merschitz, in dieser Zeit stört meinparlament.at vor allem die Regierungsparteien in ihrem Selbstverständnis. Laut dem Betreiber der Plattform gab es sowohl von Vertretern der SPÖ als auch der ÖVP klare Aussagen, wonach die Frage-Antwort-Funktion von meinparlament.at nicht beachtet wird, da es Ressourcen bindet, genauer gesagt, als eine zu große Belastung angesehen wird. Der Umstand, dass eine kanalisierende Frage-Antwort-Plattform das Politikinteresse fördert, wird bezweifelt.

Diese Haltung gefährdet ein langfristiges Überleben der Plattform, befürchtet Merschitz, da die Finanzierung von öffentlichen Körperschaften auch immer von Personen durchgeführt wird, die Teile eines Netzwerkes von Großparteien sind.

Kleine und Randparteien begrüßen wiederum die Initiative, da sie in ihr das Potential sehen, Öffentlichkeit herzustellen, während ihre parlamentarische Arbeit, insbesondere ihre Ausschussarbeiten, sonst medial kaum erfasst wird.

## 7 Forschungsdesign

### 7.1 Erkenntnisinteresse und Forschungsfragen

Die Plattform meinparlament.at besteht erst seit wenigen Monaten in der österreichischen Internetlandschaft. Ihr Vorbild Abgeordnetenwatch.de hat sich in Deutschland, was den Deutschen Bundestag betrifft, soweit etabliert, wie eine nicht repräsentative Studie von Zebralog (im Auftrag des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag) ergeben hat. Mit dieser Arbeit wird versucht herauszufinden, ob ein Projekt wie meinparlament.at in Österreich (erfolgreich) bestehen kann. Es soll geklärt werden, ob das Anliegen der Betreiber, „Politik transparenter zu machen“ erfüllt werden kann und ob es sich lohnt, aus finanzieller wie aus idealistischer Sicht, eine Plattform, die dem direkten Dialog zwischen Bürgern und Politikern ermöglicht, zu betreiben. Unter Berücksichtigung des theoretischen Rahmens rund um den Öffentlichkeitsbegriff von Jürgen Habermas und dem Umstand, dass das Internet ein Pull-Medium ist, wurden die folgenden Forschungsfragen formuliert.

**F1: Kann ein Projekt wie meinparlament.at dazu beitragen, Öffentlichkeit herzustellen?**

**F2: Wie wird das Konzept von meinparlament.at bei den Internetusern aufgenommen?**

**F3: Wer nimmt meinparlament.at für die öffentliche Kommunikation mit Politikern in Anspruch?**

**F4: Hat sich der subjektive Eindruck der User hinsichtlich ihres Politikverständnisses durch meinparlament.at verändert?**

Da es sich um eine Online-Plattform handelt, fiel die Methodenwahl zugunsten einer Online-Befragung aus. Einerseits garantiert sie, exakt die Zielgruppe anzusprechen und andererseits zeigt die Wahl eines Erhebungsinstrumentes, das ebenfalls innerhalb des neuen Mediums Internet agiert, eine gelungene Verbindung zum theoretischen Teil.



## 7.2 Erhebungsmethode – Die Befragung

Während die Medienwelt sich in den vergangenen Jahren durch die Verbreitung des Internets neu orientieren musste, hat diese Entwicklung auch vor der empirischen Sozialforschung keinen Halt gemacht. Das trifft besonders auf die Befragung zu, bei der bekanntlich Informationen durch Fragen gesammelt werden. Um zu einigermaßen verlässlichen Informationen zu gelangen, ist die repräsentative Umfrage das rationellste Mittel. Als Gefahr bei der Befragung deutet Atteslander jedoch den Umstand, dass Umfrageergebnisse nicht selten überschätzt werden. Ebenso problematisch gestaltet sich die Befragung selbst, da sie laut Atteslander häufig auf Ablehnung stößt (vgl. Atteslander 2000: 114f).

Den angesprochenen Wandel der Zeit, der auch die Sozialforschung betrifft, verdeutlicht sich bei einem näheren Blick auf Atteslanders allgemeine Erläuterungen zu diesem Thema: *„Die klassische Befragung, bei der der Interviewer der Auskunftsperson von Angesicht zu Angesicht gegenübersteht, wird aus vielen Gründen immer seltener. (...) Telefonumfragen sind mittlerweile auch in Europa üblich“* (Atteslander 2000: 115). Telefonbefragungen sind auch 2009 noch sehr beliebt, doch hat sich in den letzten Jahren eine weitere Form der schriftlichen Befragung etabliert, die Online-Befragung. Diese hat als Forschungsmethode in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen, was sich in der Tatsache widerspiegelt, dass heute bereits rund ein Drittel aller Umfragen Online-Umfragen sind (vgl. Jakob et.al. 2009: 9).

### 7.2.1 Die schriftliche Befragung – Befragung mit Fragebogen

Schriftliche Befragungen sind gegenüber mündlichen kostengünstiger, in geringerer Zeit zu absolvieren und der Interviewer fällt als mögliche Fehlerquelle weg. Auf der anderen Seite besteht für den Interviewten die Möglichkeit, sich extern beraten beziehungsweise beeinflussen zu lassen und die Befragungssituation ist nicht ausreichend kontrollierbar.

Sehr beliebt ist in der schriftlichen Befragung die Befragung mittels stark strukturier-tem Fragebogen. *„Diese Art der Befragung eignet sich vor allem für das Erfassen von Veränderungen der Einstellungen und wird daher insbesondere im Bereich der Markt- und politischen Meinungsforschung verwendet“* (Atteslander 2000: 156).

Der Grad der Strukturiertheit des Fragebogens lässt auf den Zweck, die Erfassung qualitativer oder quantitativer Aspekte schließen (vgl. Atteslander 2000: 156).

### 7.2.2 Die Online-Befragung

Die Online-Befragung ist in den vergangenen Jahren zu einem beliebten Erhebungsinstrument geworden, da sie relativ kostengünstig ist und es erlaubt, mit einem vergleichsweise geringen Aufwand Umfragedaten zu erheben. Die ersten internet-gestützten Befragungen fanden Mitte der Neunziger Jahre statt und gaben der sozialwissenschaftlichen Forschung die Möglichkeit, dieses Tool auch für sich zu gebrauchen. Die Verwendung erfolgte nach und nach, ab 2002 konnte eine stetige Steigerung im Gebrauch von Online-Befragungen für sozialwissenschaftliche Zwecke festgestellt werden. Eine Untersuchung von Fachzeitschriften aus den Fachrichtungen Politikwissenschaft, Soziologie, Psychologie und Publizistik, die von Zerback, Schoen, Jakob und Schlereth durchgeführt wurde, kam zu dem Ergebnis, dass Online-Befragungen zu einem überwiegenden Teil, nämlich zu zwei Drittel, von der Kommunikationswissenschaft genutzt wird (vgl. Zerback et al. 2009: 17ff). *„Die Kommunikationswissenschaft beschäftigt sich mit Massenmedien in all ihren gesellschaftlichen Bezügen – auch die Neuen Medien gehören zu den zentralen Gegenständen des Faches“* (Zerback et al. 2009: 20). Gleichzeitig zeigt sie dabei aber auch die Schwäche der Online-Befragung auf. Für politische Erhebungen eignet sich eine Befragung, die über das Internet erfolgt, wenig, da sie aufgrund eines fehlenden generellen Internetzugangs keine Aussagen über die Gesamtbevölkerung geben kann (vgl. Zerback /Schoen/Jakob/Schlereth 2009: 15ff). Für die Befragung der Nutzer von meinparlament.at spielt dieser Umstand keine Rolle, da es sich bei der Zielgruppe ohnehin um Internetuser handelt, welche die Seite zudem kennen.

Ein Online-Fragebogen kann sowohl per e-Mail als auch auf einer Website angelegt werden. Es wird dann von einer e-Mail-Befragung beziehungsweise von einer Web-Befragung gesprochen. Untersuchungen haben ergeben, dass die Web-Befragung die häufigste Methode zur Online-Erhebung von Daten ist. Die Befragung der meinparlament.at-Nutzer erfolgt ebenfalls über eine Web-Befragung.

### 7.2.3 Online-Nutzerumfrage meinparlament.at

Um Antworten auf die Forschungsfragen zu erhalten, wurde entschieden, eine Nutzerumfrage direkt auf der Plattform meinparlament.at durchzuführen. Die Entscheidung, einen Online-Fragebogen direkt am Untersuchungsgegenstand zu positionieren, fiel aufgrund mehrerer Kriterien:

- Beim Untersuchungsgegenstand handelt es sich um eine Plattform, die im Internet angesiedelt ist.
- Die Respondenten nutzen alle das Internet, daher kann davon ausgegangen werden, dass
- die Respondenten einen Online-Fragebogen „bedienen“ können.
- Mit einem Online-Fragebogen kann die Zielgruppe am direktesten Weg und somit am einfachsten erreicht werden.

Der standardisierte Fragebogen wird mit der Open-Source-Software Limesurvey erstellt und während eines Zeitraumes von 14 Tagen als Pop-Up auf die Startseite von meinparlament.at gesetzt. So hat jeder Besucher der Plattform bei jedem Aufruf der Startseite die Möglichkeit, in einem neuen Fenster den Fragebogen auszufüllen. Zur Erklärung des Fragebogens und dem Untersuchungsgegenstand wird ein kurzes Einleitungsschreiben verfasst, das auch den Umstand erläutert, dass es sich bei der Befragung um einen Teil einer Diplomarbeit auf dem Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft auf der Uni Wien handelt (siehe Anhang).

Parallel zur Freischaltung auf der Startseite von meinparlament.at schicken die Betreiber einen Newsletter an alle Newsletter-Abonnenten aus, der den Hinweis enthält, dass der Fragebogen für eine Beantwortung bereit steht.

Vor der Freischaltung des Fragebogens wurde ein Pretest durchgeführt, der zeigen sollte, ob die Fragen so formuliert wurden, dass sie verständlich und logisch sind und sich nicht wiederholen. Der Fragebogen wurde zu diesem Zweck an Personen geschickt, die die Plattform nutzen und an Personen, die die Plattform nicht kennen. Insgesamt zehn Personen haben auf den Pretest geantwortet.

### **7.2.4 Nutzerbefragung – Fragestellungen**

Angelehnt an die in Kapitel 7.1 genannten Forschungsfragen wurden die Fragen für die Benutzerbefragung erarbeitet. Aufgrund der Tatsache, dass im Jahr 2007 eine Nutzerbefragung der User der deutschen Plattform [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) stattgefunden hatte, wurde zwecks Vergleichbarkeit der Daten auf einige Fragen aus dieser Nutzeranalyse zurückgegriffen. Es betrifft dies in erster Linie die demographischen Daten und Aktivität auf der Internetseite.

Die Fragen wurden in die folgenden Kategorien eingeteilt, wobei einige Kategorien überlappend sind:

- Demographische Daten (Geschlecht, Alter, Bildung, Wohnort, Beschäftigungsverhältnis)
- Mediennutzung (allgemein)
- Politisches Interesse (Partizipation)
- Aktivität (auf meinparlament.at)
- Akzeptanz (von meinparlament.at)
- Veränderung (durch meinparlament.at)

Insgesamt beinhaltet der Fragebogen 31 Fragen, wobei je eine Frage pro Seite angezeigt wird. Keine der Fragen muss verpflichtend beantwortet werden, um den Fragebogen weiter zu beantworten. Häufig besteht die Möglichkeit für die Respondenten, mit „keine Antwort“ oder „keine Angabe“ zu antworten.

Eingeleitet wird der Fragebogen mit einer allgemeinen Frage zum politischen Interesse: „*Wie politisch sind Sie?*“ Als Antworten stehen die unterschiedlich intensive Rezeption von Medieninhalten sowie die allgemeine Politikdiskussion in mehreren Ausprägungen zur Wahl.

Um Informationen über das allgemeine Partizipationsverhalten, das, wie Kuhn (2006) anmerkt, bereits bei der Nutzung der Medien beginnt, zu erfahren, werden die Fragen nach der Teilnahme an politischen Ereignissen sowie nach der Häufigkeit der Mediennutzung gestellt. Sie soll Aufschluss darüber geben, ob Nutzer der Plattform auch „offline“ am politischen Geschehen partizipieren, wie in Kapitel 5.2 erläutert wurde, ob sie an Wahlen, politischen Veranstaltungen oder Demonstrationen teilnehmen, schon einmal mit einem Politiker in Kontakt getreten oder selbst Mitglied einer Partei sind.

Ein größerer Teil beschäftigt sich mit den grundlegenden Fragen zu der Plattform meinparlament.at. Diese Fragen sollen Aufschluss über die Nutzungshäufigkeit sowie die Aktivität und Responsivität und auch die Akzeptanz geben. Nachgefragt werden die Häufigkeit des Besuchs, wie von der Plattform erfahren wurde, ob Fragen an Politiker gestellt und auch beantwortet wurden sowie ob die Optionen, die die Plattform zur Kennzeichnung von Fragen und Antworten bietet, genutzt werden. Schließlich wird nachgefragt, ob die Nutzer die Moderation sämtlicher Fragen für sinnvoll oder unnötig halten.

Ein weiterer Teil beschäftigt sich mit dem Aufbau sowie dem Informationsangebot der Plattform. Nach der Frage, ob die Möglichkeit für gut beziehungsweise schlecht befunden wird, Politiker online zu befragen, leitet die allgemeine Frage: *„Was wollen Sie von PolitikerInnen wissen?“* Diesen Teil ein. Nutzer können angeben, wie ihnen der Aufbau der Seite gefällt, ob sie ihn für übersichtlich oder chaotisch halten, ob gesuchte Informationen schnell und problemlos gefunden werden können oder ob sich Schwierigkeiten in der Bedienung der Seite ergeben. Zudem wird hinterfragt, ob die Nutzer es für wichtig erachten, allgemeine Informationen sowie spezifische Informationen über Politiker zu erhalten.

Diese Fragen dienen dazu, herauszufinden, ob das Angebot an sich akzeptiert wird beziehungsweise für gut befunden wird und ob die Programmierer und Designer der Internetseite ein für das Publikum richtiges „Werkzeug“ geschaffen haben, mit dem die Nutzer auch umgehen können. Zuletzt wird hinterfragt, ob das Design ansprechend ist.

Der letzte Teil (vor der demographischen Datenerhebung) wird mit der Frage eingeleitet, ob eine Plattform wie meinparlament.at bislang in Österreich gefehlt hat. Die weiteren Fragen widmen sich schließlich dem Thema, ob eine Plattform wie meinparlament eine Veränderung bewirken kann. Dies betrifft die Rezeption der Politiker, das Verständnis der politischen Rahmenbedingungen sowie die Kenntnis des politischen Systems. Geschlossen wird mit der Frage, ob sich das Vertrauen in die Politiker verändert hat.

Die demographischen Daten werden am Ende des Fragebogens erhoben. Die letzte Frage widmet sich dem Wahlverhalten. Sie wurde deshalb am Ende des Fragebogens positioniert, um die Respondenten nicht zu Beginn mit einer direkten Frage nach ihrem Wahlverhalten abzuschrecken.

## 8 Auswertung

### 8.1 Empirischer Steckbrief

Bei der Nutzerumfrage auf der Online-Plattform meinparlament.at handelte es sich um einen standardisierten Fragebogen, der in einem Zeitraum von zwei Wochen als Pop-Up auf der Startseite der Plattform eingeblendet wurde. Der Online-Fragebogen wurde mit der Open-Source-Software Limesurvey erstellt und nach Fertigstellung mittels SPSS 17 ausgewertet. Der Fragebogen ist dem Anhang zu entnehmen.

Der empirische Steckbrief (Tabelle 8) bietet eine Übersicht.

**Tabelle 7: Empirischer Steckbrief**

Untersuchungsmethode	standardisierter Fragebogen, Online-Befragung
Untersuchungszeitraum	17.04. 2009 – 01.05.2009
Untersuchungsinstrument	Standardisierter Fragebogen mit geschlossenen und offenen Fragen
Grundgesamtheit	Benutzer der Plattform meinparlament.at
Befragungsort /-situation	Online auf www.meinparlament.at
Befragungsgegenstand	Benutzerumfrage
Auswertbare Fragebögen	n89
Auswertungsmethoden	uni-, bi- und multivariate Methoden
Auswertungsinstrument	LimeSurvey, PASW SPSS 17.0 for MAC, Excel für Grafiken

Quelle: Eigene Darstellung 2009

120 Personen nahmen an der Umfrage teil, wobei 89 den Fragebogen vollständig ausfüllten und somit die Datengrundlage bilden. Auf Nachfrage beim Betreiber der Plattform wurde festgehalten, dass es sich beim Monat April 2009, in dem die Befragung stattfand, um einen Besucherschwachen Monat gehalten hat. Gründe dafür können sein, dass die EU-Wahl noch nicht sehr stark beworben wurde und die Landtagswahlen in Kärnten und Salzburg bereits abgehalten worden waren.

## 8.2 Allgemeine Ergebnisse

Der Fragebogen für die Nutzerumfrage beinhaltete 31 Fragen, wobei zehn Fragen mit mehreren Antworten belegt werden konnten. Wie sich bei der Auswertung herausstellte, bildet die niedrige Antwortquote in Kombination mit diesen Fragen ein Problem bei jenen Auswertungen, die über die deskriptivstatistischen Daten hinausgehen. Auch jene Fragen, die viele Antwortmöglichkeiten bereithielten, ließen sich nur schwer mittels Kreuztabellen verbinden.

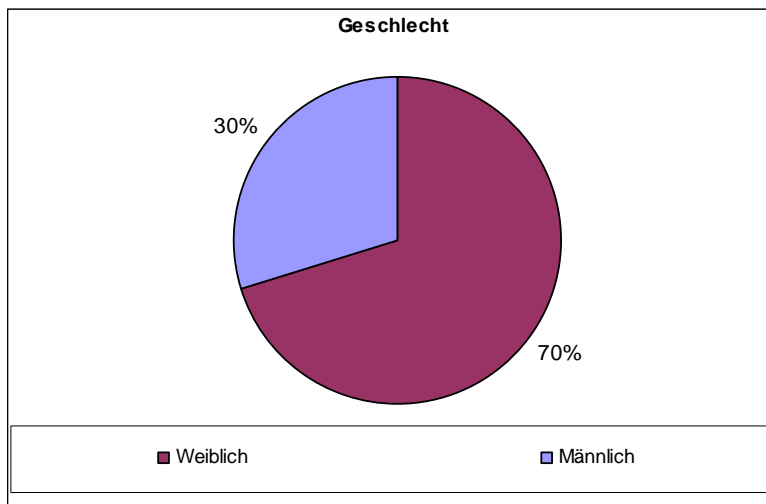
Bei der Erstellung des Fragebogens schien es jedoch wichtig, den Respondenten, speziell bei den Mehrfachantworten, den nötigen Spielraum bei der Beantwortung zu lassen. Die Ergebnisse sind nicht repräsentativ.

### 8.2.1 Demographische Daten

#### Geschlecht

Die Verteilung des Geschlechts aller Befragten beläuft sich auf 33,71% weibliche und 66,29% männliche Personen.

**Abbildung 13: Verteilung des Geschlechts**

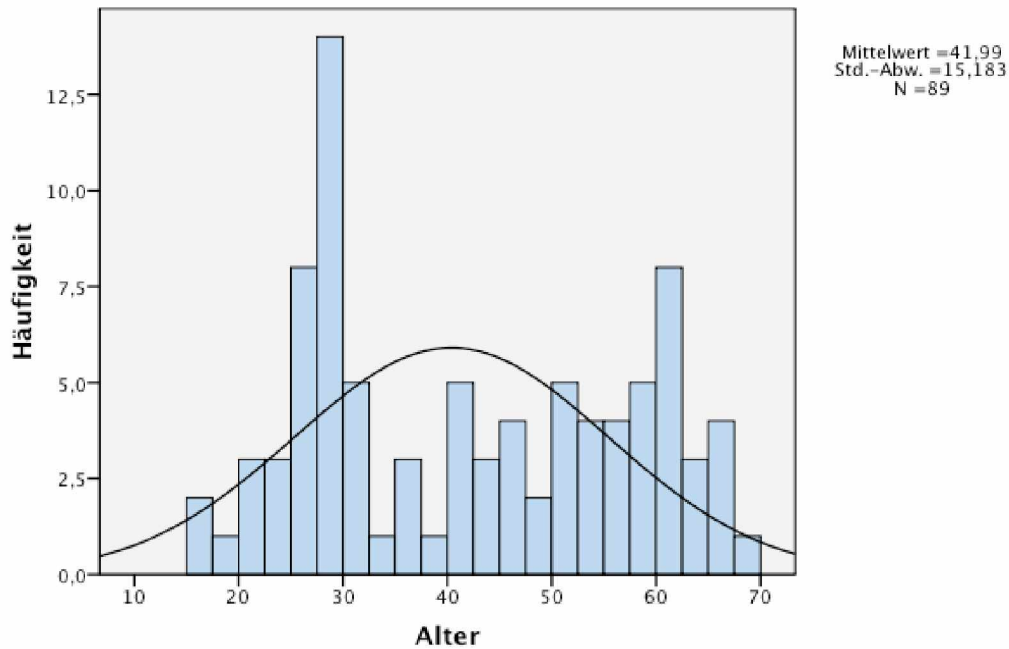


Quelle: eigene Darstellung 2009

Alter

Wie aus Abbildung 14 hervorgeht, liegt keine Normalverteilung bei der Altersstruktur vor.

**Abbildung 14: Altersverteilung (n89)**

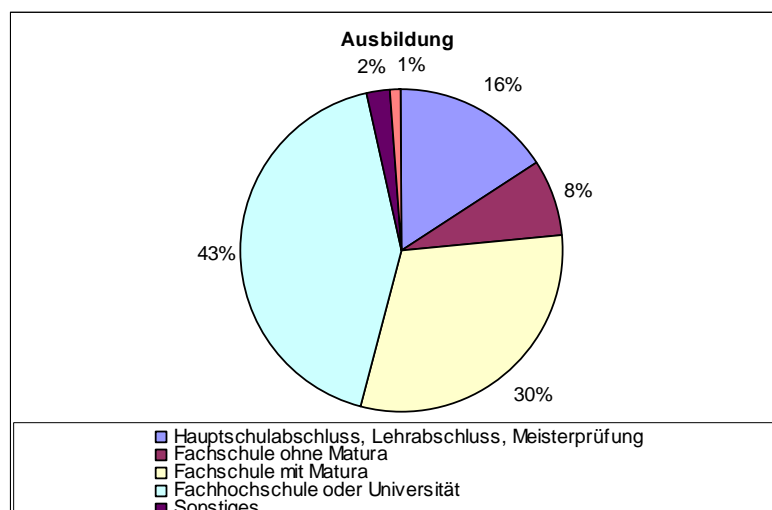


Quelle: eigene Darstellung 2009

Ausbildung

Auffällig hoch ist mit 43,18 % der Anteil der Respondenten, die über einen Abschluss einer Universität oder Fachhochschule verfügen und knapp über 30 % der Nutzer führt „Matura“ als höchste abgeschlossene Schulbildung an.

**Abbildung 15: Verteilung nach Ausbildung in Prozent**



Quelle: Eigene Darstellung 2009



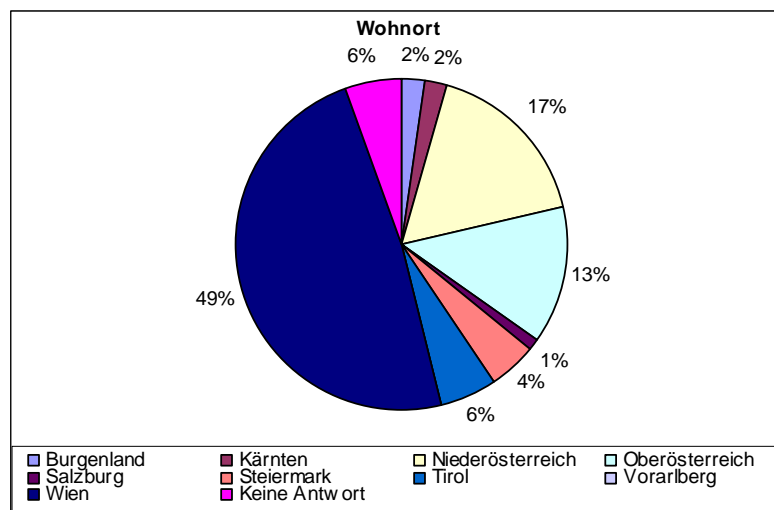
### Beschäftigung

Rund ein Drittel der befragten User befindet sich in einem Angestelltenverhältnis. Nur etwas über 2 % geben an, arbeitslos zu sein und die gleiche Menge ist als Arbeiter/ Facharbeiter tätig. Knapp 14 % befinden sich in Ausbildung, knapp 17 % sind selbständig tätig und knapp 15 % geben an, in einer leitenden Funktion angestellt zu sein. Knapp 14 % sind in Pension.

### Geografische Herkunft

Knapp die Hälfte der Befragten gibt Wien als Wohnort an, gefolgt von Nieder- und Oberösterreich. Aus Vorarlberg kommt keine der befragten Personen.

**Abbildung 16: Wohnort**



Quelle: Eigene Darstellung 2009

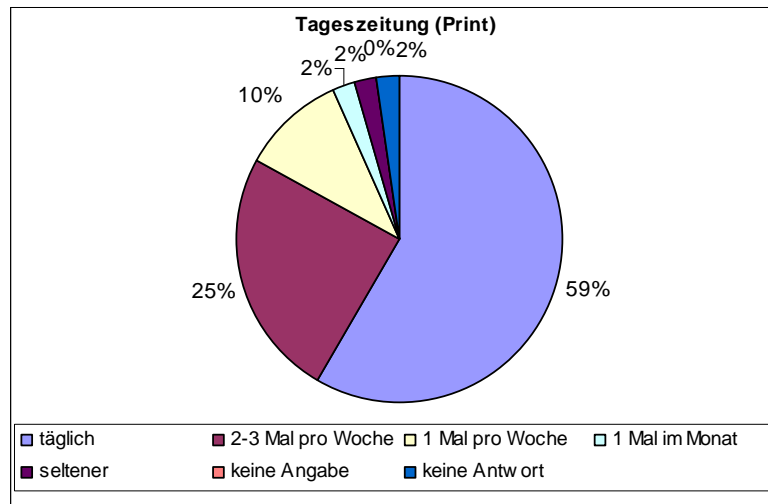
## **8.2.2 Mediennutzung**

Die User der Plattform meinparlament.at wurden gefragt, wie intensiv sie verschiedene Informationsquellen für das politische Tagesgeschehen nutzen. Die Nutzung speziell der traditionellen Informationsquellen Tageszeitung, Fernsehnachrichten und Hörfunk fällt hoch aus.

### Tageszeitung:

Über 58 % der Befragten lesen täglich Zeitung, fast 25 % lesen zwei bis drei Mal pro Woche Zeitung und 10 % geben an, einmal pro Woche als Häufigkeit an.

**Abbildung 17: Mediennutzung Tageszeitung (Print)**

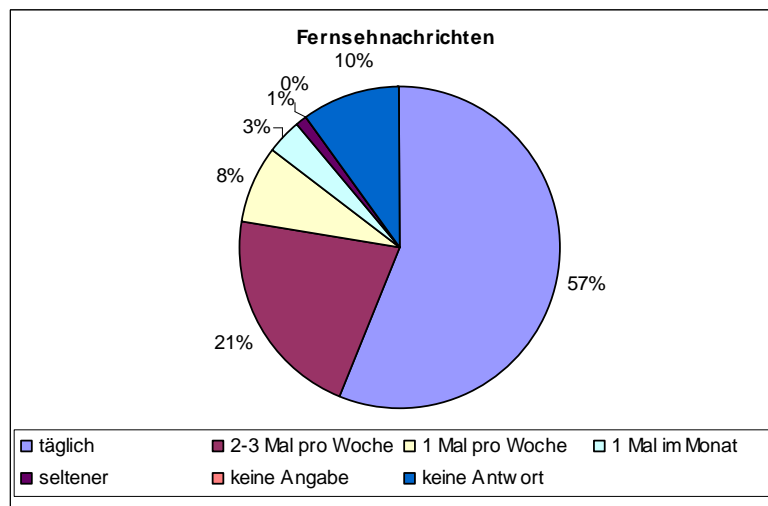


Quelle: eigene Darstellung 2009

Fernsehnachrichten:

Ähnlich gestaltet sich die Antwortstatistik bei den Fernsehnachrichten. Über 56 % sehen täglich die Nachrichten, 21,35 % zwei bis drei Mal pro Woche und 7,87 % sehen sich einmal pro Woche die Nachrichten im Fernsehen an.

**Abbildung 18: Mediennutzung Fernsehnachrichten**

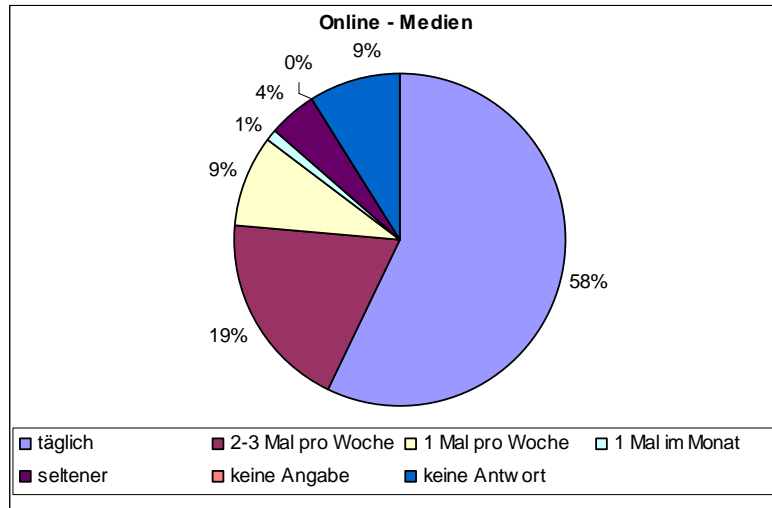


Quelle: eigene Darstellung 2009

Online-Medien:

58 % nutzen täglich das Internet als politische Informationsquelle, 19 % mehrmals pro Woche und knapp 9 % einmal in der Woche.

**Abbildung 19: Mediennutzung Online-Medien**

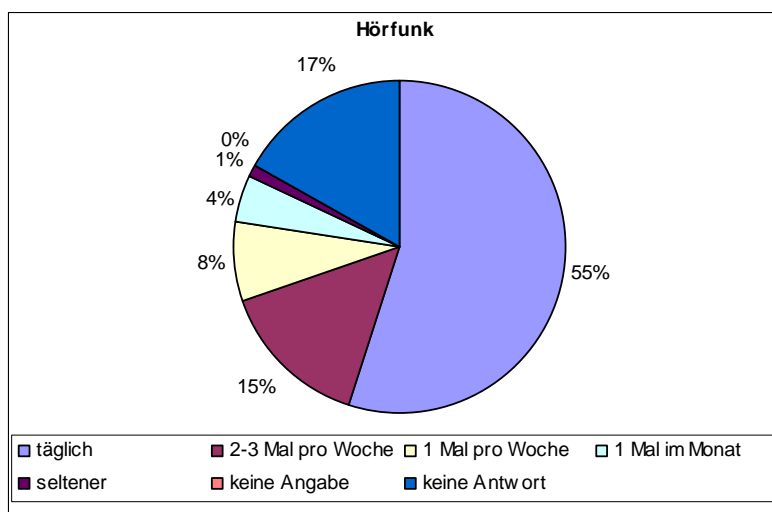


Quelle: eigene Darstellung 2009

Hörfunk:

55 % der Befragten geben an, täglich Radio zu hören und 15 % hören zwei bis drei Mal pro Woche Radio. Erstaunlich hoch fällt hier die „keine Antwort“-Quote mit 17 % aus.

**Abbildung 20: Mediennutzung Hörfunk**

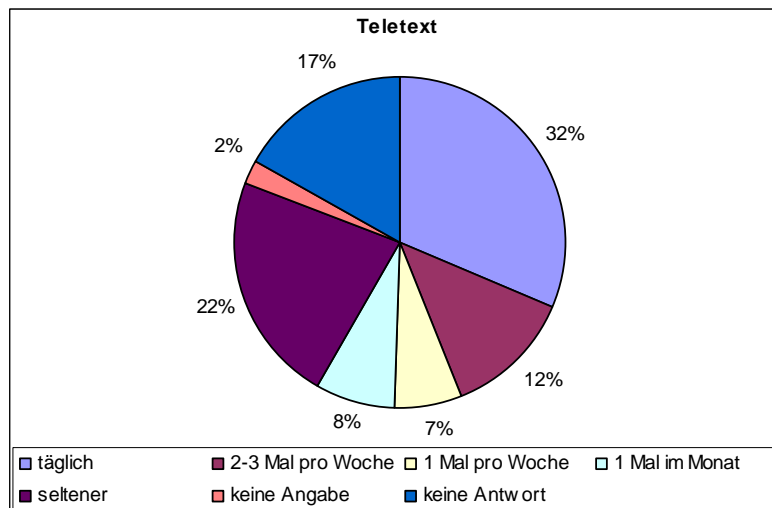


Quelle: eigene Darstellung 2009

Teletext:

Etwas differenzierter gestaltet sich der Blick auf die Nutzung von Teletext als Informationsquelle. Wieder geben 17 % keine Antwort, der Teil der täglichen Nutzer „fällt“ im Vergleich zu den bislang vorgestellten Medien auf 32 %.

**Abbildung 21: Mediennutzung Teletext**

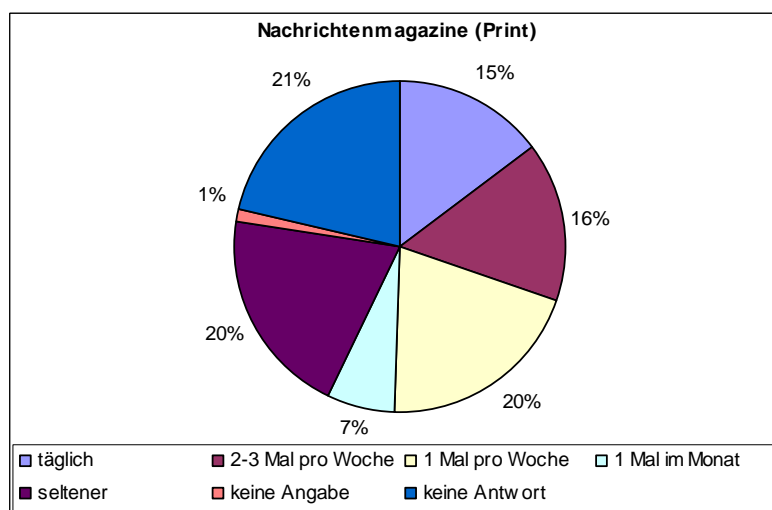


Quelle: eigene Darstellung 2009

Nachrichtenmagazine (Print):

Nachrichtenmagazine werden von insgesamt der Hälfte der Befragten zumindest einmal pro Woche gelesen. Bei dieser Frage stellte sich trotz Pretest erst nach Ende der Befragung heraus, dass bei Nachrichtenmagazinen, die für gewöhnlich einmal wöchentlich oder seltener erscheinen, die Antwort „täglich“ für Verwirrung sorgt.

**Abbildung 22: Mediennutzung Nachrichtenmagazine (Print)**

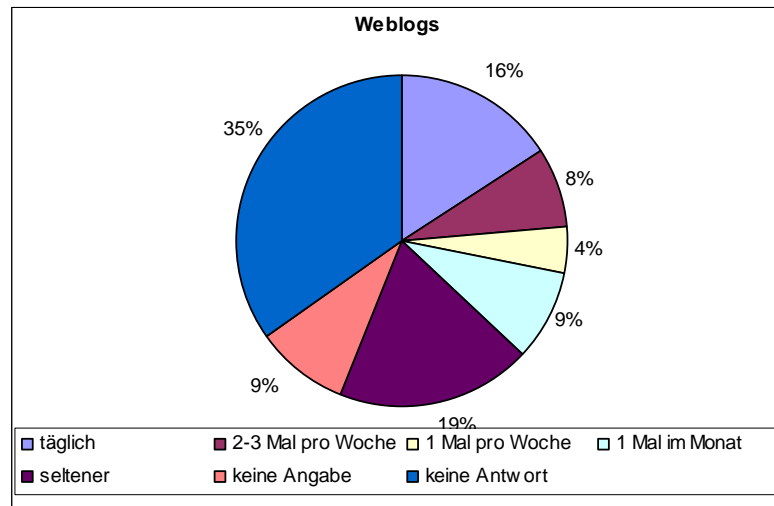


Quelle: eigene Darstellung 2009

### Weblogs

Nur 16 % der Respondenten geben an, täglich Weblogs zu lesen, rund 12 % lesen zumindest einmal in der Woche Weblogs.

**Abbildung 23: Mediennutzung Weblogs**



Quelle: eigene Darstellung 2009

Um die Mediennutzung weiter zu hinterfragen, wurde eine Faktorenanalyse<sup>1</sup> durchgeführt. Anhand dieser wurde festgestellt, dass sich die Intensität der Nutzung der verschiedenen Informationsquellen in zwei Gruppen (Faktoren) teilen lässt. Die eine Gruppe (Faktor) besteht aus den Bereichen Tageszeitung, Fernsehnachrichten und Hörfunk, also den „klassischen Medien“, während die andere Gruppe (Faktor) aus den Bereichen Online-Medien, Teletext, Weblogs und Nachrichtenmagazine, also den „neuen Medien“ (trotz der Print-Nachrichtenmagazine) besteht.

Die Hälfte der Befragten User hat über das Internet von meinparlament.at erfahren, 30 % durch einen Freund beziehungsweise eine Freundin und 20 % durch einen Zeitungsbericht.

### **8.2.3 Politisches Interesse**

In diesem Fall sind die Daten der Mediennutzung überlappend mit dem politischen Interesse. Sie sind im vorangegangenen Kapitel ausführlich dargestellt. Auf die Frage „Wie politisch sind Sie?“ geben 71 % an, täglich Zeitung zu lesen. Dies widerspricht der Antwortstatistik der Frage nach der Mediennutzung, allerdings ist hierbei anzumerken, dass die Option, zwei- bis drei Mal pro Woche Zeitung zu lesen, fehlt (siehe Anhang). 78 % geben an, regelmäßig die Nachrichten im Fernsehen anzu-

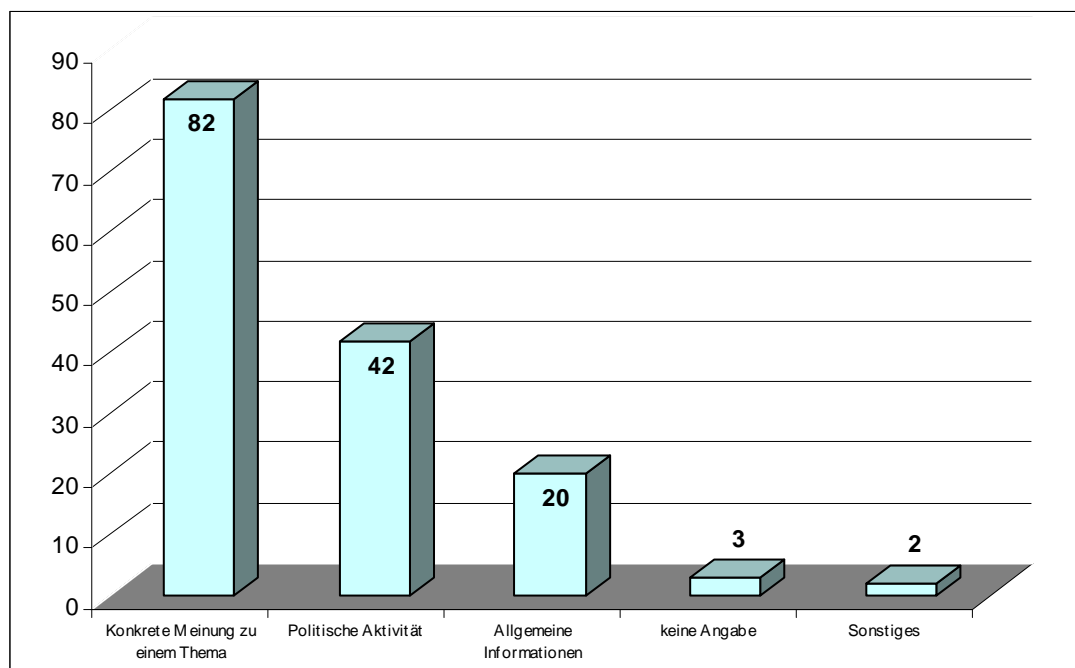
<sup>1</sup> KMO-Wert: ,791, Varianzanteil: 61%

schauen. Knapp 30 % posten ihre Meinung auf Internetseiten (wie beispielsweise auf den Online-Ausgaben der Tageszeitungen) und im Bekanntenkreis wird über Politik deutlich häufiger diskutiert als im Büro (manchmal: 46 % bzw. häufig: 51 % zu manchmal: 21 % bzw. häufig: 19 %).

Sämtliche Respondenten geben an, wählen zu gehen. Da es sich um eine allgemeine Frage handelte, kann daraus nicht geschlossen werden, dass die befragten User immer zu den Wahlen gehen. 40 % geben an, an politischen Veranstaltungen teilzunehmen, 22 % haben schon an Demonstrationen teilgenommen. Das Engagement innerhalb von Bürgerinitiativen beantworten 24 % mit ja, während immerhin 21 % der Respondenten Mitglied einer Partei sind und 10 % Kandidat bei einer Wahl sind oder waren.

Die Frage, was die Besucher von Politikern wissen wollen, bringt, wie Abbildung 24 verdeutlicht, ein ziemlich eindeutiges Ergebnis hervor: 82 Befragte möchten eine konkrete Meinung zu einem Thema erfahren, 42 interessieren sich für die politischen Aktivitäten wie das Abstimmungsverhalten oder Ausschussmitgliedschaften und etwas über ein Fünftel der Besucher interessiert sich für allgemeine Informationen, wie beispielsweise das Alter, den Familienstand oder die Qualifikation der Politiker.

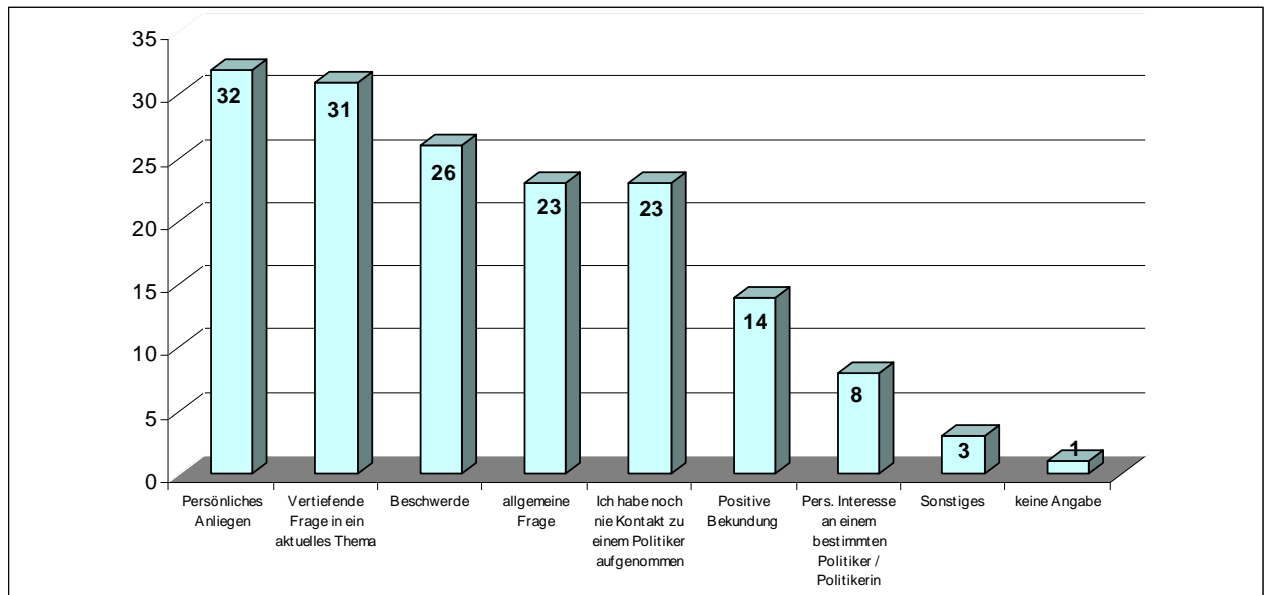
**Abbildung 24: Antwortstatistik in absoluten Zahlen von:  
Was wollen Sie von Politikern wissen?**



Quelle: eigene Darstellung 2009

Rund 70 % der Respondenten geben an, schon einmal Kontakt zu einem Politiker aufgenommen zu haben, sei es per e-Mail, per Brief, per Telefon oder im Rahmen einer Veranstaltung. Die Beweggründe dafür zeigt die Abbildung 25.

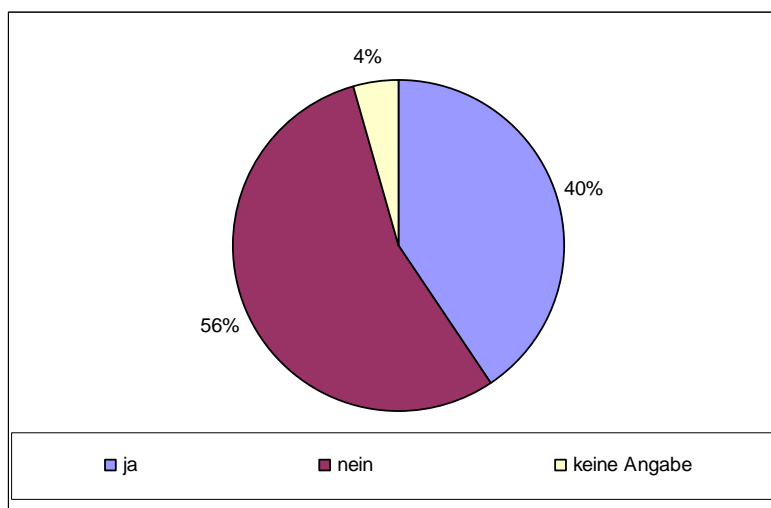
**Abbildung 25: Gründe für die Kontaktaufnahme mit Politikern in absoluten Zahlen**



Quelle: eigene Darstellung 2009

#### 8.2.4 Aktivität auf meinparlament.at

Die Aktivität wurde mit der Häufigkeit der Besuche, der gestellten Fragen und der Nutzung der verfügbaren Features abgefragt. Hier gibt lediglich eine Person an, meinparlament.at täglich zu nutzen, knapp die Hälfte der User besucht meinparlament.at einmal pro Monat, davon 21 % einmal pro Woche und 7 % mehrmals in der Woche. Auffällig ist, dass mehr Frauen als Männer angeben, die Seite erstmals zu besuchen, wobei der Anteil der männlichen Besucher der Seite generell bei 67 % liegt. Wie aktiv oder passiv die Besucher die Plattform nützen, wurde durch die Häufigkeit der Fragestellungen auf der Seite beantwortet. Abbildung 24 stellt vereinfacht dar, dass 40 % schon einmal zumindest eine Frage gestellt haben, während über die Hälfte der User die Seite passiv nützt. Immerhin 27 % haben zwischen zwei und fünf Fragen gestellt, mehr als 10 Fragen wurden nur von knapp 6 % gestellt. Hier unterscheiden sich die männlichen von den weiblichen Respondenten nicht und auch die Ausbildung der Befragten hängt nicht mit ihrem Frageverhalten zusammen.

**Abbildung 26: Fragestellungsverhalten der User**

Quelle: eigene Darstellung 2009

Generell kann die Aktivität auf der Plattform seitens der befragten Personen als nicht sehr hoch eingestuft werden. Die Features, die die Internetseite bietet, wie das Kennzeichnen einer Frage oder einer Antwort als lesenwert oder die Anforderung einer noch ausstehenden Antwort werden von 30 % beziehungsweise 17 % genützt. Es zeigt sich, dass die Besucher insgesamt häufiger die Fragen und Antworten der Politiker und der Besucher lesen als selbst welche zu stellen.

### 8.2.5 Akzeptanz bei den Besuchern von meinparlament.at

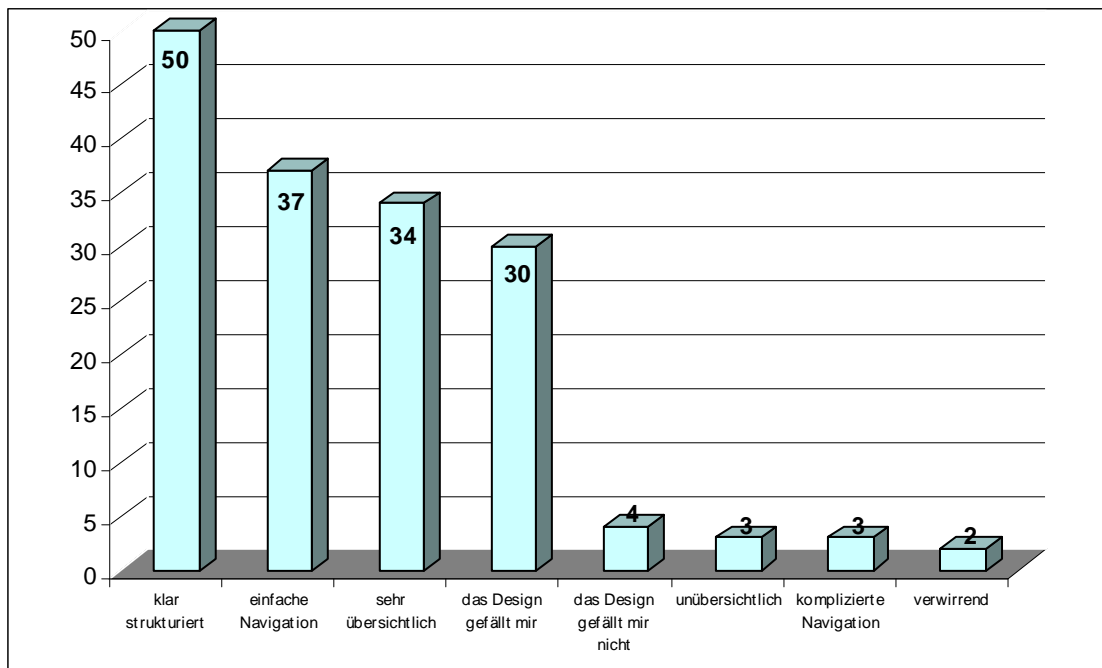
Bei einer Plattform, die einen direkten Dialog zwischen Bürgern und Politikern ermöglicht, stellt sich die Frage, ob Bürger daran interessiert sind, ob sie mit der Erscheinungsform zufrieden und mit den Modalitäten, die mit der Benutzung der Seite einhergehen, einverstanden sind.

Ungewiss erschien besonders, ob der Umstand, dass sämtliche Fragen von einem Moderationsteam gelesen, bevor sie freigeschaltet werden, akzeptiert werden oder nicht. Der Großteil der befragten Besucher hält diese Maßnahme für sinnvoll, rund 17 % halten sie für unnötig und 10 % finden die Moderation schlecht.

Der Aufbau und das Design der Seite werden vorwiegend positiv aufgenommen, wie Abbildung 27 zeigt.

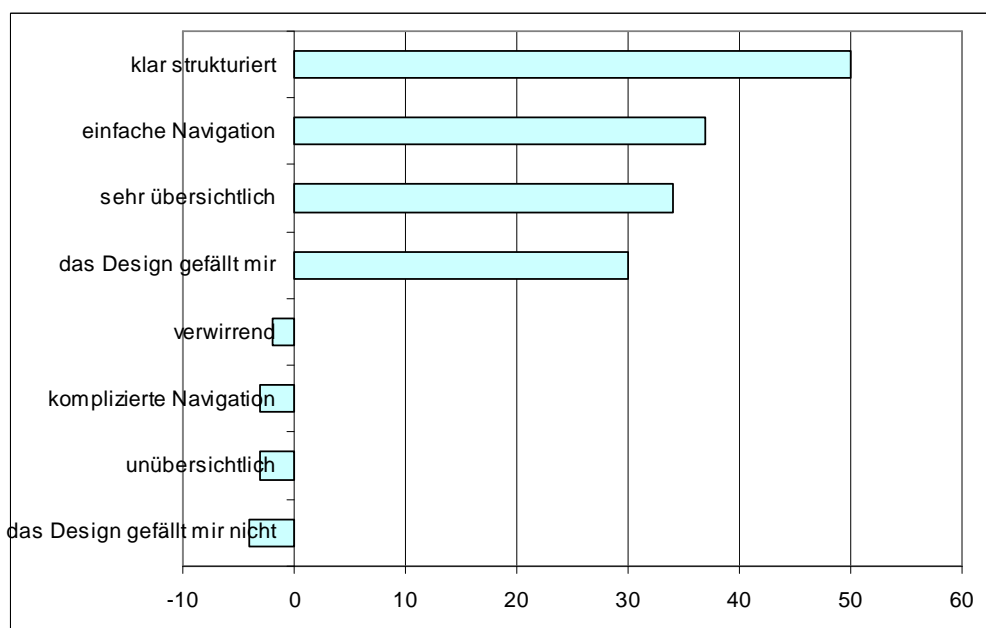


**Abbildung 27: Bewertung des Aufbaus von meinparlament.at in absoluten Zahlen**



Generell erhält meinparlament.at gute Noten, wenn es um die Aufbereitung des Inhalts geht. Niemand empfindet die Seite als chaotisch, daher kommt diese Antwortmöglichkeit nicht in Abbildung 28 vor. 5 Personen geben an, die Plattform als aussagegelos zu betrachten und zwei halten sie für unübersichtlich. Am häufigsten fallen die Schlagwörter informativ, übersichtlich und klar strukturiert, das empfindet mehr als die Hälfte beziehungsweise ein Drittel der Befragten Personen.

**Abbildung 28: Bewertung der Inhaltsaufbereitung von meinparlament.at**

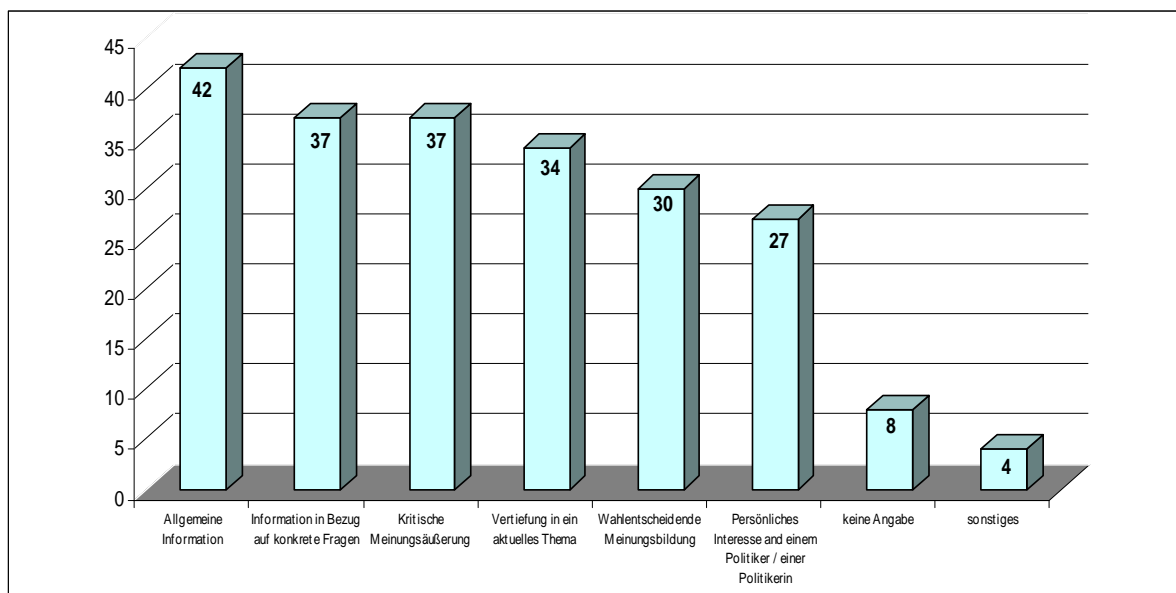


Quelle: eigene Darstellung 2009

Einen Teil der Akzeptanz bildet die Aktivität, den Grund, weshalb eine Plattform wie meinparlament.at besucht wird. Die Ergebnisse dieser Frage korrespondieren mit dem politischen Interesse der Besucher. Als hauptsächliche Beweggründe werden neben allgemeinen Informationen die Beantwortung konkreter Fragen, eigene Meinungsäußerung und die Meinungsbildung genannt, wie die Abbildung 29 darstellt. Generell sind 95 % der Respondenten der Ansicht, dass die Möglichkeit, Politiker online zu befragen, sehr gut beziehungsweise gut ist, während rund 80 % der Meinung sind, dass eine Dialogform wie diese in Österreich bislang gefehlt hat.

Die Möglichkeit, über meinparlament.at allgemeine Informationen über Politiker zu erhalten, begrüßen zwei Drittel der Befragten, wobei wiederum knapp 90 % den Umstand für gut oder sehr gut halten, dass spezifische Informationen wie Ausschussmitgliedschaften und gestellte Anträge im Internet abrufbar sind.

**Abbildung 29: Gründe für den Besuch der von meinparlament.at in absoluten Zahlen**



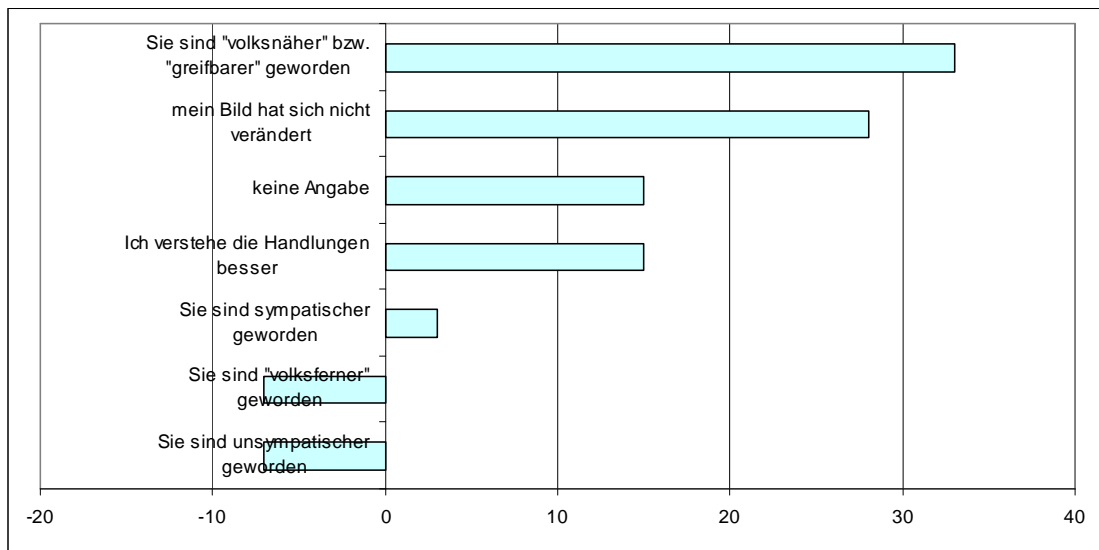
Quelle: eigene Darstellung 2009

### 8.2.6 Veränderung durch meinparlament.at

Das Thema Veränderung umspannt mehrere Bereiche, wobei anzumerken ist, dass es sich um eine subjektive Veränderung der Wahrnehmung der einzelnen Besucher handelt. Der Bereich „Veränderung“ betrifft das Bild der Politiker, das Wissen um das politische System, die Akteure und die Rahmenbedingungen sowie das Vertrauen in die Arbeit. Die Abbildungen 30, 31 und 31 zeigen das Antwortverhalten der befragten User in absoluten Zahlen. Es zeigt sich, dass Politiker durch die Plattform meinparlament.at in den Augen der Besucher ihr Image kaum verschlechtern. Sie-

ben Personen finden, sie sind volksferner geworden, genauso viele sind der Meinung, Politiker sind unsympathischer geworden, während auf der anderen Seite aber auch nur drei Personen den Politikern mehr Sympathie zuschreiben. Mehr als zehn Mal so viele, nämlich 33 empfinden, dass Politiker durch meinparlament.at volksnäher bzw. greifbarer geworden sind und 15 Respondenten verstehen die Handlungen der politischen Akteure besser. Keine Veränderung hat für ein Drittel der Befragten stattgefunden, 15 Personen antworteten mit „keine Angabe“.

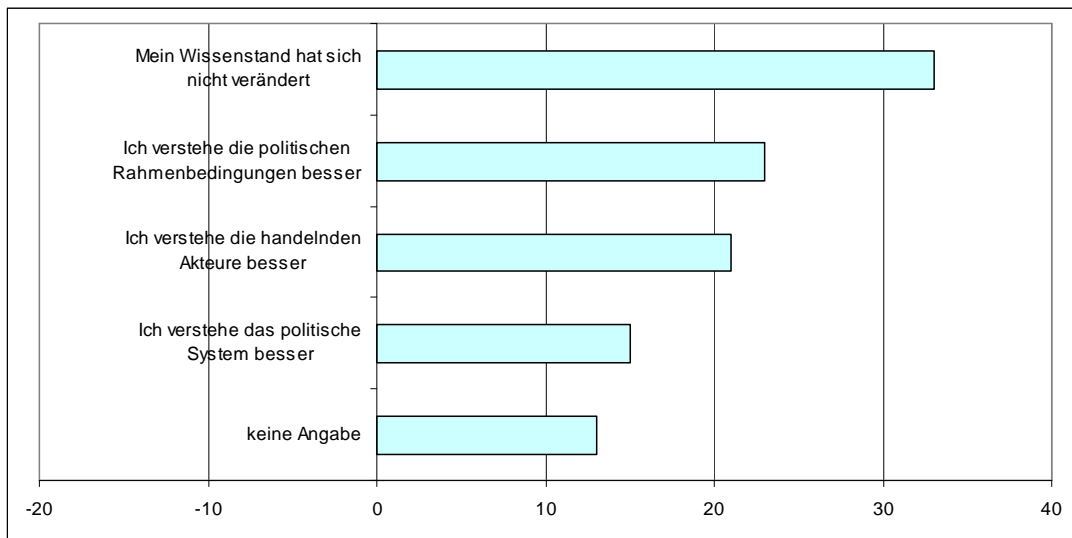
**Abbildung 30: Veränderung des Bildes von Politikern durch meinparlament.at in absoluten Zahlen**



Quelle: eigene Darstellung 2009

Ähnlich gestaltet sich das Ergebnis, wenn es um einen Wissenszuwachs durch meinparlament.at geht. Über ein Drittel gibt an, dass sich nichts an ihrem Wissensstand geändert habe, 13 Personen beantworten die Frage mit „keine Angabe“.

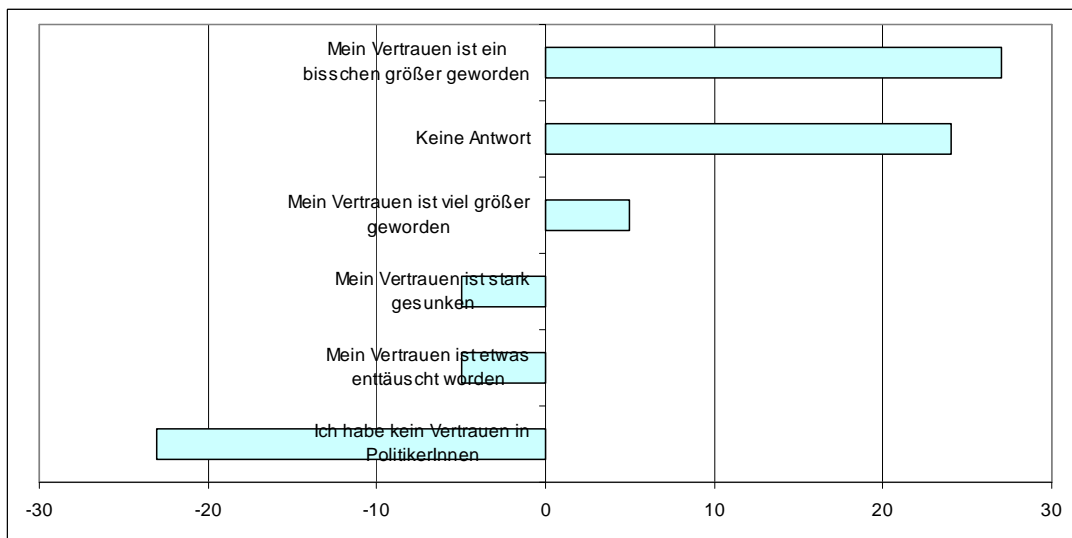
**Abbildung 31: Veränderung des Wissens durch meinparlament.at in absoluten Zahlen**



Quelle: eigene Darstellung 2009

Wenn es um das Vertrauen in die politischen Akteure geht, enthalten sich fast ein Drittel der Befragten der Stimme. 23 Personen antworteten mit „ich habe kein Vertrauen in Politiker“, wobei an dieser Stelle anzumerken ist, dass die Formulierung der Frage dazu einlädt, sie anzukreuzen. Insgesamt ist das Vertrauen von 32 Usern durch die Plattform stark oder ein bisschen gestiegen.

**Abbildung 32: Veränderung des Vertrauens durch meinparlament.at in absoluten Zahlen**



Quelle: eigene Darstellung 2009

Es besteht kein signifikanter Unterschied zwischen Männern und Frauen, was den Vertrauenszuwachs beziehungsweise den Vertrauensverlust in die Politiker durch meinparlament.at betrifft.

Generell sieht man aber, dass das Vertrauen nicht gesunken, sondern eher gestiegen ist.

### 8.3 Zusammenfassung nach Forschungsfragen

#### 8.3.1 Zusammenfassung für F1

Kann ein Projekt wie meinparlament.at dazu beitragen, Öffentlichkeit herzustellen?

Um eine Antwort auf die Frage zu erhalten, ob ein Projekt wie meinparlament.at dazu beitragen kann, Öffentlichkeit herzustellen, muss noch einmal definiert werden, was „Öffentlichkeit“ ist und wie beziehungsweise wodurch sie sich definiert.

Dazu werden die zu Beginn dieser Arbeit genannten Definitionen von Habermas, Gerdhards und Neidhardt nach Schlagwörtern durchsucht.

Die Ergebnisse der User-Befragung sowie die Beschreibung der Plattform und die Informationen über die Plattform, die durch den Fragebogen an Dr. Peter Merschitz in Erfahrung gebracht wurden, definieren die Beschaffenheit der Plattform.

In der Tabelle 8 werden die wichtigsten Merkmale einander gegenübergestellt, so dass das Ergebnis zeigt, ob meinparlament.at grundsätzlich Öffentlichkeit herstellen kann.

**Tabelle 8: Gegenüberstellung Öffentlichkeit & meinparlament.at**

<b>Öffentlichkeit bedeutet:</b>	<b>Meinparlament.at bietet:</b>
Zugang zu Informationen	Zugang zu politischen Informationen
Kommunikations- & Beteiligungsmöglichkeit	Möglichkeit der Kommunikation mit Politikern mittels Frage/Antwort-Funktion – mit Moderation
Vermittlung staatlicher Ordnungsmacht	Darstellung des politischen Systems
Vermittlung politischer Willensbildung	Vermittlung politischer Willensbildung
Vielzahl von Kommunikationsforen	
zugangsfreier, herrschaftsfreier Raum	Freier Zugang für alle Besucher ohne Login-Funktion
politische Akteure und Individuelle äußern sich vor einem breiten Publikum zu politischen Themen	Mittels Frage/Antwort-Funktion Dialogmöglichkeit zwischen Bürgern und Politikern
gleiche Chance für alle, zu kommunizieren	gleiche Chance für alle, zu kommunizieren – im Internet
unbegrenzter Kreis von Personen	Einzigste Voraussetzung für die Benützung der Seite ist ein Internetzugang

Quelle: eigene Darstellung 2009

In weiterer Folge werden die Strukturmerkmale von Öffentlichkeit auf die Plattform meinparlament.at angewendet.

### Offenheit:

Das Thema Offenheit betrifft bei der Plattform mehrere Bereiche. Zum ersten steht Meinparlament.at jeder Person offen, die einzige Einschränkung besteht darin, über einen Internetzugang zu verfügen. Die Plattform kann ohne Login-Funktion „benutzt“ werden.

Zum zweiten ist die Plattform offen für jedes politische Thema. Jede Person hat die Möglichkeit, die Fragen und Antworten der Bürger und der Politiker sowohl zu lesen als auch selbst in den Frage/Antwort-Prozess einzusteigen. Einschränkungen entstehen durch die Moderation, der ein Moderationscodex zugrunde liegt. Dieser verbietet Beschimpfungen, rassistische Äußerungen und dergleichen, aber auch eine zu häufig auftretende Form des Dialogs. Für gewöhnlich wird eine Frage gestellt und beantwortet. Zum dritten herrscht Offenheit bezüglich der Inhalte der Seite. Durch die Dokumentation aller Fragen und Antworten sowie der spezifischen Informationen über Politiker wie Abstimmungsverhalten, Ausschussmitgliedschaften und dergleichen werden keine Inhalte „geheim“ gemacht (vgl. Kapitel 2.1.1 Bedeutungen von Öffentlichkeit).

### Gleichheit:

Gleich dem Internet an sich herrscht bei meinparlament.at Gleichheit für alle Personen, die sich auf der Seite befinden. Jeder findet die gleichen Bedingungen vor, eine Login-Funktion wie sie beispielsweise oft für einen Mitgliederbereich oder einen Pressebereich auf Internetseiten zu finden sind, gibt es nicht.

Um eine Form der Gleichheit auch für die befragten Politiker zu gewährleisten, muss jede Person, die eine Frage stellen möchte, ihren vollen Namen und eine gültige e-Mail Adresse angeben. Somit kann, so die Betreiber, „auf gleicher Augenhöhe“ kommuniziert werden.

Aufgrund der Tatsache, dass alle Personen die Fragen und auch Antworten lesen können, ergibt sich eine Gleichheit in Form von Wissen beziehungsweise Wissenszuwachs für die Besucher gleichermaßen wie für die vertretenen Politiker.

### Diskursivität:

Eine Plattform wie meinparlament.at dient in erster Linie dem Erkenntnisgewinn. Jede Person, die meinparlament.at anklickt, möchte etwas wissen, sei es persönliche Information über einen Politiker, sein Abstimmungsverhalten, ob er auf Fragen ant-

wortet oder die Person hat selbst den Wunsch, eine Frage zu stellen. Die hauptsächlichen Gründe sind in Kapitel 8.2.3 und 8.2.5 angeführt.

Meinparlament.at dient weiters der Urteilsbildung, beispielsweise durch das Lesen der Fragen, es kann die Verständlichkeit von politischen Prozessen oder Entscheidungen von einzelnen Politikern erhöhen. Spekulationen können abgebaut, Irrtümer aufgeklärt werden, wenn alle Funktionen der Plattform wahrgenommen werden. Der Umstand, dass sämtliche Aktionen, die stattfinden, dokumentiert werden, führt dazu, dass man sich, eine intensive Recherche und Beobachtung vorausgesetzt, ein genaues Bild aller vertretenen Politiker machen kann. Es wird einsehbar, wer antwortet und wer nicht, ob sich Abstimmungsverhalten verändern oder Meinungen geändert werden. Den Mittelpunkt von meinparlament.at bildet der Diskurs zwischen Bürgern und Politikern.

### **8.3.2 Zusammenfassung für F2**

#### Wie wird das Konzept von meinparlament.at bei den Internetusern aufgenommen?

Das Konzept von meinparlament.at ist in Deutschland erprobt worden und funktioniert, zumindest aus idealistischer Sicht, gut. In Österreich steht meinparlament.at noch am Anfang seines Bestehens, das wird nicht zuletzt durch die Aussagen der Betreiber deutlich. Betrachtet man das Antwortverhalten der User, so kann eindeutig gesagt werden: das Konzept von meinparlament.at wird gut aufgenommen. Diese Ansicht wird durch den Umstand untermauert, dass viele Online-Ausgaben der Tageszeitungen (unter anderem Kurier, Die Presse, Der Standard) eine fixe Verlinkung oder eine Spiegelung der Inhalte auf ihrer Internetseite anbieten. Wie im Kapitel „Akzeptanz“ (8.2.5) bemerkt, sind 80 % der Meinung, dass eine Plattform, die den direkten Dialog zwischen Bürgern und Politikern ermöglicht, bislang in Österreich gefehlt hat. Merschitz betont aber auch, dass einerseits das Angebot seitens der Bürger wohlwollend aufgenommen wurde, dass sich andererseits aber auch Parteien und Politiker gegen eine Beantwortung der Fragen aussprechen, da es unter anderem zu zeitaufwändig erscheint.

Hier wird klar, dass meinparlament.at nicht nur ein Gegenstand für Bürger ist und von ihnen akzeptiert und in weiterer Folge verwendet werden soll, sondern dass auch die Politiker ihre Rolle der Befragten annehmen müssen, da eine Plattform wie diese sonst sinnlos wird.

Nicht untersucht wurde in dieser Arbeit die Qualität der Fragen. Diese soll laut der Betreiber hoch sein und die Fragen wie die Antworten anspruchsvoll verfasst sein.

Die Beantwortung des Fragebogens, der über einen Zeitraum von zwei Wochen auf der Startseite als Pop-Up positioniert war, lässt erahnen, dass die Besucherzahlen, zumindest im Zeitraum der Befragung, als nicht besonders hoch einzustufen sind. Das kann daran liegen, dass die Besucher direkt über die gespiegelten Seiten auf den Online-Ausgaben der Tageszeitungen auf die Seite zugreifen. Die geringe Rücklaufquote kann aber auch an einer generellen Ablehnung des Fragebogens liegen. Insgesamt 120 Personen hatten begonnen, ihn auszufüllen, 89 bilden die Datengrundlage.

Wichtig für die Plattform meinparlament.at erscheint, einen höheren Bekanntheitsgrad zu erlangen, der den Bürgern auch die Scheu nimmt, selbst aktiv Fragen zu stellen. Wie aus dem Antwortverhalten ersichtlich ist, sind mehr als die Hälfte der Befragten passive User. Es ist anzunehmen, dass durch entsprechende Maßnahmen eine höhere Beteiligung an den Fragefunktionen erreicht werden kann.

Wie Merschitz anmerkt, soll *„spielerisch die Welt der Politik erforscht werden“*. Das ist bislang nur bedingt durch das neue 3D-Modell des Plenarsaals gegeben.

### **8.3.3 Zusammenfassung für F3**

#### Wer nimmt meinparlament.at für die öffentliche Kommunikation mit Politikern in Anspruch?

Die Datengrundlage ist zu klein, um eine valide Aussage über die Benutzer von meinparlament.at zu machen. Festzustellen ist aber: es gibt nicht DEN meinparlament.at-User. Über 60 % der Besucher sind männlich, was nicht mit den Ergebnissen der Nutzeranalyse von [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) korrespondiert. Die deutsche Plattform wird zu 80 % von Männern genutzt.

Laut Angaben der Betreiber von meinparlament.at bilden die 20 bis 50 Jährigen den Großteil der Besucher, rund ein Viertel der User ist über 50 Jahre alt. Das wird von den Umfrageergebnissen im großen und ganzen bestätigt. Der jüngste User war 16, der älteste 69 Jahre alt.

Auffällig hoch fällt der Bildungsgrad aus, die Respondenten scheinen durchwegs gebildet (oder ausgebildet) zu sein, wie die Abbildung 15 (Kapitel 8.1.2 Demographische Daten) zeigt. Über zwei Drittel haben eine Matura, davon verfügen 43 % über einen Fachhochschul- oder einen Universitätsabschluss.

Klar zeigt sich auch die Tendenz der geographischen Herkunft, die im Osten Österreichs gelagert ist. Knapp die Hälfte der Befragten lebt in Wien, weitere 17 % leben in Niederösterreich und 13 % in Oberösterreich.



Betrachtet man die Mediennutzung und die Frage nach dem persönlichen politischen Interesse, zeigt sich, dass eine große Anzahl der User angibt, täglich Zeitung zu lesen, die Nachrichten im Fernsehen anzuschauen und manchmal bis häufig im Bekanntenkreis über Politik diskutiert.

Am Ende des Fragebogens wurde nach dem Wahlverhalten der User gefragt. Immerhin 85 % beantworteten diese Frage, wobei die ÖVP mit knapp 30 % die meisten Antworten erhielt. Es folgen 12 % FPÖ, 11 % Grüne. 9 % würden die SPÖ wählen, genauso viele entscheiden sich für gar keine Partei und das Schlusslicht bilden die KPÖ mit knapp 6 % und das BZÖ mit etwas über 3 %.

#### **8.3.4 Zusammenfassung für F4**

Hat sich der subjektive Eindruck der User hinsichtlich ihres Politikverständnisses durch meinparlament.at verändert?

Bei den ersten Überlegungen rund um die Plattform meinparlament.at stellte sich recht unmittelbar die Frage nach Veränderung. Ist eine Internetplattform imstande, eine Veränderung hervorzurufen, und wenn ja, wie?

Veränderung, das muss an dieser Stelle nochmals erwähnt werden, ist in dem Zusammenhang rein subjektiv besetzt. Die Frage betraf das Bild, das man subjektiv von Politikern hat, das Wissen rund um das politische System und das Vertrauen in die Politiker selbst und ihre Arbeit.

Das Kapitel 8.2.6 zeigt das Antwortverhalten der befragten Personen, wobei anzumerken ist, dass bei der Frage nach einer Veränderung des Wissens (Abbildung 31) die Antwort „mein Wissensstand hat sich nicht verändert“ bedeuten kann, dass die Personen bereits im Vorfeld gut informiert waren. Wie der Ausbildungsgrad zeigt, haben viele der Befragten eine Matura oder einen Universitätsabschluss. Zudem fällt die Mediennutzung hoch aus – immerhin mehr als die Hälfte der Respondenten liest täglich die Zeitung und sieht Fernsehnachrichten (oder gibt dies zumindest an). Anders zeigt sich die Situation bei den Themen Vertrauen. Hier kann klassisches Vorwissen die Antwort nicht beeinflussen, da sie sich nur auf die aktuelle Situation mit meinparlament.at beschränkt. Es zeigt sich, dass das Vertrauen bei Männern wie bei Frauen insgesamt nicht gesunken ist, sondern tendenziell gewachsen ist oder wächst. Generalisieren lässt sich diese Aussage aber nicht.

Ob das Anliegen der Betreiber, Politik „transparent“ zu machen, womit eine Veränderung zur aktuellen Situation gemeint ist, erfüllt wird, kann nicht beurteilt werden. Eine im größeren Umfang angelegte Befragung zu einem späteren Zeitpunkt könnte hier Abhilfe schaffen.

## 9 Ausblick

*„Politik und Medien“ – das heißt (...) in der erdrückenden Mehrheit entsprechender Untersuchungen nicht: Auswirkungen der Massenmedien auf alle möglichen Komponenten des politischen Prozesses, sondern, noch weiter fokussiert, auf die politische Partizipation der Bürger in der Demokratie, auf deren politische Kenntnisse nämlich, Vorstellungen, Einstellungen und Verhaltensweisen in – nochmals zuge-spitzt – Wahlkämpfen.“ (Jarren/ Sarcinelli/Saxer 2002: 115)*

Am Beginn dieser Arbeit stand die einfache Frage: „Hat es einen Sinn, eine Plattform wie meinparlament.at ins Leben zu rufen und in weiterer Folge zu betreiben?“

Die Antwort ist einfach: es hat einen Sinn. Dennoch ist es ein weiter Weg, bis meinparlament.at etabliert sein wird. Der Anfang hinsichtlich des Bekanntheitsgrades ist mit den Medienkooperationen getan, die Besucherzahlen und vor allem jene Personen, die sich aktiv beteiligen, die via meinparlament.at mit Politikern in Kontakt treten, müssen in den nächsten Jahren aber drastisch ansteigen, um eine „Veränderung“ und die von den Betreibern angestrebte steigende Transparenz mit sich zu bringen.

Um die Plattform erfolgreich zu etablieren, bedarf es der Institutionalisierung derselben in der österreichischen Medienlandschaft. Wie im Laufe der Arbeit mehrfach angesprochen, handelt es sich beim Internet um ein Pull-Medium, das heißt, es muss den Betreibern von meinparlament.at gelingen, die „Marke“ meinparlament.at so zu festigen, dass sie sich zu einer (immer wiederkehrenden) Informationsquelle entwickelt. Zweitens muss es für die Besucher evident werden, dass ihre Partikularinteressen befriedigt werden. Wie die Nutzerbefragung gezeigt hat, haben die meisten Besucher konkrete persönliche Anliegen. Es ist notwendig, eine hohe Anschlussfähigkeit zu gewährleisten. Drittens erscheint es wichtig, die Plattform auf finanziell stabile Beine zu stellen. Anders als in Deutschland, wo die Bürger die Möglichkeit haben, durch Spenden einzelne Bereiche der Plattform abgeordnetenwatch.de zu „fördern“, liegen diese Möglichkeiten in Österreich nicht zuletzt aufgrund der Einwohnerzahl brach.

Die Probleme, die sich bei der Etablierung der Plattform ergeben, liegen nicht zuletzt in unserem politischen System und im scheinbar mehrheitlichen politischen Desinteresse der Bevölkerung. Die politikinteressierte, kritische Masse, welche die Zielgruppe von meinparlament.at darstellt, ist schwer erreichbar.

In Österreich herrscht eine Parteiendemokratie, daher stellt sich berechtigt die Frage, inwieweit es sinnvoll beziehungsweise nachhaltig ist, einzelne Politiker durch

Fragestellungen in die Pflicht zu nehmen. Da direktdemokratische Instrumente kein Teil unserer politischen Kultur sind, ist ein Instrument wie meinparlament.at neu für die Bevölkerung. Es ist, zumindest aus aktueller Sicht, anzuzweifeln, dass eine Aktivität auf meinparlament.at zu einer veränderten politischen Wahrnehmung führt.

In Deutschland hat abgeordnetenwatch.de jenen Status in der Öffentlichkeit erreicht, der von meinparlament.at in Österreich (vermutlich vergeblich) angestrebt wird. Aufgrund zahlreicher Anfragen und Beschwerden die Diätenerhöhung betreffend wurde die Presse auf die Dialoge zwischen Bürgern und Politikern auf abgeordnetenwatch.de aufmerksam, was schlussendlich zur Folge hatte, dass das geplante Gesetz gekippt wurde (vgl. <http://www.spiegel.de>, Stand: 03.07.2009, <http://www.abgeordnetenwatch.de>, Stand: 03.07.2009)

Diese Form, in Österreich Öffentlichkeit herzustellen, ist zumindest zum aktuellen Zeitpunkt nicht möglich.

## 10 Literaturverzeichnis

Atteslander, Peter (2000): Methoden der empirischen Sozialforschung. 9. überarbeitete Auflage. Berlin – New York: de Gruyter

Beck, Klaus (2006): Computervermittelte Kommunikation im Internet. München; Wien: Oldenbourg

Benhabib, Seyla (1997): Die gefährdete Öffentlichkeit, in: Medien und Demokratie. Transit Heft 13 Sommer 1997. Frankfurt: Neue Kritik, S. 26-41

Bieber, Christoph (1999): Politische Projekte im Internet: Online Kommunikation und politische Öffentlichkeit. Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag

Döring, Nicola (1998): Sozialpsychologie des Internet. Die Bedeutung des Internet für Kommunikationsprozesse, Identitäten, soziale Beziehungen und Gruppen. Göttingen: Hogrefe

Emmer, Martin (2005): Politische Mobilisierung durch das Internet?: eine kommunikationswissenschaftliche Untersuchung zur Wirkung eines neuen Mediums. München: R. Fischer

Fuchs, Dieter (1995): Die Struktur politischen Handelns in der Übergangsphase. In: Klingemann, Hans-Dieter/Erbring, Lutz/Diederich, Nils (Hrsg.): Zwischen Wende und Wiedervereinigung. Analysen zur politischen Kultur in West- und Ost-Berlin 1990. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 135-147

Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank (1998): Politische Partizipation. In: Jarren, Otfried, Sarcinelli, Ulrich, Saxer, Ulrich (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft: ein Handbuch mit Lexikonteil. 1. Aufl., Nachdruck. 2002. Opladen: Westdt. Verl..

Gerhards, Jürgen (1998): Öffentlichkeit, in: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/ Saxer, Ulrich (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 268-275

Gerhards, Jürgen/ Neidhardt, Friedhelm (1993): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit, in: Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.): Politische Kommunikation: Grundlagen, Strukturen, Prozesse. Wien: Braumüller, S. 52-89

Guggenberger, Bernd (1999): Das digitale Nirwana. Vom Verlust der Wirklichkeit in der schönen neuen Online-Welt. Reinbek bei Hamburg

Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. 1. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Habermas, Jürgen (2008): Ach, Europa. Kleine politische Schriften Band 11. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Hagen, Lutz (Hrsg.) (1998): Online-Medien als Quellen politischer Information: empirische Untersuchungen zur Nutzung von Internet und Online-Diensten. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Hummel, Roman (1996): Neue Medien/Multimedia in Österreich. In: Pürer, Heinz (Hrsg.): Praktischer Journalismus in Zeitung, Radio und Fernsehen. 4. überarbeitete und erweiterte Auflage. Salzburg: Kuratorium für Journalistenausbildung

Jäckel, Michael (1995): Interaktion. Soziologische Anmerkung zu einem Begriff. In: Rundfunk und Fernsehen 43 (4), 463-476

Jackob, Nikolaus/Schoen, Harald/Zerback, Thomas (Hrsg.) (2009): Sozialforschung im Internet. Methodologie und Praxis der Online-Befragung. Wiesbaden: VS Verlag

Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hrsg.) (1998): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft: ein Handbuch mit Lexikonteil. 1. Aufl., Nachdruck. 2002. Opladen: Westdt. Verl..

Jarren, Otfried/Donges, Patrick (2006) : Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: eine Einführung. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften

Kaase, Max (1992): Politische Beteiligung. In: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Lexikon der Politik. Bd 3: Die westlichen Länder. München. 339-346.

Klingemann, Hans-Dieter/Voltmer, Katrin (1989): Massenmedien als Brücke zur Welt der Politik. Nachrichtennutzung und politische Beteiligungsbereitschaft. In: Kaase, Max/Schulz, Winfried Massenkommunikation. Theorien. Methoden. Befunde. Opladen: Westdeutscher Verlag. 221-238

Kuhn, Frank (2006): Elektronische Partizipation. Digitale Möglichkeiten - Erklärungsfaktoren – Instrumente. Wiesbaden: VS Verlag

Leggewie, Claus (1997): Netizens oder: Der gut informierte Bürger heute, in: in: Medien und Demokratie. Transit Heft 13 Sommer 1997. Frankfurt: Neue Kritik, S. 3-25

Neidhardt, Friedhelm (Hrsg) (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie: Sonderhefte ; 34 )

Peters, Bernhard (1994): Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg) (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie: Sonderhefte ; 34 ), S.42-105

Rafaëli, Sheizaf (1988): Interactivity: From New Media to Communication. In: Hawkings, Robert P./Wiemann, John M. et al. (Hrsg.). Advancing Communication Science: Merging Mass and Interpersonal Process. Newbury Park: Sage, S.110-134

Rogg, Arne (2003): Demokratie und Internet: der Einfluss von computervermittelter Kommunikation auf Macht, Repräsentation, Legitimation und Öffentlichkeit. Opladen: Leske + Butrich

Ronneberger, Franz (1974): Die politischen Funktionen der Massenkommunikation. In: Langenbucher (Hrsg.): Zur Theorie der politischen Kommunikation. München. 193-205

Saxer, Ulrich (1974): Funktionen der Massenmedien in der modernen Gesellschaft. In: Kurzrock, Rupert (Hrsg.): Medienforschung. Berlin.

Smitten, Susanne in der (2007): Online-Vergemeinschaftung: Potentiale politischen Handelns im Internet. München: Fischer

UNDESA (United Nations department of Economics and Social Affairs) (2008): United Nations e-Government Survey 2008. From e-Government to Connected Governance. New York

Von Garmissen, Anna (2002): Programmzeitschriften Online. In: Theis-Berglmair, Anna (Hrsg.): Internet und die Zukunft der Printmedien. Berlin, Hamburg, Münster: LIT Verlag

Wilhelm, Anthony G. (1999): Virtual sounding boards: how deliberative is online political discussion? In: Hague, Barry/Loader, Brian (Hrsg.) (1999): Digital Democracy: Discourse and Decision Making in the Information Age. London: Routledge

Zerback, Thomas/Schoen, Harald/Jackob, Nikolaus/Schlereth, Stefanie (2009): Zehn Jahre Sozialforschung mit dem Internet – Eine Analyse zur Nutzung von Online-Umfragen in den Sozialwissenschaften. In: Jackob, Nikolaus/Schoen, Harald/Zerback, Thomas (Hrsg.) (2009): Sozialforschung im Internet. Methodologie und Praxis der Online-Befragung. Wiesbaden: VS Verlag, S. 15-32

## **Internetquellen:**

Abgeordnetentwatch.de

<http://www.abgeordnetenwatch.de> Stand: 03.07.2009

[www.abgeordnetenwatch.de/social\\_entrepreneur-696-0.html](http://www.abgeordnetenwatch.de/social_entrepreneur-696-0.html) Stand: 24.03.2009

[www.abgeordnetenwatch.de/moderations\\_codex-766-0.html](http://www.abgeordnetenwatch.de/moderations_codex-766-0.html) Stand: 06.03.2009

[www.abgeordnetenwatch.de/wir\\_ueber\\_uns-150-0.html](http://www.abgeordnetenwatch.de/wir_ueber_uns-150-0.html) Stand: 06.03.2009

[www.abgeordnetenwatch.de/bundestag-132-0.html](http://www.abgeordnetenwatch.de/bundestag-132-0.html) Stand: 06.03.2009

[www.abgeordnetenwatch.de/landtag-233-0.html](http://www.abgeordnetenwatch.de/landtag-233-0.html) Stand: 06.03.2009

[www.abgeordnetenwatch.de/dr\\_angela\\_merkel-650-5897.html](http://www.abgeordnetenwatch.de/dr_angela_merkel-650-5897.html) Stand: 09.03.2009

[www.abgeordnetenwatch.de/finanzierung-632-0.html](http://www.abgeordnetenwatch.de/finanzierung-632-0.html) Stand: 09.03.2009

<http://www.abgeordnetenwatch.de/diaetenerhoehung-636-141.html> Stand: 03.07.2009

Albrecht, Steffen/Trénel, Matthias (2008): „Abgeordnetenwatch.de – Mittler zwischen Bürgern und Abgeordneten? In: In: TAB-Brief Nummer 34 / Dezember 2008. online abrufbar unter: <http://www.tab.fzk.de/de/brief/brief34.pdf>



Dahlberg, Lincoln (2001): Computer-Mediated Communication and The Public Sphere: A Critical Analysis. In: Journal of Computer-Mediated Communication  
Online abrufbar unter  
:http://jcmc.indiana.edu/vol7/issue1/dahlberg.html Stand: 16.01.2009

DiePresse.com  
http://www.diepresse.com/innenpolitik Stand: 06.04.2009

DerStandard.at  
http://www.derstandard.at/inland Stand: 01.04.2009

Gerschlauer, Jörg (2009): Der Frosch im Wasser und der erneute Untergang des Abendlandes. In: Börsenblatt.net  
Online abrufbar unter: http://www.boersenblatt.net/318401/ Stand: 30.04.2009

Habermas, Jürgen (2006): Preisrede Renner Institut:  
http://www.renner-institut.at/download/texte/habermas2006-03-09.pdf  
Stand: 13.11.2008

Internetforschung Wordpress: Rheingold Blog-Nachricht  
http://internetforschung.wordpress.com/2008/02/14/habermas-blows-off-question-about-the-internet-and-the-public-sphere/ Stand: 26.11.2008

Kaase, Max (2003): Politische Beteiligung / Politische Partizipation. In: Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 5. aktualisierte Auflage. Opladen: Leske+Budrich  
online abrufbar unter:  
http://www.bpb.de/wissen/06713986635846339646200579504445,0,0,HpS\_Politische\_BeteiligungPolitische\_Partizipation\_040402.html Stand: 05.05.2009

Kandidatenwatch.de  
http://www.kandidatenwatch.de Stand: 03.07.2009

Kramer, Sarah: Demokratie und Internet.  
Online abrufbar unter:  
http://www.berlinerzimmer.de/eliteratur/kramer\_demokratie.pdf Stand: 30.04.2009

Krings, Bettina/Riehm, Ulrich (2006): Internet für alle? Die Diskussion des „digital divide“ revisited. In: Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg.): Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede. S. 3052-3061

Online abrufbar unter: <http://mpira.ub.uni-muenchen.de/6758/> : Stand: 30.04.2009

Meinparlament.at

<http://www.meinparlament.at> Stand: 03.07.2009

Meyers Lexikon Online

<http://lexikon.meyers.de/wissen/%C3%96ffentlichkeit+%28Sachartikel%29>  
: Stand: 28.01.2009)

Mysociety

<http://www.mysociety.org> Stand: 03.07.2009

Project Vote Smart

<http://www.votesmart.org> Stand: 03.07.2009

Riehm, Ulrich/Coenen, Christopher (2008): Varianten digitaler Demokratie – Eine Einführung in den Schwerpunkt. In: TAB-Brief Nummer 34 / Dezember 2008.

online abrufbar unter: <http://www.tab.fzk.de/de/brief/brief34.pdf>

Sie-schreiben-Dir.de

<http://www.sie-schreiben-dir.de> Stand: 03.07.2009

Spiegel Online

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,554299,00.html> Stand: 03.07.2009

TAB Arbeitsbericht Nummer 100 (2005): „Internet und Demokratie“ – Analyse netzbasierter Kommunikation unter kulturellen Aspekten. Online abrufbar unter:

<http://www.tab.fzk.de/projekt/zusammenfassung/ab100.htm> Stand: 24.04.2009

Universität Bielefeld:

<http://www.unibielefeld.de/Universitaet/Einrichtungen/Zentrale%20Institute/IWT/FWG/Jugend%20online/Digital%20Divide.html> Stand: 21.04.2009

ZDnet.de:

[http://www.zdnet.de/news/wirtschaft\\_unternehmen\\_business\\_google\\_microsoft\\_gefaehrdet\\_offenheit\\_des\\_internet\\_story-39001020-39185793-1.htm](http://www.zdnet.de/news/wirtschaft_unternehmen_business_google_microsoft_gefaehrdet_offenheit_des_internet_story-39001020-39185793-1.htm),

Stand: 30.04.2009

Zebralog e.V.

<http://www.zebralog.de>

# 11 Anhang

## 11.1 Fragebogen User-Umfrage

### User-Umfrage auf meinparlament.at (Diplomarbeit)

Sehr geehrte Damen und Herren!  
Herzlich Willkommen bei der Umfrage zur Online-Plattform "meinparlament.at". Ich bin Studentin am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien und würde mich sehr freuen, wenn Sie sich ein paar Minuten zum Ausfüllen der Fragen Zeit nehmen.  
Das Beantworten der Fragen dauert ca. 5 Minuten.  
Vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen

Nora Wilhelm

Im Rahmen der Diplomarbeit "meinparlament.at - Plattform für den direkten Dialog zwischen BürgerInnen und PolitikerInnen" am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien wird die Nutzung der Online-Plattform meinparlament.at untersucht.

Diese Umfrage enthält 31 Fragen.

### Umfrage

#### 1 Wie politisch sind Sie? \*

Bitte wählen Sie alle Punkte aus, die zutreffen:

- Ich lese täglich Zeitung
- Ich lese regelmäßig Nachrichtenmagazine
- Ich schaue mir regelmäßig Nachrichten im Fernsehen an
- Ich schaue mir regelmäßig Nachrichtenmagazine im Fernsehen an
- Ich "poste" meine Meinung auf Internetseiten (z.B. Online-Ausgaben der Tageszeitungen)
- Ich diskutiere manchmal über Politik im Bekanntenkreis
- Ich diskutiere häufig über Politik im Bekanntenkreis
- Ich diskutiere manchmal über Politik im Büro
- Ich diskutiere häufig über Politik im Büro
- keine Angabe

Sonstiges:

#### 2 Wie sieht Ihre Teilnahme an politischen Ereignissen aus? \*

Bitte wählen Sie die zutreffende Antwort aus

	Teilnahme an Wahlen	Teilnahme an politischen Veranstaltungen	Teilnahme an Demonstrationen	Engagement innerhalb von Bürgerinitiativen	Mitglied einer Partei	Kandidat bei einer Wahl
Ja	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Nein	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
keine Angabe	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

#### 3 Wie haben Sie von meinparlament.at erfahren?

Bitte wählen Sie alle Punkte aus, die zutreffen:

- Internet (Surfen, Googlen, ...)
- Radiobericht

Zeitungsbericht  
 Fernsehbericht  
 Durch ein(e) Freund(in)  
 Sonstiges:

**4 Wie intensiv nutzen Sie folgende Informationsquellen für das politische Tagesgeschehen?**

Bitte wählen Sie die zutreffende Antwort aus

	Tageszeitung (Print)	Fernsehnachrichten	Online- Medien	Hörfunk	Teletext	Nachrichtenmagazine (Print)	Weblogs
täglich	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
2-3 Mal pro Woche	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
1 Mal pro Woche	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
1 Mal im Monat	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
seltener	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
keine Angabe	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**5 Wie oft nutzen Sie meinparlament.at? \***

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- täglich
- 2-3 Mal pro Woche
- 1 Mal pro Woche
- 1 Mal im Monat
- Seltener
- Erstmaliger Besuch
- keine Angabe

**6 Haben Sie schon Fragen an PolitikerInnen via meinparlament.at gestellt? \***

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- mehr als 10 Fragen
- 6-10 Fragen
- 2-5 Fragen
- Eine Frage
- Nein, ich habe nur Fragen gelesen
- keine Angabe

**7 Wurde(n) Ihre Frage(n) beantwortet? \***

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- ja, alle

- ja, manche
- nein, keine
- Ich habe keine Frage(n) gestellt
- keine Angabe

**8 Lesen Sie die Fragen anderer Besucher von meinparlament.at? \***

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- bei jedem Besuch
- häufig
- manchmal
- selten
- nie
- keine Angabe

**9 Lesen Sie die Antworten der PolitikerInnen auf Fragen von anderen Besuchern? \***

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- bei jedem Besuch
- häufig
- manchmal
- selten
- nie
- keine Angabe

**10 Haben Sie schon einmal eine Frage oder eine Antwort als "lesenswert" gekennzeichnet?**

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Ja
- Nein

**11 Haben Sie schon einmal eine noch offene Antwort auf eine Frage angefordert?**

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Ja
- Nein

**12 Wie finden Sie den Umstand, dass jede Frage von einem Moderationsteam gelesen wird, bevor sie freigeschaltet wird?**

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- halte ich für sinnvoll
- halte ich für unnötig
- finde ich schlecht

**13 Wie finden Sie den Aufbau der Plattform meinparlament.at?**

Bitte wählen Sie alle Punkte aus, die zutreffen:

- sehr übersichtlich
- das Design gefällt mir gut
- klar strukturiert
- einfache Navigation
- unübersichtlich
- das Design gefällt mir nicht
- verwirrend
- komplizierte Navigation

**14 Wie finden Sie die Aufbereitung des Inhalts auf der Plattform meinparlament.at?**

Bitte wählen Sie alle Punkte aus, die zutreffen:

- informativ
- übersichtlich
- aussagekräftig
- klar strukturiert
- hilfreich
- unübersichtlich
- aussagelos
- chaotisch

**15 Bitte nennen Sie Ihre hauptsächlichen Beweggründe für den Besuch (die Besuche) auf meinparlament.at.**

Bitte wählen Sie alle Punkte aus, die zutreffen:

- Allgemeine Information (ich will mich einmal umschauen)
- Information in Bezug auf konkrete Fakten (Gesetze, Parteienprogramme..)
- Wahlentscheidende Meinungsbildung (z.B. Vergleich von Parteien)
- kritische Meinungsäußerung (positiv wie negativ)
- Persönliches Interesse an einem Politiker / einer Politikerin
- Vertiefung in ein aktuelles Thema
- keine Angabe

Sonstiges:

**16 Haben Sie schon einmal Kontakt zu einem Politiker / zu einer Politikerin aufgenommen?**

Bitte wählen Sie alle Punkte aus, die zutreffen:

- Ja, per e-Mail
- Ja, per Brief
- Ja, per Telefon
- Ja, im Rahmen einer Veranstaltung
- Nein, noch nie

Sonstiges:

**17 Warum haben Sie schon einmal Kontakt zu einem Politiker / einer Politikerin aufgenommen?**

Bitte wählen Sie alle Punkte aus, die zutreffen:

- allgemeine Frage
- Positive Bekundung
- Beschwerde
- Persönliches Anliegen
- Vertiefende Frage in ein aktuelles Thema
- Persönliches Interesse an einem bestimmten Politiker / einer bestimmten Politikerin
- Ich habe noch nie Kontakt zu einem Politiker aufgenommen
- keine Angabe

Sonstiges:

**18 Wie finden Sie die Möglichkeit, PolitikerInnen online zu befragen? \***

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- sehr gut
- gut
- das ist mir nicht wichtig
- nicht so gut
- schlecht
- keine Angabe

**19 Was wollen Sie von PolitikerInnen wissen?**

Bitte wählen Sie alle Punkte aus, die zutreffen:

- Allgemeine Informationen (Alter, berufliche Qualifikation, Familienstand etc.)
- Politische Aktivität (Abstimmungsverhalten, Ausschussmitgliedschaften etc.)
- Konkrete Meinung zu einem Thema
- keine Angabe

Sonstiges:



**20 Wie finden Sie die Möglichkeit, allgemeine Informationen (wie Alter, berufliche Qualifikation etc.) über PolitikerInnen zu erhalten?**

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- sehr gut
- gut
- das ist mir nicht wichtig
- nicht so gut
- schlecht

**21 Wie finden Sie die Möglichkeit, spezifische, politische Informationen (Ausschussmitgliedschaften, gestellte Anträge etc.) über PolitikerInnen zu erhalten?**

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- sehr gut
- gut
- das ist mir nicht wichtig
- nicht so gut
- schlecht

**22 Finden Sie, dass die Möglichkeit, PolitikerInnen im Internet direkt zu befragen, bislang in Österreich gefehlt hat?**

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Ja sehr
- Ja
- das ist mir nicht wichtig
- nicht wirklich
- nein gar nicht

**23**

**Hat sich Ihr Bild von PolitikerInnen durch den öffentlichen Dialog auf meinparlament.at verändert?**

Bitte wählen Sie alle Punkte aus, die zutreffen:

- Sie sind sympathischer geworden
- Sie sind unsympathischer geworden
- Sie sind "volksnäher" bzw. "greifbarer" geworden
- Sie sind "volksferner" geworden
- Ich verstehe die Handlungen besser
- mein Bild hat sich nicht verändert
- keine Angabe

**24**

**Hat sich Ihr Wissen durch Ihren Besuch (Ihre Besuche) auf der Plattform meinparlament.at verändert?**

Bitte wählen Sie alle Punkte aus, die zutreffen:

- Ich verstehe das politische System besser
- Ich verstehe die handelnden Akteure (PolitikerInnen) besser
- Ich verstehe die politischen Rahmenbedingungen besser
- Mein Wissensstand hat sich nicht verändert
- keine Angabe

**25 Verändert eine Plattform wie meinparlament.at Ihr Vertrauen in die Arbeit der handelnden Akteure (PolitikerInnen)?**

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Mein Vertrauen ist viel größer geworden
- Mein Vertrauen ist ein bisschen größer geworden
- Ich habe kein Vertrauen in PolitikerInnen
- Mein Vertrauen ist etwas enttäuscht worden
- Mein Vertrauen ist stark gesunken

**26 Geschlecht \***

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Weiblich
- Männlich

**27 Alter \***

Bitte schreiben Sie Ihre Antwort hier

Bitte geben Sie Ihr Alter genau an.

**28 Bitte geben Sie Ihre höchste abgeschlossene Ausbildung an.**

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Hauptschulabschluss, Lehrabschluss, Meisterprüfung
- Fachschule ohne Matura (HAS...)
- Fachschule mit Matura (AHS, HAK, HTL..)
- Fachhochschule oder Universität
- Sonstiges

**29 Bitte nennen Sie Ihr aktuelles Beschäftigungsverhältnis**

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- in Ausbildung

- ArbeiterIn/ FacharbeiterIn
- Angestellte(r) / Beamte(r)
- Leitende(r) Angestellte(r) / Beamte(r)
- PensionistIn
- Selbständig
- Arbeitslos

**30 Bitte geben Sie Ihren Wohnort an.**

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- Burgenland
- Kärnten
- Niederösterreich
- Oberösterreich
- Salzburg
- Steiermark
- Tirol
- Vorarlberg
- Wien

**31 Wenn am Sonntag Wahlen wären: Welche der folgenden Parteien würden Sie wählen?**

Bitte wählen Sie nur eine der folgenden Antworten aus:

- BZÖ
- FPÖ
- Grüne
- KPÖ
- ÖVP
- SPÖ
- keine
- Sonstiges

(in alphabetischer Reihenfolge)

## 11.2 Fragebogen Dr. Peter Merschitz

### Fragekatalog Dr. Peter Merschitz, meinparlament.at

1. Was waren Deine Beweggründe für den Start von meinparlament.at in Österreich?

politische Transparenz und Öffentlichkeit sind wesentliche Punkte, um dem Bürger politische Alternativen anzubieten. Darüber hinaus ist ein informierter Bürger einer, der mit einer höheren Wahrscheinlichkeit auch wählen geht.

österreichische Jungwähler haben ein geringeres Interesse an Politik. Das Medium Internet scheint ein taugliches Medium für junge Leute zu sein, wo man sie am ehesten erreicht.

Das Image der Politiker hat in den letzten Jahren sehr gelitten. Das hat vorrangig mit einem Niedergang der österreichischen Konsensdemokratie zu tun. Das Aufkommen von Kleinparteien und die Möglichkeit alternativer Koalitionskombinationen bringt aber auch eine gewisse Unsicherheit für den Politiker und die Länge einer Regierungsperiode. Kurzfristigkeit und Populismus sind die Folge. Hier kann meinparlament.at durch Transparenz und Information dagegen wirken.

2. Wie lange hat es von der Idee bis zur Umsetzung (Go Live) gedauert?

Konkret wurde es im Frühsommer 2008, also rund 3 Monate vor den vorgezogenen Neuwahlen in Angriff genommen.

3. Wie wird meinparlament.at finanziert?

Derzeit wird das Projekt von Merschitz alleine finanziert, in der Hoffnung, dass mittelfristig durch Parteien, Ministerien, öffentliche Körperschaften und Politiker dies übernommen wird. Im Gegenzug für bessere Darstellung in der Öffentlichkeit, z.B. durch Profilerweiterungen.

4. Welche Rechtsform hat meinparlament.at?

Ausführendes Organ ist der wissenschaftliche Verein Politik Transparent e.V.

5. Wie viele Mitarbeiter beschäftigt meinparlament.at? (fest/ frei)

Aufgrund der engen finanziellen Situation sind derzeit drei Mitarbeiter angestellt, wobei zwei geringfügig beschäftigt sind. Weitere zwei Mitarbeiter arbeiten freiwillig und ohne Kostenersatz mit.

6. Wie „funktioniert“ meinparlament.at? (Fragen, Antwort, Moderation, Codex, Kuratorium)

bitte siehe die Homepage

7. In welchem rechtlichen Verhältnis steht meinparlament.at zu abgeordnetenwatch.de?

abgeordnetenwatch.de ist der technische Partner, aber auch strukturvorgehend. Das bedeutet, dass wichtige Rahmenbedingungen (Einhaltung Codex, Zielvorgabe, Unabhängigkeit, Archivierung aller Daten) eingehalten werden müssen. Den vertrag lass ich dir noch zukommen.

8. Wie abhängig ist meinparlament.at von abgeordnetenwatch.de hinsichtlich der Programmierung? (Gibt es Dinge, die meinparlament.at erst absegnen lassen muss?)

Die Abhängigkeit ist technisch gesehen enorm, was auch die Schwachstelle von meinparlament.at ist. aufgrund anderer Anforderungen in Österreich waren und sind Programmierungsarbeiten zu leisten, die aufgrund der dünnen Personalstruktur in Deutschland nur schleppend dahingehen.

9. In welchen Bereichen unterscheidet sich meinparlament.at von abgeordnetenwatch.de? (z.B. in der Aufmachung, der Finanzierung, der Rechtsform)

ad Aufmachung: aufgrund eines unterschiedlichen Wahlgesetzes wird in Deutschland vor allem auf den Politiker im Wahlbezirk gesetzt. Dies ist in Österreich nicht der Fall. Hier herrscht eine Parteiendemokratie, wo der Spitzenkandidat und die Partei die wesentlichen Anknüpfungspunkte sind.

Weiters glauben wir in Österreich, dass es vor allem um Anschlußfähigkeit geht. D.h., dass der User individuelle Probleme, Fragen und Interessen hat und diese einerseits durch Fragen und zu erhaltende Antworten befriedigen kann. Andererseits ist es notwendig bereits gegebene Antworten besser und übersichtlicher darzustellen. Die Suche nach Keywords in Kombination zu Politikern ist wesentlich. Daher auch der Versuch in Österreich mit einem 3D-Modell zu arbeiten, wo der User recht rasch seine Information findet.

ad Finanzierung: In Deutschland finanziert vorrangig eine Stiftung und es kommen Spenden von Privatpersonen. Beides gibt es in Österreich nicht. Spende sind bei 8 Mio. Einwohnern nicht in der Höhe zu lukrieren und außerdem würde es auf dem Weg zur Etablierung es Portals eine Schwäche zeigen, die in der öffentlichen Wahrnehmung als nicht wünschenswert erachtet wird.

ad Rechtsform: ist ähnlich wie in Deutschland

10. Spielen die unterschiedlichen Wahlsysteme eine Rolle für die Unterschiede von meinparlament.at und abgeordnetenwatch.de?

Ja, wie bereits erwähnt, weiter oben.

11. Seit wenigen Tagen hat die Website ein neues „Herzstück“, das 3D-Modell des Plenarsaals. Was hat Dich dazu bewogen, die Hauptseiten anders zu gestalten als abgeordnetenwatch.de ?

wie gesagt, Anschlussfähigkeit. Übersichtlichkeit und schnelle und klare Transparenz.

12. Wie wurde / wird meinparlament.at von den Politikern angenommen?

In Zeiten von Wahlen ist jeder Politiker daran interessiert Öffentlichkeit zu generieren. Hier half meinparlament.at. In Legislaturperioden ist es weniger einfach. Da stört meinparlament.at vor allem die Regierungsparteien in ihrem Selbstverständnis. Es gab bereits sowohl von Vertretern der ÖVP und der SPÖ klare Aussagen, dass sie das Frage/Antwort Spiel nicht mitmachen wollen, weil es Ressourcen bindet. Mit dieser eher kritischen Haltung wird ein langfristiges Überleben von meinparlament.at sehr stark gefährdet, weil die Finanzierung von öffentlichen Körperschaften auch immer von Personen durchgeführt wird, die Teil des Netzwerkes der Großparteien ist. Rand- bzw. Kleinparteien begrüßen die Initiative, weil sie sonst eher kaum Öffentlichkeit bekommen und ihre parlamentarische Arbeit medial nicht erfasst und thematisiert wird. Vor allem ihre Ausschussarbeiten.

13. Wie wurde / wird meinparlament.at von den Bürgern angenommen?

Der Bürger hat das Angebot sehr wohlwollend aufgenommen. Aber eine kontinuierliche Aufbauarbeit kann nur durch langfristige Kooperationen mit Medien geschafft werden. Dies ist meinparlament.at in den ersten drei Monaten von 2009 gelungen. Die Fragen der Bürger sind durchwegs anspruchsvoll und zeigen, dass der direkte Kontakt zu Politikern notwendig ist.

14. Gibt es Bereiche, die noch erweitert werden sollen? Wenn ja, welche?

Wichtig erscheint für Politiker, dass sie jederzeit wissen, wieviele Menschen auf ihr Profil geklickt haben und welche Themen nachgefragt werden. Wichtig für Bürger ist der Ausbau des 3D-Modells, wo quasi spielerisch die Welt der Politik erforscht werden kann. Politische Bildung für junge Menschen aber auch für die politikferne Zielgruppe stehen bei uns im Fokus.

15. Wer soll von meinparlament.at angesprochen werden? Gibt es eine definierte Zielgruppe?

Zielgruppe ist einerseits der gebildete also kognitiv mobilisierte Bürger, der auch als Meinungsmultiplikator gilt. Dies ist für die Politiker sehr wichtig, um sicher gehen zu können, dass Antwortgeben Sinn macht und Wählerstimmen bringt. Andere Zielgruppen sind junge Menschen und die schwer erreichbare politikferne Gruppe.

16. Wie sehen die Zielsetzungen für das heurige Jahr aus?

vor allem die finanzielle Absicherung zu schaffen. Die ist aber im Moment nicht wirklich in Sicht. Und natürlich eine gewisse Mindestzahl an Fragen pro Tag zu generieren. Die Zahl liegt bei ca. 15 bis 20.

17. Ab wann (Besucherzahl) bist Du, seid Ihr mit dem Projekt zufrieden?

Zufriedenheit bedeutet bei meinparlament.at sich langfristig als Mediator zwischen Politik und Bürger zu etablieren.

18. Was ist die ursprüngliche Zielsetzung, hat sich diese geändert?

Zielsetzung ist von Anfang an gleich. Leider scheint das Ziel einer gesicherten finanziellen Absicherung schwerer zu erreichen zu sein, als ursprünglich angenommen.

19. Woran liegt es deiner Meinung nach, wenn Politiker/innen nicht antworten?

Dies liegt vor allem am Medium selbst, welches manche Politiker noch nicht verstehen oder bedienen können oder wollen. Weiters meinen manche Politiker, dass es nicht ihre Aufgabe ist, Fragen aus der Öffentlichkeit zu beantworten. Hier muss noch ein Umdenken geschehen, welches wir aus anderen Ländern wie Großbritannien oder den USA kennen. Die professionelle politische Arbeit wird derzeit in Österreich noch nicht betrieben.

20. Gibt es User, die sich beschweren, wenn ihre Frage nicht beantwortet wird?

Derzeit noch nicht. wir haben aber immer wieder Fragesteller, die sich beschweren, dass ihre Frage nicht freigestellt wurde. Hier verweisen wir auf unseren Codex, den es einzuhalten gilt.

### 11.3 Zusicherung

Ich versichere hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst, ganz oder in Teilen noch nicht als Prüfungsleistung vorgelegt und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe. Sämtliche Stellen der Arbeit, die benutzten Werken im Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, habe ich durch Quellenangaben kenntlich gemacht. Dies gilt auch für Zeichnungen, Skizzen, bildliche Darstellungen und dergleichen sowie für Quellen aus dem Internet.

.....  
Datum

.....  
Unterschrift

## 11.4 Abstract (deutsch)

Die vorliegende Arbeit behandelt die junge Internetplattform „meinparlament.at“, die als erster Ableger der in Deutschland seit mehreren Jahren erfolgreichen Plattform [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) in Österreich für mehr Transparenz hinsichtlich politischer Entscheidungsfindungen und Ereignisse sorgen soll. Die Plattform existiert seit August 2009 und hat ihre „Arbeit“ rechtzeitig zu den Nationalratswahlen 2008 aufgenommen. Auf [meinparlament.at](http://meinparlament.at) können Bürger in direkten Kontakt mit Politikern treten, indem sie Fragen an sie richten. Darüber hinaus dokumentiert [meinparlament.at](http://meinparlament.at) sämtliche Fragen, Abstimmungsverhalten und dergleichen. Diese Arbeit hinterfragt, ob eine Plattform dieser Art in Österreich bestehen kann, und zwar aus finanzieller wie aus idealistischer Sicht. Weiters wird auf die Fragen eingegangen, wie das Konzept angenommen wird, wer [meinparlament.at](http://meinparlament.at) nützt, welche Beweggründe dafür vorrangig genannt werden und ob sich eine subjektive Veränderung der Sichtweise auf die Politik entsteht. Den theoretischen Rahmen bilden die Bereiche Öffentlichkeit, speziell der Öffentlichkeitsbegriff bei Jürgen Habermas, das Thema Internet sowie die Symbiose aus den beiden Bereichen: „Öffentlichkeit im Internet“. Ein weiteres Kapitel widmet sich der Vorstellung von [meinparlament.at](http://meinparlament.at) sowie von [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) und hinterfragt unter anderem, wo die Gemeinsamkeiten und wo die Unterschiede liegen.

Eine Nutzerumfrage, die für einen Zeitraum von zwei Wochen direkt auf der Startseite von [meinparlament.at](http://meinparlament.at) positioniert wurde, bildet den Kern des empirischen Teils dieser Arbeit. In der Zusammenfassung werden die Ergebnisse der Nutzerumfrage analysiert.



### **11.5 Abstract (englisch)**

This diploma thesis is constructed around the new website „meinparlament.at“ , which started in August 2008, just in time for the elections in October 2008. The website allows people to write directly to the MPs and to get direct answers. The internet-plattform is the first subsidiary of the successful German website “abgeordnetenwatch.de”, which started in 2004. This thesis questions weather a website like this is able to prosper in Austria, weather Austria is ready for this kind of communication and if the website can exist in Austria, both idealistically and from a financial point of view. Further questions are if the concept is accepted by the public, who are the users of meinparlament.at and why. The theoretical approach is mainly leaded by Jürgen Habermas’ “public sphere”, the Internet and the symbiosis of the two: “The public sphere and the Internet”. An Online survey is the heart of the empirical part of the diploma thesis.

## 11.6 CV Nora Wilhelm

### CURRICULUM VITAE

#### Nora Wilhelm

E-mail wilhelmnora@hotmail.com  
Geburtsdatum 22. Jänner 1981  
Nationalität Österreich

---

#### Ausbildung

09-2000 - 2009 **Studium der Publizistik und Kommunikationwissenschaft**, Uni Wien  
Fächerkombination Französisch, Theaterwissenschaft, Soziologie

02-2000 -06-2000 **Cours de la Civilisation française an der Sorbonne**, Paris, Frankreich  
Auslandsjahr mit Sprachvertiefung

08-1996 – 01-1997 **White Bear Lake Highschool**, White Bear Lake, Minnesota, USA  
Auslandssemester während des Gymnasiums

09-1991 - 06-1999 **Theresianische Akademie**, Wien  
Neusprachliches Gymnasium mit 3. lebender Fremdsprache Russisch

09-1987 – 06-1991 **Private Volksschule Judenplatz**, Wien

#### Berufserfahrung

seit 01-2006 **selbständig** (u.a.):

- Chefredaktion 4x4 in Österreich – der Allradkatalog (2006 – 2009)
- Entwicklung, Realisierung der Online-Plattform [www.allradonline.at](http://www.allradonline.at)
- Entwicklung, Realisierung der Online-Plattform [www.saubereAutos.at](http://www.saubereAutos.at)
- Redaktion [www.saubereAutos.at](http://www.saubereAutos.at)
- Organisationsleitung Allradmesse (2006, 2008)

03-2003 - 12-2005 **Werbeagentur Johannes Mautner Markhof**

- Redaktion Auto Bild Österreich (bis Ende 2004)
- Entwicklung, Realisierung des Magazins „Allradkatalog“, Erscheinungsform 1x Jährlich
- Chefredaktion Allradkatalog 2005
- Organisationsleitung Allradmesse (2004)
- Event-Organisation Two Oaks Offroadtraining